



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

08 | 2019

STATISTISCHE MONATSFESTE



Statistik nutzen

Aus dem Inhalt:

Baugewerbe 2018

Industrieinvestitionen

Behinderte Menschen 2017



Fotonachweis

Titelfoto: photo 5000 – Fotolia

Das Baugewerbe wächst seit 2015 ununterbrochen und konnte auch 2018 einen kräftigen Anstieg der Wirtschaftsleistung verzeichnen. Zum Baugewerbe zählen das Bauhauptgewerbe mit den Bereichen Hoch- und Tiefbau sowie das Ausbaugewerbe. Deutliche Umsatzzuwächse konnten sowohl im Hoch- als auch im Tiefbau erzielt werden.

08 | 2019

STATISTISCHE MONATSFESTE

72. Jahrgang

kurz + aktuell **529**

Industrie ■ Baugewerbe ■ Bruttoinlandsprodukt ■ Erwerbstätigkeit ■ Tourismus ■ Landwirtschaft ■ Bevölkerung Soziales ■ Bildung ■ Umwelt ■ Verkehr ■ Finanzen

Verbraucherpreisindex **548**

Rheinland-Pfalz in Karten: Kanalnetz 2016 nach Verwaltungsbezirken **549**

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2018 – Baugewerbe **550**

Industrieinvestitionen in Rheinland-Pfalz **556**

Zur Lage behinderter Menschen 2017 – Teil 1: Ergebnisse des Mikrozensus und der Schwerbehindertenstatistik im Vergleich **566**

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz **577**

Neuerscheinungen **593**

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50 – 100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2019

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Industrieproduktion im Mai rückläufig

Der Index der rheinland-pfälzischen Industrieproduktion ist im Mai 2019 deutlich gesunken. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Produktionsindex 8,8 Prozent unter dem Niveau des Vormonats.

Der Produktionsrückgang erstreckte sich auf alle drei industriellen Hauptgruppen. Die größten Einbußen gab es in der Konsumgüterindustrie, deren Output in den vergangenen Monaten besonders stark schwankte (-33 Prozent). Der Güterausstoß der Investitionsgüterhersteller schrumpfte im Mai um 4,3 Prozent. In der Vorleistungsgüterindustrie fiel die Ausbringung 3,6 Prozent geringer aus als im Vormonat.

Die drei umsatzstärksten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes drosselten ihre Produktion. Der Maschinenbau, der zur Investitionsgüterindustrie gehört und unter den Industriebranchen gemessen am Umsatz an dritter Stelle steht, musste die größten Einbußen hinnehmen (-7,4 Prozent). Der Output der Chemieindustrie, die zur Vorleistungsgüterindustrie zählt und die Branche mit dem höchsten Umsatz ist, sank im Mai um sechs Prozent. In der Kraftwagen- und Kraftwagenteilindustrie, die die zweitgrößte Branche ist und zur Investitionsgüterindustrie gehört, war die Ausbringung um 1,6 Prozent geringer als im April.

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Mai 2019		Jan. bis Mai 2019	
	Veränderung des Indexwertes ¹ zu			
	April 2019	Mai 2018	Jan. bis Mai 2018	
Entwicklung der Produktion				
Industrie	-8,8 % ↓	-24,8 % ↓	-14,3 % ↓	
Vorleistungsgüterproduzenten ²	-3,6 % ↓	-5,6 % ↓	0,1 % ↗	
Investitionsgüterproduzenten	-4,3 % ↓	-8,3 % ↓	-3,7 % ↓	
Konsumgüterproduzenten	-33,0 % ↓	-65,9 % ↓	-44,3 % ↓	
Chemie	-6,0 % ↓	-7,0 % ↓	1,4 % ↗	
Fahrzeugbau	-1,6 % ↓	-4,4 % ↓	2,7 % ↑	
Maschinenbau	-7,4 % ↓	-15,7 % ↓	-13,1 % ↓	
Entwicklung der Auftragseingänge				
Industrie	-4,2 % ↓	-18,5 % ↓	-14,9 % ↓	
Inland	-2,3 % ↓	-9,2 % ↓	-8,1 % ↓	
Ausland	-5,1 % ↓	-23,3 % ↓	-18,6 % ↓	
Vorleistungsgüterproduzenten ²	-4,8 % ↓	-12,5 % ↓	-6,1 % ↓	
Investitionsgüterproduzenten	-6,7 % ↓	-20,0 % ↓	-16,6 % ↓	
Konsumgüterproduzenten	1,9 % ↗	-31,9 % ↓	-33,4 % ↓	
Chemie	-6,8 % ↓	-15,5 % ↓	-6,4 % ↓	
Fahrzeugbau	-4,2 % ↓	-23,7 % ↓	-19,2 % ↓	
Maschinenbau	-6,8 % ↓	-15,7 % ↓	-17,4 % ↓	

¹ Preis-, kalender- und saisonbereinigt auf Basis vorläufiger Werte. – ² Einschließlich Energie.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat ist die Industrieproduktion stark zurückgegangen (-25 Prozent). Der Output der Konsumgüterindustrie fiel – allerdings ausgehend von einem sehr hohen Niveau – wesentlich niedriger aus als im Mai 2018. In der Investitionsgüterindustrie und in der Vorleistungsgüterindustrie war der Güterausstoß ebenfalls rückläufig. Von den drei größten Industriebranchen musste der Maschinenbau die größten Einbußen hinnehmen, aber auch in der Chemie-

industrie und in der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen lag die Ausbringung unter dem Niveau des Vorjahresmonats.

Sinkende Auftragseingänge der Industrie im Mai

Im Mai 2019 ist die Nachfrage nach Erzeugnissen der rheinland-pfälzischen Industrie gesunken. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsin-

Konjunktur aktuell

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Somit gelangen Sie jederzeit direkt zu den aktuellen Konjunkturdaten.



dex um 4,2 Prozent unter dem Niveau des Vormonats. Aus dem In- und Ausland gingen weniger Bestellungen ein als im April (-2,3 bzw. -5,1 Prozent).

In zwei der drei industriellen Hauptgruppen verringerte sich das Ordervolumen. Die größten Einbußen gab es in der Investitionsgüterindustrie (-6,7 Prozent). Aber auch die Vorleistungsgüterhersteller mussten einen kräftigen Nachfragerückgang hinnehmen (-4,8 Prozent). In der Konsumgüterindustrie, deren Auftragseingänge in den vergangenen Monaten besonders starken Schwankungen unterworfen waren, fielen die Bestellungen im Mai um 1,9 Prozent höher aus als im Monat zuvor.

In den drei größten Branchen der rheinland-pfälzischen Industrie lagen die bereinigten Auftragseingänge unter dem Niveau des Vormonats. In der Chemieindustrie schrumpfte das Ordervolumen um 6,8 Prozent. Bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen gingen 4,2 Prozent weniger Bestellungen ein als im April. Im Maschinenbau nahmen die Auftragseingänge um 6,8 Prozent ab.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat ist die Nachfrage nach Industrieprodukten deutlich zurückgegangen (-18,5 Prozent). In- und Auslandsgeschäft liefen schlechter als im Mai 2018. In allen drei Hauptgruppen fielen die Bestellungen geringer aus

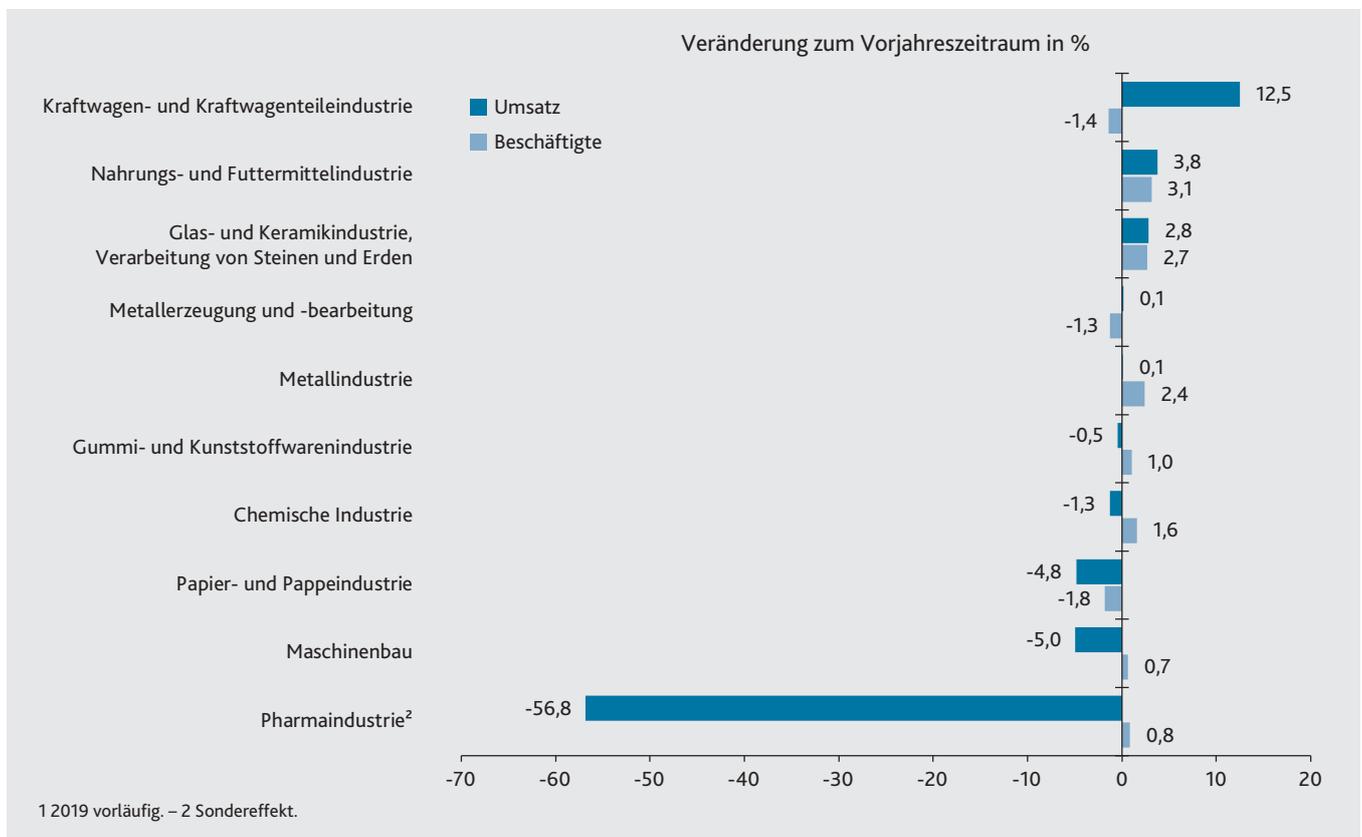
als ein Jahr zuvor. Auch in allen drei großen Industriebranchen war das Ordervolumen rückläufig.

Beschäftigungsentwicklung der Industrie im Plus

Die Zahl der Beschäftigten in der rheinland-pfälzischen Industrie ist im Mai 2019 erneut gestiegen. Die Zahl erhöhte sich gegenüber dem Vorjahresmonat um rund 2 800 bzw. 1,1 Prozent (Deutschland: +1,3 Prozent).

Insgesamt waren in den ersten fünf Monaten rund 261 900 Personen in den rheinland-pfälzischen Industriebetrieben beschäftigt. Gegenüber dem Vergleichszeitraum 2018 erhöhte sich der Beschäftigten-

Umsätze und Beschäftigte in der Industrie von Januar bis Mai 2019¹ nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



stand um 1,4 Prozent (Deutschland: +1,7 Prozent). Sieben der zehn bedeutendsten Industriezweige wiesen eine positive Entwicklung auf. Das größte Plus verzeichneten die Hersteller von Nahrungs- und Futtermitteln (+3,1 Prozent). Die größten Rückgänge bei der Belegschaft gab es in der Papierindustrie (-1,8 Prozent).

Die Umsatzerlöse lagen von Januar bis Mai 2019 mit 40,18 Milliarden Euro um 3,8 Prozent niedriger als im gleichen Vorjahreszeitraum (Deutschland: +1,7 Prozent). Die inländischen Umsätze gingen um zwei Prozent und die Auslandsumsätze um 5,1 Prozent zurück. (Deutschland: +1,1 und +2,3 Prozent). Die rheinland-pfälzische Exportquote lag in den ersten fünf Monaten mit 57 Prozent um 0,8 Prozentpunkte unter dem Wert des Vorjahreszeitraums.

In der Hälfte der zehn umsatzstärksten Industriebranchen lagen die Erlöse in den ersten fünf Monaten in 2019 über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Die mit Abstand größte prozentuale Umsatzsteigerung verbuchten die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+12,5 Prozent). Dahinter folgten die Hersteller von Nahrungs- und Futtermitteln (+3,8 Prozent). Den größten Rückgang verzeichnete die Pharmaindustrie (-57 Prozent).

Die gegenwärtige Entwicklung in der Pharmaindustrie wird von Sondereffekten überlagert und spiegelt nicht die allgemeine Entwicklung der Branche wider. Ohne Einbeziehung der Pharmaindustrie stieg der

Konjunktur im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz

Indikator	Mai 2019		Jan. bis Mai 2019
	Veränderung des Wertes ¹ zu		
	April 2019	Mai 2018	Jan. bis Mai 2018
Auftragseingang	-9,8 % ↓	-6,4 % ↓	7,1 % ↑
Hochbau insgesamt	-19,7 % ↓	-32,6 % ↓	-2,5 % ↓
Wohnungsbau	-16,8 % ↓	-34,3 % ↓	-7,5 % ↓
gewerblicher Hochbau	-10,5 % ↓	-3,6 % ↓	12,0 % ↑
öffentlicher Hochbau	-56,1 % ↓	-76,5 % ↓	-27,1 % ↓
Tiefbau insgesamt	-17,2 % ↓	14,2 % ↑	15,4 % ↑
gewerblicher Tiefbau	3,9 % ↑	6,2 % ↑	23,5 % ↑
Straßenbau	-7,2 % ↓	22,4 % ↑	13,2 % ↑
sonstiger öffentlicher Tiefbau	-1,0 % ↓	32,3 % ↑	15,0 % ↑
Baugewerblicher Umsatz	1,0 % ↗	14,2 % ↑	13,0 % ↑
Hochbau insgesamt	4,9 % ↑	22,9 % ↑	16,0 % ↑
Wohnungsbau	3,6 % ↑	20,8 % ↑	13,4 % ↑
gewerblicher Hochbau	3,0 % ↑	29,9 % ↑	26,5 % ↑
öffentlicher Hochbau	15,1 % ↑	9,1 % ↑	-2,8 % ↓
Tiefbau insgesamt	-2,1 % ↓	5,9 % ↑	10,3 % ↑
gewerblicher Tiefbau	-10,1 % ↓	-10,3 % ↓	-1,1 % ↓
Straßenbau	0,8 % ↗	6,3 % ↑	10,3 % ↑
sonstiger öffentlicher Tiefbau	0,8 % ↗	23,7 % ↑	22,3 % ↑

¹ Kalender- und saisonbereinigt auf Basis endgültiger nominaler Werte.

Umsatz der rheinland-pfälzischen Industrie um 1,1 Prozent (Inland: -1,4 Prozent bzw. Ausland: +3,1 Prozent). Die Exportquote lag ohne die Pharmaindustrie mit 56,3 Prozent um 1,1 Prozentpunkte über dem Wert des Vorjahreszeitraums.

Rückgang der Auftragseingänge und Anstieg der Umsätze im Bauhauptgewerbe

Die Auftragseingänge im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe sind im Mai 2019 gesunken. Der kalender- und saisonbereinigte Auftragsingangindex lag um 9,8 Prozent unter dem Niveau des Vormonats. Der baugewerbliche Umsatz stieg hingegen leicht um ein Prozent. In den ersten fünf Monaten 2019 war

das Ordervolumen um 7,1 Prozent und der Umsatz um 13 Prozent höher als im Vorjahreszeitraum.

Sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau gingen im Mai weniger Aufträge ein als im April (-20 bzw. -17 Prozent). Die stärksten Einbußen gab es im öffentlichen Hochbau (-56 Prozent). Lediglich im gewerblichen Tiefbau fiel die Nachfrage höher aus als im Monat zuvor (+3,9 Prozent). In den ersten fünf Monaten 2019 gingen im Hochbau weniger Bestellungen ein als im Vorjahreszeitraum (-2,5 Prozent). Im Tiefbau lag das Ordervolumen um 15 Prozent über dem Niveau von Januar bis Mai 2018.

Der Umsatzanstieg im Bauhauptgewerbe ist auf den Erlöszuwachs im

Hochbau zurückzuführen (+4,9 Prozent). Im Tiefbau war der bereinigte Umsatz im Mai dagegen niedriger als im Vormonat (-2,1 Prozent). Die mit Abstand stärksten Zuwächse gab es im öffentlichen Hochbau (+15 Prozent). Nur im gewerblichen Tiefbau blieb der baugewerbliche Umsatz hinter dem Vormonatsergebnis zurück (-10 Prozent). Gegenüber den ersten fünf Monaten des Vorjahres waren sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau kräftige Erlössteigerungen zu verzeichnen (+16 bzw. +10 Prozent).

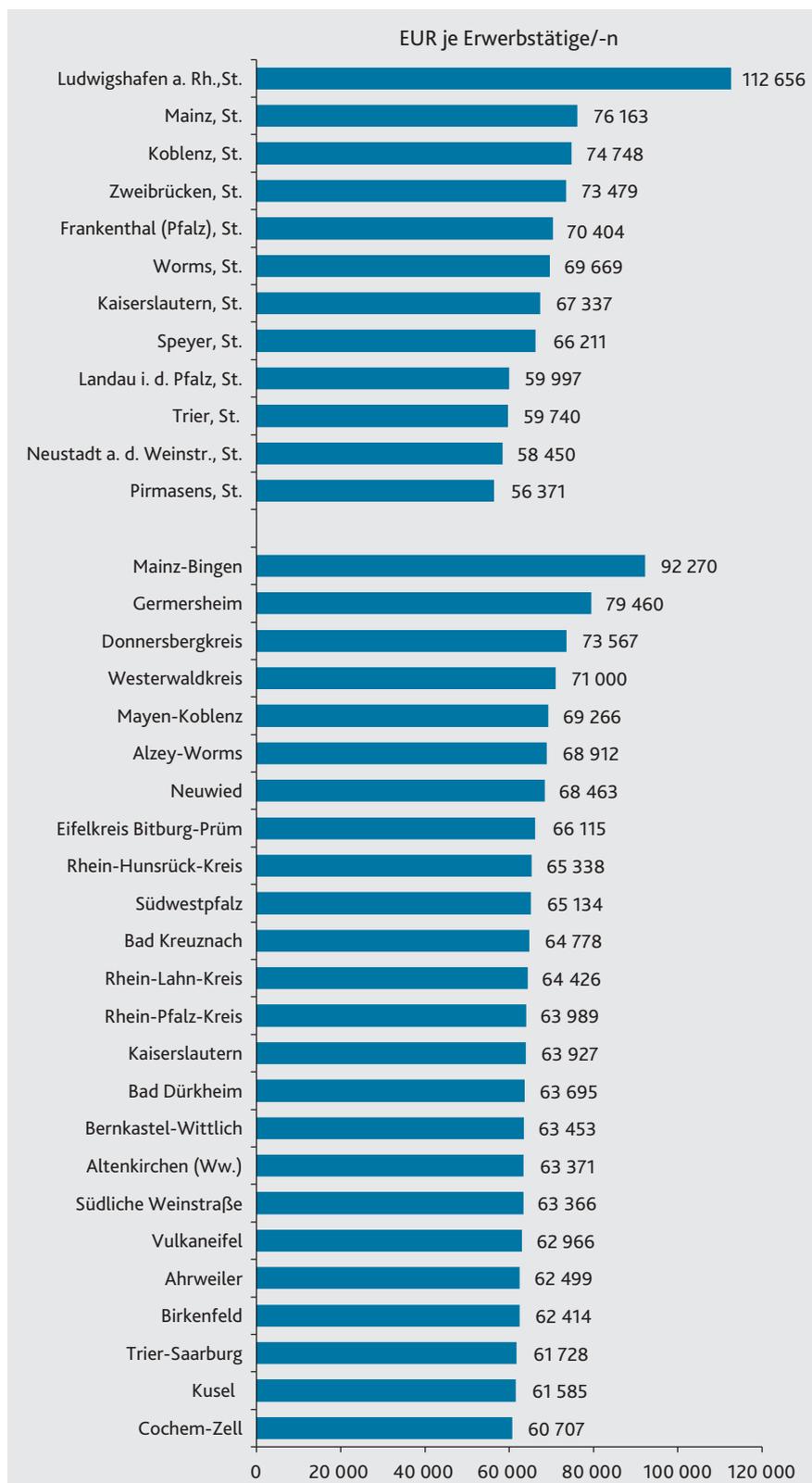
Bruttoinlandsprodukt steigt 2017 in den meisten Städten und Landkreisen

Fast alle rheinland-pfälzischen Verwaltungsbezirke verzeichneten 2017 einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen. Die Summe aller produzierten Waren und Dienstleistungen nahm in den kreisfreien Städten mit +2,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr etwas stärker zu als in den Landkreisen (+2,5 Prozent).

Den höchsten Zuwachs der Wirtschaftsleistung verzeichneten der Landkreis Bad Dürkheim mit +5,1 Prozent, der Donnersbergkreis mit +4,9 Prozent sowie die kreisfreie Stadt Worms mit +4,5 Prozent. Dagegen verringerte sich das Bruttoinlandsprodukt in den Landkreisen Germersheim (-3,3 Prozent) und Mainz-Bingen (-0,5 Prozent).

Die Summe der in Rheinland-Pfalz produzierten Waren und Dienstleistungen betrug 2017 nominal 143,7 Milliarden Euro. Davon wurden

Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen 2017 nach Verwaltungsbezirken



60 Prozent in den Landkreisen und 40 Prozent in den kreisfreien Städten erwirtschaftet. Die drei größten Städte des Landes – Ludwigshafen am Rhein, Mainz und Koblenz – erwirtschafteten nahezu ein Viertel der rheinland-pfälzischen Wirtschaftsleistung. Auf die vier wirtschaftsstärksten Landkreise – Mainz-Bingen, Westerwaldkreis, Mayen-Koblenz und Neuwied – entfielen rund 19 Prozent des Landeswertes.

Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätige bzw. Erwerbstätigen – auch als Arbeitsproduktivität bezeichnet – ist 2017 gegenüber dem Vorjahr im Landesdurchschnitt um 1,7 Prozent auf 71 106 Euro gestiegen. In den kreisfreien Städten lag der Pro-Kopf-Wert mit 76 288 Euro deutlich über dem Wert der Landkreise (67 975 Euro). Der Durchschnitt der Städte wird allerdings maßgeblich von Ludwigshafen beeinflusst; dort war die Wirtschaftsleistung je Erwerbstätige bzw. Erwerbstätigen mit 112 656 Euro wesentlich höher als im Landesdurchschnitt. Im Vergleich der Landkreise wies Mainz-Bingen mit 92 270 Euro den höchsten Wert auf. Die niedrigste Arbeitsproduktivität wurde unter den kreisfreien Städten in Pirmasens mit 56 371 Euro und unter den Landkreisen in Cochem-Zell mit 60 707 Euro registriert.

In den meisten Verwaltungsbezirken erbringen die Dienstleistungsbereiche den größten Teil der Wertschöpfung. Durchschnittlich wurden in den Landkreisen 63 Prozent und in den kreisfreien Städten gut 65 Prozent der

Bruttowertschöpfung im tertiären Sektor erwirtschaftet. In den Städten Koblenz, Mainz und Neustadt an der Weinstraße lag der Anteil der Dienstleistungsbereiche sogar über 80 Prozent. In der kreisfreien Stadt Ludwigshafen und im Landkreis Germersheim dominierte dagegen das Produzierende Gewerbe die Wirtschaftsstruktur mit einem Anteil von 69 bzw. 56 Prozent. Im Landesdurchschnitt lag der Anteil des sekundären Sektors bei 35 Prozent und der Anteil des tertiären Sektors bei 64 Prozent.

Die langfristige Betrachtung zeigt, dass sich das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen in den Landkreisen und kreisfreien Städten sehr unterschiedlich entwickelt hat. Zwischen 2000 und 2017 fiel der Zuwachs in den Landkreisen mit +59 Prozent deutlich höher aus als in den kreisfreien Städten mit +44 Prozent. Am stärksten hat die nominale Wirtschaftsleistung in den Landkreisen Germersheim (+100 Prozent), Mainz-Bingen (+87 Prozent) und dem Donnersbergkreis (+76 Prozent) zugelegt. Den höchsten Anstieg unter den kreisfreien Städten gab es in Speyer (+69 Prozent). Im Landkreis Kusel und in der kreisfreien Stadt Pirmasens nahm das Bruttoinlandsprodukt dagegen nur um 22 bzw. 24 Prozent zu. Beim Vergleich nominaler Veränderungsraten ist aber zu beachten, dass hier auch Preisänderungen enthalten sind.

Das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsge-

biet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter. Es ist Ausdruck der in einer bestimmten Region erbrachten wirtschaftlichen Leistung in einer Periode. Es entspricht der Summe der Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen der Wirtschaftsbereiche zuzüglich des Saldos aus Gütersteuern und Gütersubventionen.

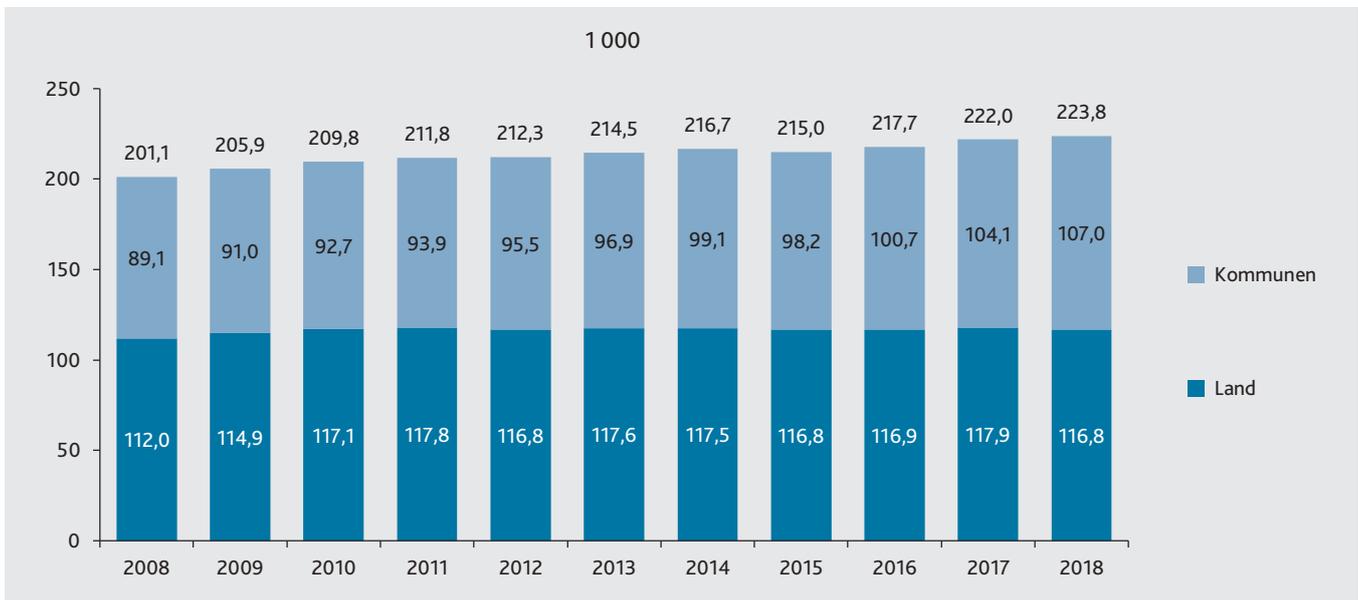
Die Ergebnisse sind abgestimmt auf den Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom August 2018. Zusammen mit der Berechnung der Ergebnisse für 2017 wurden die Ergebnisse der Jahre 2014 bis 2016 überarbeitet.

Öffentlicher Bereich ist Arbeitgeber für 223 800 Menschen

Die Anzahl der Beschäftigten im öffentlichen Bereich in Rheinland-Pfalz ist 2018 auf gut 223 800 angestiegen. Im Vergleich zum Vorjahr errechnet sich ein Zuwachs von 0,8 Prozent. Rund 196 000 Beschäftigte sind dem öffentlichen Dienst zuzuordnen, knapp 28 000 arbeiten bei privatrechtlich organisierten Einheiten der öffentlichen Hand, z. B. bei Stadtwerken.

Von den Beschäftigten entfielen 107 000 auf die Kommunen und 116 800 auf das Land. Während die Zahl beim Land geringfügig sank (–0,9 Prozent), wuchs sie bei den Kommunen um 2,7 Prozent. Bei den Kommunen entfiel rund ein Viertel des Zuwachses auf den Bereich der Kindertagesstätten (+780 Beschäftigte).

Beschäftigte des öffentlichen Bereiches 2008–2018



Über 64 Prozent der Beschäftigten gingen einer Vollzeitbeschäftigung nach, knapp 27 Prozent arbeiteten in Teilzeit mit einem Beschäftigungsumfang von mindestens 50 Prozent. Weitere sieben Prozent hatten einen Teilzeitvertrag, der weniger als 50 Prozent der regulären Arbeitszeit entsprach. Zudem befanden sich 1,9 Prozent der Beschäftigten in einem Altersteilzeitmodell.

Einen dauerhaften Arbeitsvertrag hatten gut 87 Prozent der Beschäftigten von Land und Kommunen. Rund 8,6 Prozent der Beschäftigten hatten ein befristetes Arbeitsverhältnis. Weitere 4,8 Prozent der Beschäftigten befanden sich in einer Ausbildung. Zwischen den Landes- und den Kommunalbediensteten waren hierbei kaum Unterschiede zu erkennen: Zeitverträge machten im Land 8,5 Prozent und bei den Kommunen 8,7 Prozent der Beschäftigungsver-

hältnisse aus. Knapp 86 Prozent der Landesbeschäftigten und gut 88 Prozent der Kommunalbeschäftigten hatten dagegen einen dauerhaften Arbeitsvertrag. Die Ausbildungsquote lag beim Land bei 5,7 Prozent und bei den Kommunen bei 3,8 Prozent.

Das steuerpflichtige Bruttomonats-einkommen betrug 2018 im Durchschnitt 3 265 Euro. Damit stieg es im Vorjahresvergleich um 2,8 Prozent. Spitzenverdiener sind im öffentlichen Bereich relativ selten: Lediglich 1,5 Prozent der Beschäftigten verdienten monatlich mehr als 7 000 Euro.

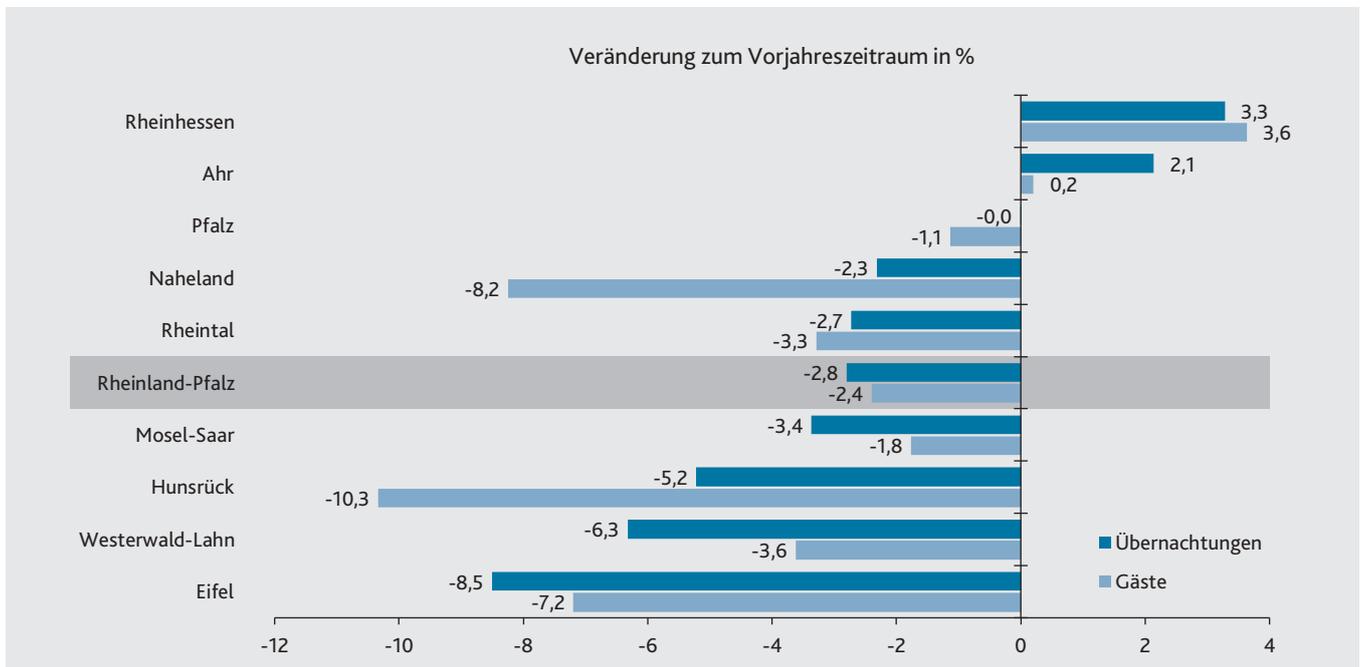
Gut 58 Prozent der im öffentlichen Bereich Beschäftigten sind Frauen. Bei den Vollzeitbeschäftigten lag die Frauenquote nur bei rund 43 Prozent; von den Teilzeitbeschäftigten waren rund 86 Prozent Frauen.

Berücksichtigt man lediglich die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, so ergibt sich folgendes Ergebnis: Die Anzahl der Beschäftigten stieg hier um 0,5 Prozent auf 196 000. Während die Zahl im Landesdienst leicht auf 115 700 zurückging, war bei den Kommunen ein Zuwachs auf 80 300 Beschäftigte (+2,3 Prozent) zu beobachten.

In den ersten fünf Monaten weniger Gäste und Übernachtungen

Die rheinland-pfälzischen Tourismusbetriebe verzeichneten in den ersten fünf Monaten einen Rückgang der Gäste- und Übernachtungszahlen. Von Januar bis Mai übernachteten 3,26 Millionen Gäste im Land, was einem Minus von 2,4 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum entspricht. Die Zahl der Übernachtungen nahm um 2,8 Prozent auf 8,15 Millionen ab. Bei dieser Entwick-

Übernachtungen und Gäste von Januar bis Mai 2019 nach Tourismusregionen



lung dürften u. a. die Lage der Feiertage Pfingsten und Fronleichnam eine Rolle spielen, die 2018 im Mai lagen und 2019 im Juni.

In den Tourismusregionen Rheinhessen und Ahr lag das Gäste- und Übernachtungsaufkommen über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. In allen anderen Regionen entwickelte sich die Zahl der Gäste und Übernachtungen rückläufig.

Unter den elf touristischen Betriebsarten verbuchten die Hotels garnis den größten Übernachtungszuwachs (+6,7 Prozent). Es folgten die Ferienhäuser und Ferienwohnungen (+1,7 Prozent) sowie die Ferienzentren (+1 Prozent). In den anderen Betriebsarten sanken die Gäste- und Übernachtungszahlen. Den größten Rückgang verzeichneten die Cam-

ping- und Reisemobilplätze (-18 Prozent). Gerade bei dieser Betriebsart dürfte neben der Lage der Feiertage auch das schlechte Wetter im Mai einen Einfluss ausgeübt haben.

Von Januar bis Mai 2019 übernachteten 2,63 Millionen Gäste aus dem Inland in Rheinland-Pfalz (-2,7 Prozent). Die Zahl ihrer Übernachtungen ging um 3,3 Prozent zurück und belief sich auf 6,54 Millionen. Aus dem Ausland kamen 624 000 Besucherinnen und Besucher (-1,3 Prozent), die 1,61 Millionen Übernachtungen buchten (-0,9 Prozent).

Rückgang der Winterrapsfläche – Witterungseinflüsse beeinflussen Ertragsersparung

In Rheinland-Pfalz wird in diesem Jahr voraussichtlich weniger Getreide

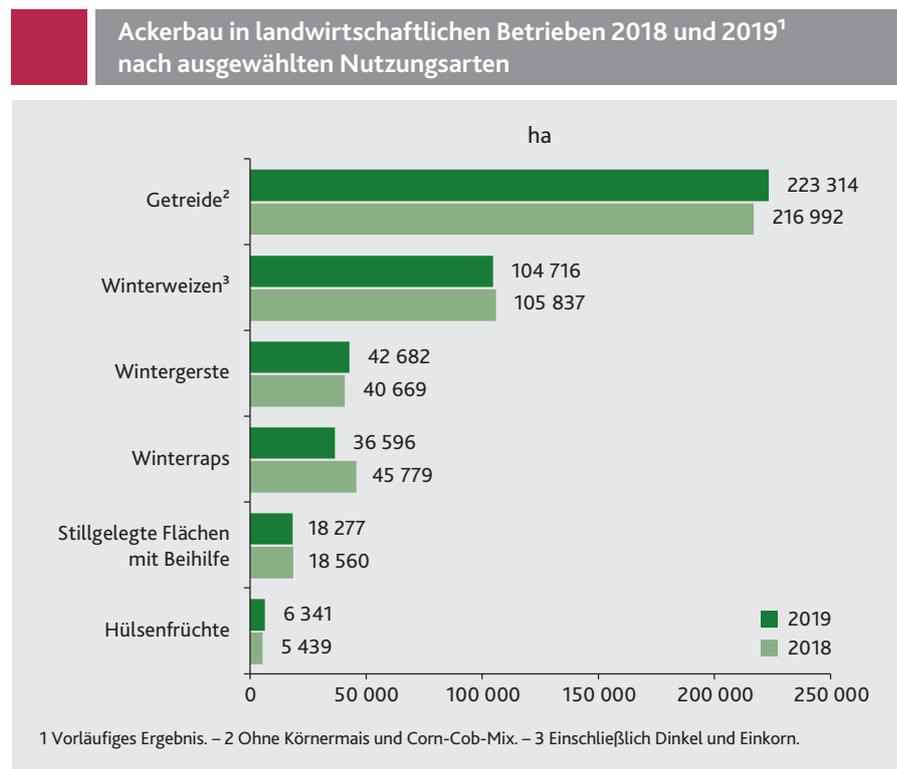
geerntet. Die Erntemenge wird insgesamt um 3,2 Prozent unter dem Durchschnitt der Jahre 2013 bis 2018 liegen. Ein Grund ist die Witterung, die sich auch auf die Anbaufläche auswirkt: Beim Winterraps sank sie wegen der Trockenheit zum Zeitpunkt der Aussaat um ein Fünftel.

Getreide zur Körnergewinnung wird auf insgesamt 233 100 Hektar angebaut, was einem Anstieg von 2,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Mit knapp 50 Prozent stellt Weizen die dominierende ackerbaulich genutzte Fruchtart dar, die 2019 im Anbauumfang mit 109 000 Hektar annähernd auf Vorjahresniveau liegt. Die zu erwartende Erntemenge wird auf knapp 750 000 Tonnen geschätzt – bei einem Durchschnittsertrag von knapp 69 Dezitonnen; das entspricht 50 Prozent der voraus-

sichtlichen Gesamtgetreideernte 2019. Somit wird ein Ertragsniveau erwartet, das um vier Prozent unter dem Durchschnittsertrag von 2013 bis 2018 liegt. Die heiß-trockenen Sommermonate 2019 lassen die Landwirtinnen und Landwirte bei allen sogenannten Sommerungen eine Reduzierung des Ertragsniveaus erwarten. Den aktuellen Einschätzungen zufolge wäre der Sommerweizen mit einem Ertragsrückgang von knapp zehn Prozent in besonderem Maße betroffen.

Die Anbaufläche für Winterraps liegt mit 36 600 Hektar um gut 20 Prozent niedriger als im Vorjahr (–9 200 Hektar). Ein Grund für den deutlichen Rückgang war die Trockenheit im vergangenen Jahr. Zum Zeitpunkt der Aussaat waren die Böden ausgetrocknet, sodass die Landwirtinnen und Landwirte auf eine Aussaat verzichteten bzw. die Bestände lückenhaft aufliefen und später umgebrochen wurden. Das sich abzeichnende Ertragsniveau von gut 33 Dezitonnen liegt um zwölf Prozent unter dem Durchschnitt der Jahre 2013 bis 2018. Aus der Flächenreduktion und dem niedrigen Ertragsniveau resultiert eine in Rheinland-Pfalz zu erwartende Rapsertemenge von 122 000 Tonnen (–28 Prozent im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2013 bis 2018).

Auch die Zuckerrübenanbaufläche (ohne Saatguterzeugung) verzeichnet mit 17 600 Hektar ein Minus von knapp elf Prozent bzw. 2 100 Hektar. Den skizzierten Rückgängen stehen die Anbauausdehnung von Som-



mergerste (+2 500 Hektar) und von Silo- bzw. Grünmais (+1 500 Hektar) im Vergleich zum Vorjahr gegenüber. Für Sommergerste wird eine Gesamterntemenge von 211 300 Tonnen (+3 Prozent) erwartet. Die Hülsenfrüchte zur Körnergewinnung, die 2019 auf 6 300 Hektar angebaut werden, verzeichnen im Vorjahresvergleich einen Zuwachs von knapp 17 Prozent bzw. 900 Hektar. Auch beim Dauergrünland ist im Vorjahresvergleich eine Flächenzunahme um 7 100 Hektar festgestellt worden (+3 Prozent).

Insgesamt wird in Rheinland-Pfalz auf rund 400 100 Hektar Ackerbau betrieben. Mit knapp 56 Prozent stellt das Ackerland damit den größten Anteil der landwirtschaftlich genutzten Fläche dar. Dauerkulturen, zu denen z. B. Rebflächen und Obstanlagen gehören,

beanspruchen zehn Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Bei den übrigen gut 34 Prozent handelt es sich um Dauergrünland.

Auch 2018 wanderungsbedingter Bevölkerungsanstieg

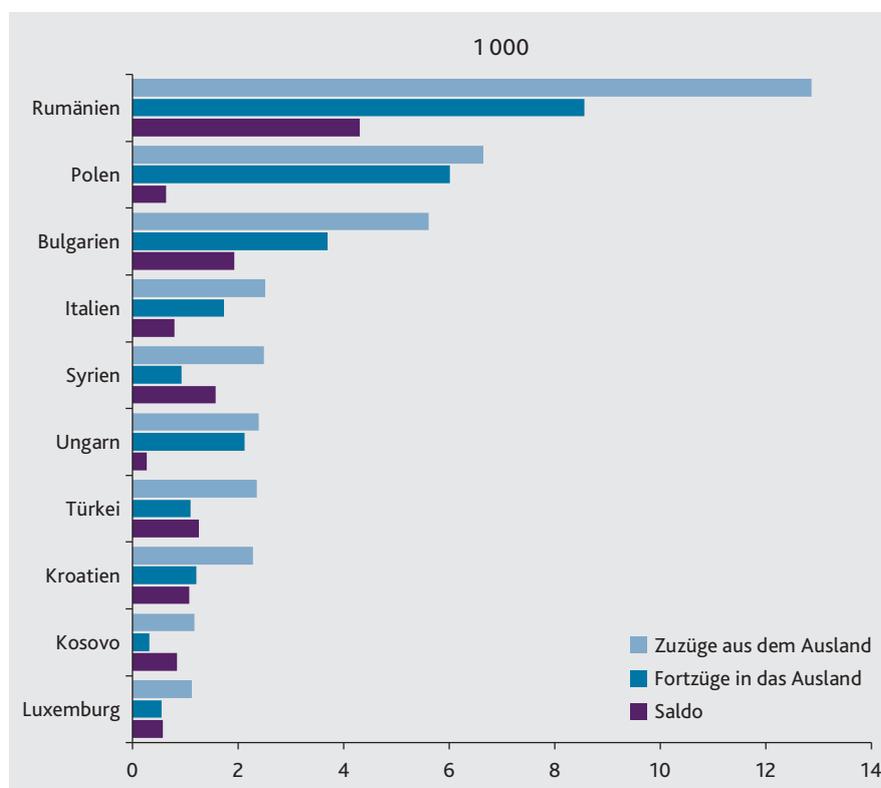
Im Jahr 2018 verlegten 149 126 Personen ihren alleinigen bzw. Hauptwohnsitz nach Rheinland-Pfalz, rund sechs Prozent mehr als im Jahr zuvor. Gleichzeitig zogen 126 621 Personen über die Landesgrenzen fort; das waren zwei Prozent mehr als 2017. Insgesamt ergibt sich ein Wanderungsplus von rund 22 500 Personen.

Das Wanderungsplus überstieg das Geburtendefizit des Jahres 2018 von rund 10 700 Personen deutlich, sodass die Bevölkerungszahl in Rheinland-Pfalz zum 31. Dezember 2018 auf 4 084 844 anstieg.

Die Zahl der Zuwanderungen aus dem Ausland (77 137 Personen) ist im Vergleich zum Vorjahr um rund elf Prozent gestiegen, liegt aber deutlich unter dem Höchstwert von 2015 (97 276 Personen); das Jahr 2015 war durch einen sehr starken Zustrom von Schutzsuchenden aus Krisenländern geprägt. Rund 84 Prozent der Zuzüge aus dem Ausland (64 560 Personen) entfielen auch 2018 auf Personen nicht deutscher Staatsangehörigkeit, insbesondere aus mittel- und osteuropäischen EU-Staaten, für die seit 2011 bzw. 2014 die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit gilt. Die größte ausländische Zuwanderungsgruppe stellten dabei Rumäninnen und Rumänen (12 859 Zuzüge). Am zweit- bzw. dritthäufigsten waren Zugewanderte aus Polen (6 649) bzw. Bulgarien (5 615) vertreten. Im Jahresverlauf zogen insgesamt 41 843 ausländische Personen über die Bundesgrenzen fort. Im Saldo wanderten damit 22 717 Ausländerinnen und Ausländer mehr aus dem Ausland zu als dorthin fortzogen.

Aus anderen Regionen Deutschlands zog es 71 989 Personen nach Rheinland-Pfalz, 70 282 Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfäler verlegten ihren alleinigen bzw. Hauptwohnsitz in ein anderes Bundesland. Daraus resultiert ein Plus von 1 707 Personen. Aus den angrenzenden Ländern Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Hessen und Saarland wanderten wie im Vorjahr wieder mehr Personen zu als dorthin fortzogen; insgesamt ergibt sich mit diesen unmittelbar benachbarten Bundesländern ein Wanderungsplus in Höhe von 2 899 Personen.

Wanderungsverflechtungen mit dem Ausland 2018
nach den zehn am häufigsten zugewanderten Nationalitäten



In den kreisfreien Städten sind im Hinblick auf die Wanderungen über die Landesgrenzen bis auf die Städte Neustadt an der Weinstraße und Speyer positive Bilanzen zu verzeichnen. Die höchsten Überschüsse ergeben sich für die kreisfreien Städte Trier (4 046 Personen) und Ludwigshafen (3 002 Personen). Im Vergleich der Landkreise sind insbesondere in den Kreisen Mainz-Bingen (2 100 Personen) und Ahrweiler (1 338 Personen) deutlich mehr Personen über die Landesgrenzen zu- als fortgezogen.

37 600 Neugeborene im Jahr 2018, aber deutlich mehr Gestorbene

Im Jahr 2018 wurden 37 647 rheinland-pfälzische Kinder geboren, rund

18 300 Mädchen und 19 300 Jungen. Die Zahl der Neugeborenen lag mit +0,5 Prozent geringfügig über der von 2017.

Landesweit starben im vergangenen Jahr 48 299 Menschen und damit rund 900 bzw. 1,9 Prozent mehr als 2017. Die Zahl der Sterbefälle überstieg die der Geborenen um rund 10 700. Das Geburtendefizit hat sich damit gegenüber dem Vorjahr (9 900) erhöht.

Im Regionalvergleich wurden lediglich in Mainz und Ludwigshafen mehr Kinder geboren als Menschen starben; in Mainz lag der Geburtenüberschuss bei 281, in Ludwigshafen bei 68. Alle übrigen kreisfreien Städte wie

auch sämtliche Landkreise wiesen ein Geburtendefizit auf.

Bezogen auf je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner starben landesweit 2,6 Personen mehr als geboren wurden. In den kreisfreien Städten fällt dieser relative Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung mit $-1,4$ Personen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner deutlich günstiger aus als in den Landkreisen ($-3,1$ Personen). Ausschlaggebend hierfür ist nicht zuletzt, dass die Wohnbevölkerung in den kreisfreien Städten im Schnitt sechs Jahre jünger ist. Für die Landeshauptstadt Mainz ergibt sich ein relativer Geburtenüberschuss von $1,3$ Personen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Hingegen zeigen sich in der kreisfreien Stadt Pirmasens sowie im Landkreis Birkenfeld die höchsten rela-

tiven Geburtendefizite von $-8,4$ bzw. $-6,4$ Personen.

Mehr Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt

Ende vergangenen Jahres erhielten in Rheinland-Pfalz knapp 16 000 Personen – je zur Hälfte Männer und Frauen – Hilfe zum Lebensunterhalt. Die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger stieg gegenüber 2017 damit deutlich um rund 1 700 Personen bzw. zwölf Prozent.

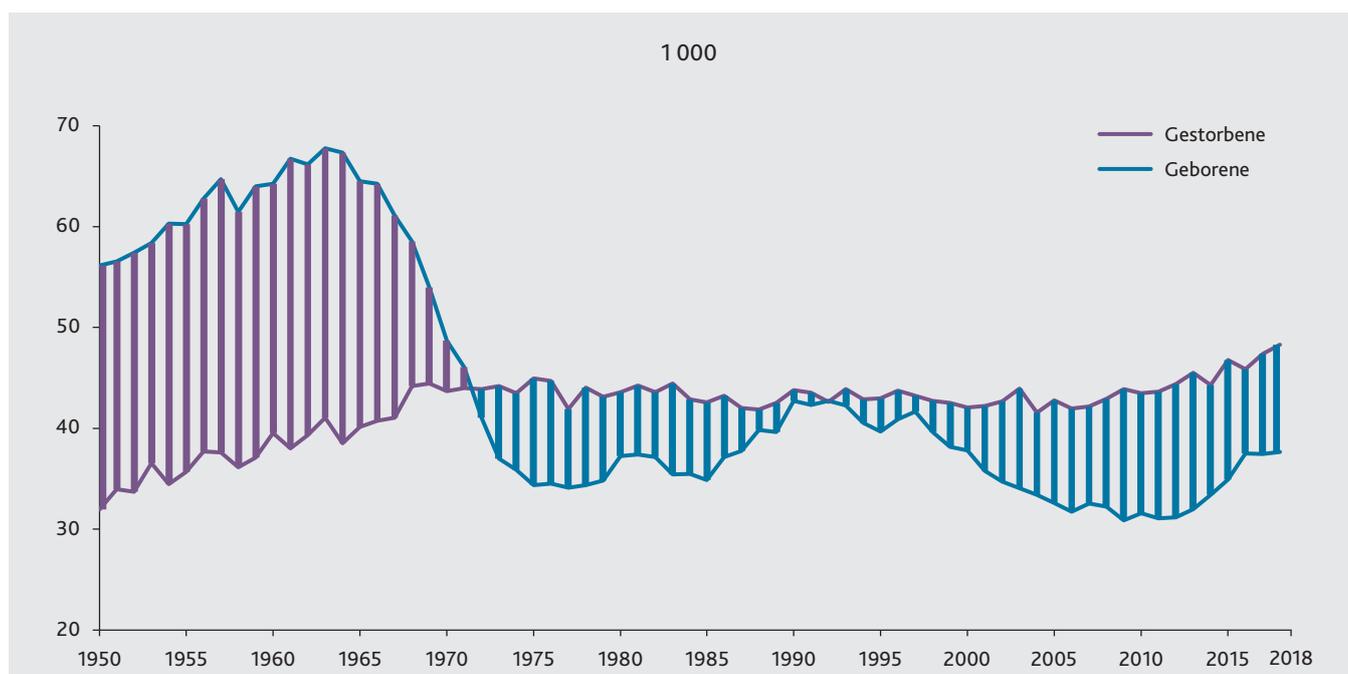
Zum Kreis der Leistungsberechtigten gehören – soweit kein Vorrang anderer Grundsicherungsleistungen wie Arbeitslosengeld 1 oder 2 besteht – im Wesentlichen befristet Erwerbsunfähige, Vorruheständige mit niedriger Rente, längerfristig Erkrankte, aber auch Menschen mit Behinderungen und pflegebedürftige Personen, die

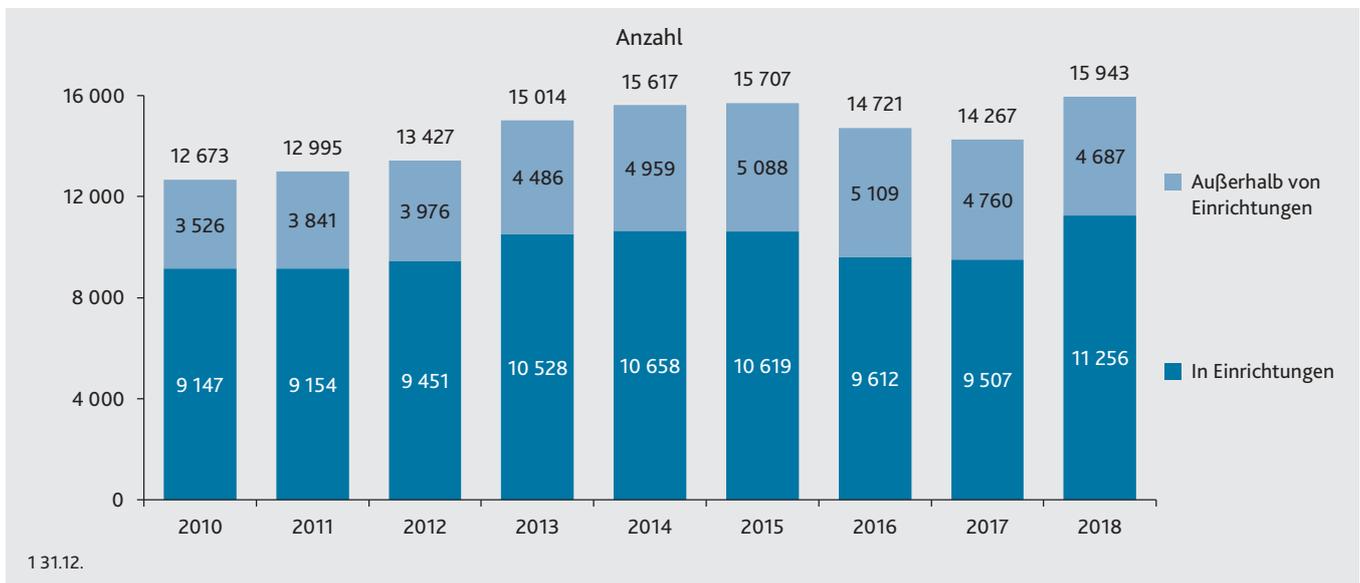
in Einrichtungen leben und die Hilfe zum Lebensunterhalt als Taschengeld erhalten.

In Rheinland-Pfalz kommen knapp 3,9 Leistungsbezieher auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner; diese Bezugsquote liegt in den kreisfreien Städten (4,3) etwas oberhalb des Durchschnittswerts der Landkreise (3,8).

Rund 71 Prozent der Leistungsempfängerinnen und -empfänger lebten in Einrichtungen (11 256 Personen). Gegenüber dem Vorjahr ist deren Zahl um rund 1 750 Personen bzw. 18 Prozent gestiegen. Die Zahl der Hilfebedürftigen außerhalb von Einrichtungen lag Ende vergangenen Jahres mit rund 4 700 Personen hingegen nahezu unverändert auf Vorjahresniveau.

Geborene und Gestorbene 1950–2018



Empfänger/-innen von Hilfe zum Lebensunterhalt 2010–2018¹

Das Durchschnittsalter aller Leistungsempfänger betrug 52,8 Jahre, wobei die weiblichen Hilfebedürftigen im Schnitt etwa 8,1 Jahre älter waren als die männlichen (Frauen: 56,9 Jahre, Männer: 48,8 Jahre). Rund 7,2 Prozent aller Hilfebedürftigen (rund 1 100 Personen) hatten Ende 2018 das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet.

Rund 8 300 Verdachtsfälle wegen Gefährdung des Kindeswohls – 70 Prozent mit konkretem Handlungsbedarf

Im Jahr 2018 haben die rheinland-pfälzischen Jugendämter 8 292 Einschätzungen zur Kindeswohlgefährdung infolge gewichtiger Verdachtsmeldungen abgeschlossen. Dies entspricht einem Anstieg um 681 Verfahren bzw. 8,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Lediglich rund eine von vier angestrebten Gefährdungseinschätzungen (28 Prozent) wurde ohne weitere Maßnahmen beendet. Folglich ergab sich für 72 Prozent (5 989 Fälle) ein weiterer Handlungsbedarf; dies waren zwölf Prozent mehr Fälle als im Vorjahr.

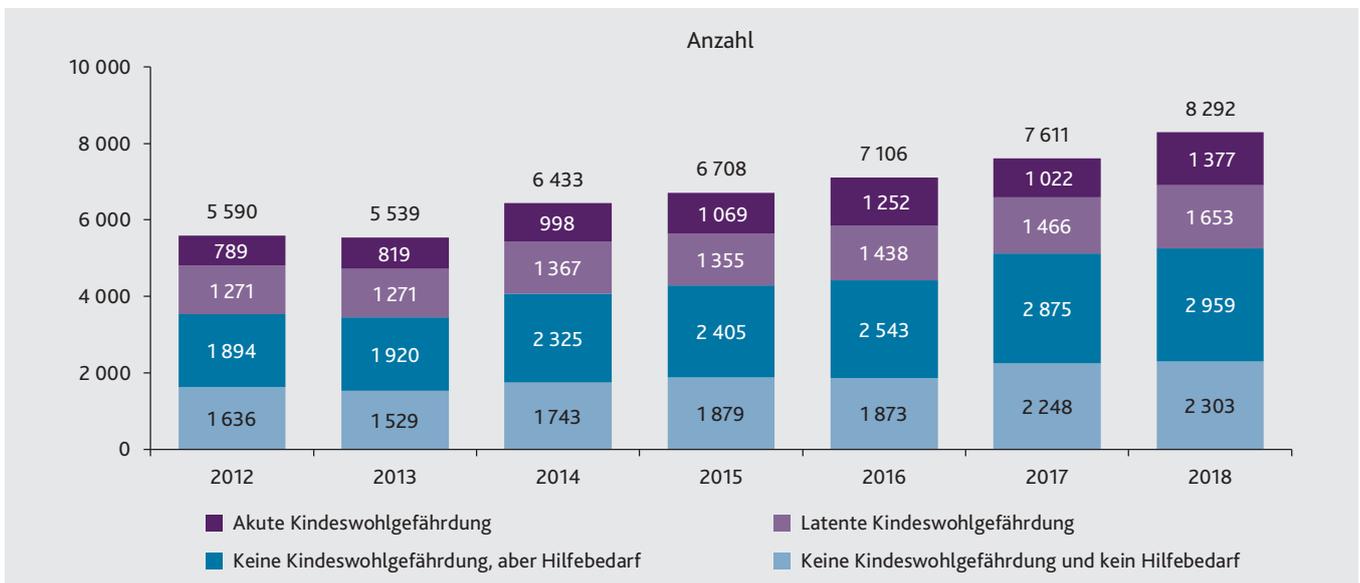
In rund 3 000 Fällen lag eine akute oder latente Gefährdung vor; dies ist ein Anstieg um 22 Prozent gegenüber 2017. Die zuständigen Fachkräfte stellten bei 17 Prozent aller Verdachtsfälle eine akute Kindeswohlgefährdung fest. Weitere 20 Prozent wurden als latente Kindeswohlgefährdung eingestuft. Hier konnte die Frage, ob gegenwärtig tatsächlich eine Gefahr besteht, nicht eindeutig beantwortet, eine Gefährdung jedoch nicht ausgeschlossen werden. Für rund ein Drittel (36 Prozent) der Verfahren kamen die Experten zum Ergebnis, dass – wenngleich keine

Gefährdung der Kinder festgestellt wurde – zumindest weiterer Unterstützungsbedarf notwendig war.

In sechs von zehn Fällen (61 Prozent), bei denen eine akute oder latente Kindeswohlgefährdung festgestellt wurde, gab es Anzeichen für Vernachlässigung. Anhaltspunkte für psychische bzw. körperliche Misshandlungen konnten bei 35 bzw. 27 Prozent aller Ermittlungen nachgewiesen werden. In rund vier Prozent der Fälle wurden Anzeichen für sexuelle Gewalt festgestellt. Zu beachten ist, dass bei der Meldung zur Art der Kindeswohlgefährdung im Rahmen der amtlichen Statistik Mehrfachnennungen möglich sind.

Auf Initiative von Polizei, Gericht oder Staatsanwaltschaft wurden mit 28 Prozent anteilig die meisten Verfahren in die Wege geleitet. Danach folgen Verdachtsmeldungen von

Verfahren zur Einschätzung der Gefährdung des Kindeswohls 2012–2018 nach Ergebnis des Verfahrens



Bekanntem oder Nachbarn sowie anonyme Meldungen mit Anteilen von zwölf Prozent bzw. elf Prozent; weitere acht Prozent der Ermittlungen wurde von Schulen angestoßen. Mädchen und Jungen waren nahezu gleichermaßen von Einschätzungen

zur Kindeswohlgefährdung betroffen. In zwei Drittel (65 Prozent) der untersuchten Fälle waren die Kinder neun Jahre oder jünger; nahezu jedes vierte Kind (23 Prozent) hatte das dritte Lebensjahr noch nicht vollendet.

Aufstiegs-BAföG: Zahl der Geförderten steigt

In Rheinland-Pfalz erhielten 2018 rund 8 400 Fortzubildende eine Förderung im Rahmen des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (AB), auch Aufstiegs-BAföG genannt. Das

Umfang der bewilligten Förderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) 2008–2018 nach Förderungsart



waren rund 600 Personen bzw. 8,2 Prozent mehr als im Vorjahr.

Seit der Erhöhung der Förderbeträge und Zuschüsse im Rahmen des 3. Gesetzes zur Änderung des AB im Jahr 2016 stieg die Zahl der nach AB geförderten Fortzubildenden um 16 Prozent, die der Geförderten in Vollzeitmaßnahmen sogar um 43 Prozent. Durchschnittlich erhielten die Geförderten mit etwa 4 300 Euro 15 Prozent mehr als 2016.

Insgesamt wurden im vergangenen Jahr etwa 35 Millionen Euro zur Förderung von Fortbildungsaktivitäten im Rahmen des Aufstiegs-BAföG bewilligt, davon 15 Millionen als Zuschüsse. Gegenüber dem Vorjahr stiegen die bewilligten Fördermittel um knapp 3,7 Millionen Euro (+12 Prozent), verglichen mit 2016 sogar um neun Millionen Euro (+34 Prozent).

Die von Bund und Ländern finanzierte Aufstiegsfortbildungsförderung ist ein Förderangebot für Personen, die eine auf einen ersten beruflichen Abschluss aufbauende Fortbildung absolvieren. Seit Mitte 2016 können zudem auch an einer beruflichen Fortbildungsmaßnahme interessierte Absolventinnen und Absolventen eines Bachelorstudiengangs Fördermittel im Rahmen des AB beantragen. Ziel ist es, den Ausbau der beruflichen Qualifizierung zu unterstützen und die Fortbildungsmotivation des Fachkräftenachwuchses zu stärken.

Die meisten Geförderten waren männlich (61 Prozent), Deutsche

(97 Prozent), zwischen 20 bis 24 Jahre alt (41 Prozent) und in einer Fortbildungsmaßnahme in einem Umfang von mehr als 20 Monaten (65 Prozent). Am häufigsten wurden angehende staatlich anerkannte Erzieherinnen und Erzieher gefördert (knapp 2 000). Die Förderfähigkeit dieser Ausbildung ist darauf zurückzuführen, dass die landesrechtliche Zugangsregelung der Erzieherausbildung einen ersten Ausbildungsabschluss oder berufsbezogene Erfahrungen voraussetzt.

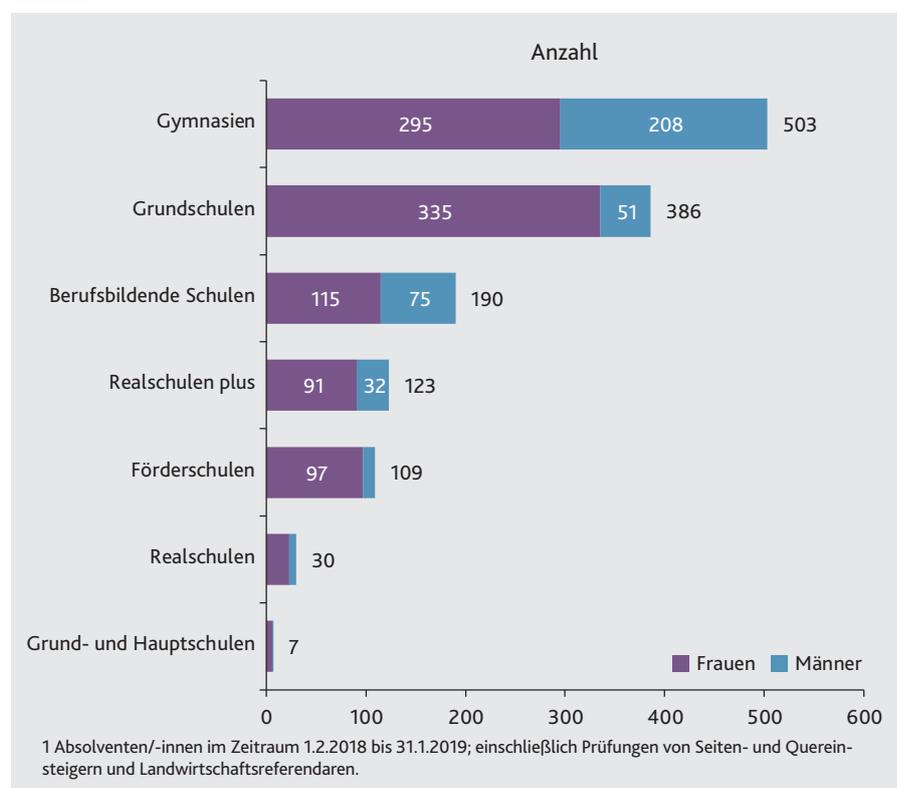
Unabhängig vom Einkommen werden die Gebühren für den Lehrgang und die Prüfung mit bis zu 15 000 Euro sowie für das Meisterprüfungsprojekt mit bis zu 2 000 Euro gefördert.

Die Förderung setzt sich aus Darlehen und staatlich finanziertem Zuschuss zusammen. Abhängig vom Einkommen kann zudem ein Beitrag zum Lebensunterhalt mit Aufschlägen für Verheiratete und Kinder sowie für die Kinderbetreuung von Alleinerziehenden bezuschusst werden.

Lehrkräfte werden jünger

Im Schuljahr 2018/19 waren rund 41 300 Lehrkräfte an den rheinland-pfälzischen Schulen hauptamtlich beschäftigt. Der Anteil der über 54-Jährigen lag bei 23 Prozent. Das waren in dieser Altersgruppe knapp 2 100 Lehrkräfte weniger als fünf Jahre zuvor (-18 Prozent). Im Schul-

Bestandene pädagogische Prüfungen¹ 2018 nach Lehramt und Geschlecht



jahr 2013/14 lag ihr Anteil noch bei 29 Prozent.

Der Eintritt in den Ruhestand ist nicht der einzige und auch nicht der häufigste Grund für den Abgang einer Lehrkraft. So verließen 2018 rund 54 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer eine Schule aufgrund einer Versetzung, Abordnung oder Entlassung aus dem Schuldienst, weitere sieben Prozent wegen Beurlaubung oder Auslandsschuldienst. In den Ruhestand gingen hingegen nur 37 Prozent. Knapp drei Prozent schieden wegen Dienstunfähigkeit oder Tod aus.

Demgegenüber steht der Lehrernachwuchs, dessen Ausbildung in zwei aufeinander aufbauende Phasen gegliedert wird. In der ersten Phase erwirbt der Lehrernachwuchs an einer wissenschaftlichen Hochschule sowohl den Bachelor als auch den Master of Education. Der Umfang des Studiums variiert dabei in Abhängigkeit von der Schulart: Während für das Lehramt an Grundschulen ein insgesamt vierjähriges Bachelor- und Masterstudium vorgesehen ist, soll das Studium des Lehramts an Gymnasien oder berufsbildenden Schulen in fünf Jahren absolviert werden. In Rheinland-Pfalz schlossen 2018 nach vorläufiger Berechnung knapp 2 000 Studierende ein lehramtsbezogenes Masterstudium erfolgreich ab, darunter mehr als die Hälfte für das Lehramt an Gymnasien.

Auf das akademische Studium folgt der Vorbereitungsdienst, der sowohl in Ausbildungsschulen als auch an staatlichen Studienseminaren absol-

viert wird. Der Vorbereitungsdienst verknüpft das pädagogische, fachdidaktische und fachliche Wissen mit der Berufs- und Unterrichtspraxis. Die zweite Ausbildungsphase wird mit der Zweiten Staatsprüfung abgeschlossen, die 2018 rund 1 300 angehende Lehrkräfte bestanden haben. Die meisten Absolventinnen und Absolventen haben ihren Abschluss im Lehramt an Gymnasien (37 Prozent) erworben, gefolgt von Grundschulen (29 Prozent) und berufsbildenden Schulen (14 Prozent).

Der Lehrernachwuchs blieb auch 2018 eine weibliche Domäne: Etwa 71 Prozent der Absolventinnen und Absolventen des Studienseminars

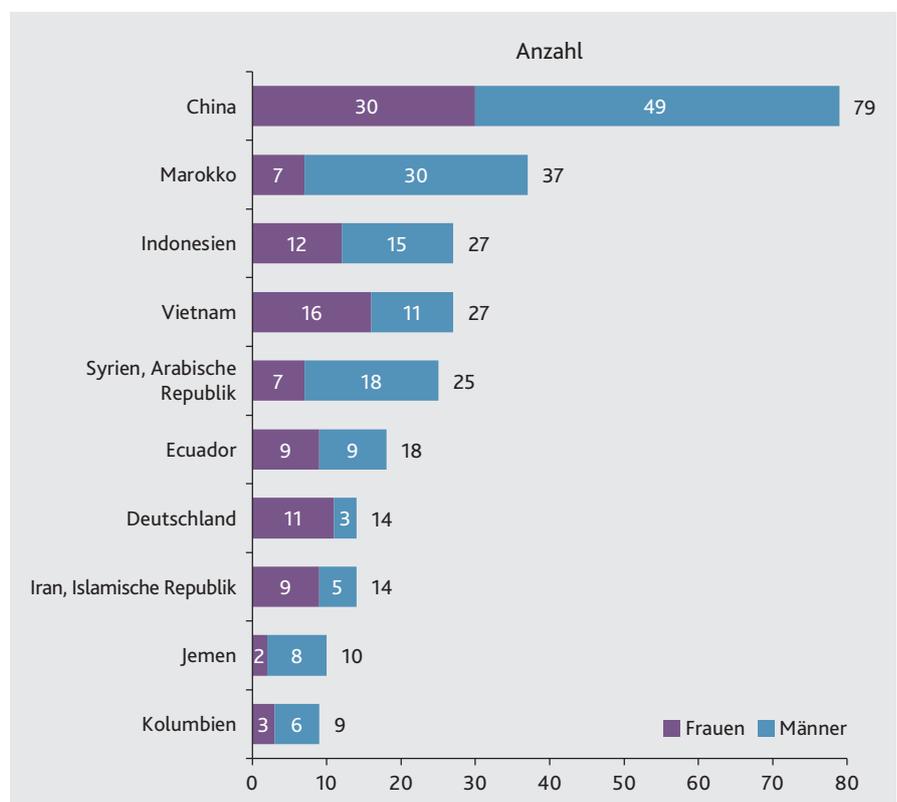
waren Frauen. Besonders hoch war der Anteil der Absolventinnen der Zweiten Staatsprüfung für das Lehramt an Förderschulen (89 Prozent) und an Grundschulen (87 Prozent).

Mehr Teilnehmende an Internationalen Studienkollegs

Im Wintersemester 2018/19 nahmen an den beiden in Rheinland-Pfalz angebotenen internationalen Studienkollegs knapp 340 Studieninteressierte teil. Das waren zwölf Prozent mehr als im Vorjahr.

Der deutliche Anstieg der Teilnehmerzahl ist auf den Zuwachs der Studieninteressierten zurückzuführen, deren im Ausland erworbene Hoch-

Studienkollegiaten/-innen mit den zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten im Wintersemester 2018/19 nach Geschlecht



schulzugangsberechtigung nicht der deutschen Hochschulreife entspricht. Das hohe Interesse zeigt sich auch daran, dass alle 336 zur Verfügung stehenden Plätze in den Studienkollegs besetzt werden konnten.

Ein weiterer Grund für den Anstieg ist eine 2015 durchgeführte Umstrukturierung der rheinland-pfälzischen Studienkollegs. Aufgrund der Umstellung des Kurssystems ging die Teilnehmerzahl 2015/16 kurzfristig stark zurück und stieg in den folgenden drei Jahren wieder deutlich an (+130 Prozent).

Die meisten Teilnehmenden an den vorakademischen Kursen der Studienkollegs kamen aus China (79), gefolgt von Marokko (37) und Indonesien (27). Die verhältnismäßig hohe Zahl der Studienkollegiatinnen und Studienkollegiaten aus China begründet sich damit, dass nicht alle an einem Studium in Deutschland interessierten Chinesinnen und Chinesen über einen mit dem Abitur oder der Fachhochschulreife vergleichbaren Abschluss sowie über die sprachlichen Voraussetzungen verfügen, die für ein Studium an einer deutschen Hochschule notwendig sind. Während beispielsweise ein in China erworbener Abschluss der zwölfjährigen Fremdsprachenmittelschule, ein Deutsches Sprachdiplom Stufe II und eine bestandene chinesische Hochschulaufnahmeprüfung („gaokao“) die Aufnahme eines Studiums in Deutschland ermöglicht, müssen chinesische Absolventinnen und Absolventen mit einem Abschluss des dreijährigen Junior College Programms

zunächst das Studienkolleg besuchen bzw. eine Feststellungsprüfung ablegen, bevor sie in Deutschland ein Studium aufnehmen dürfen.

In Rheinland-Pfalz werden an der Hochschule Kaiserslautern und an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz die Studienbewerberinnen und Studienbewerber in unterschiedlichen Schwerpunktkursen auf eine Feststellungsprüfung vorbereitet, die bei erfolgreichem Abschluss zur Aufnahme eines Hochschulstudiums berechtigt.

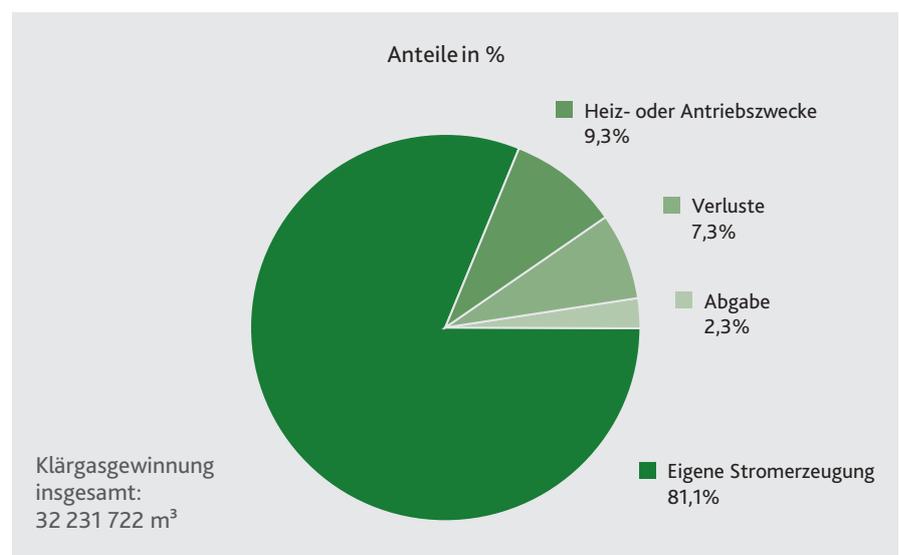
50 Millionen Kilowattstunden Stromerzeugung in Kläranlagen

Die Stromerzeugung in den rheinland-pfälzischen Kläranlagen belief sich 2018 auf 50 Millionen Kilowattstunden. Damit ist seit 2010 ein Plus von 14 Millionen Kilowattstunden zu verzeichnen.

Klärgas spielt mit einem Anteil von rund 0,3 Prozent für die gesamte Stromerzeugung im Land nur eine untergeordnete Rolle. Bezogen auf die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern liegt der Anteil des aus Klärgas erzeugten Stroms im Mittel bei etwa 0,6 Prozent. Der in den Kläranlagen erzeugte Strom wird zudem nahezu vollständig (2018 zu 96 Prozent) selbst verbraucht und nicht in das öffentliche Stromnetz eingespeist.

In Rheinland-Pfalz gibt es etwa 720 Kläranlagen mit biologischer Reinigungsstufe in denen potenziell Klärgas anfällt, darunter 91 Anlagen mit Klärgasgewinnung. Vor allem die größeren Abwasserreinigungsanlagen haben die baulichen Voraussetzungen dafür, das bei der sogenannten Ausfäulung von Klärschlamm entstehende Klärgas energetisch zu nutzen. Rund 81 Prozent des im Land gewonnenen Klärgases kommt in den

Klärgas 2018 nach Verwendungszweck



eigenen Stromerzeugungsanlagen der Klärwerke zum Einsatz. Bei diesen Anlagen handelt es sich insbesondere um Blockheizkraftwerke, in denen zugleich Strom und Wärme für den Eigenverbrauch der Kläranlagen produziert wird. Klärgas wird zudem auch direkt für Heiz- bzw. Antriebszwecke genutzt. Im Jahr 2018 wurden auf diese Art gut neun Prozent der gesamten Gewinnungsmenge an Klärgas verbraucht.

Die Klärgasgewinnung belief sich 2018 auf 32,2 Millionen Kubikmeter.

624 Millionen Euro Investitionen in den Umweltschutz

Die rheinland-pfälzischen Betriebe des Produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe) investierten im Jahr 2017 knapp 624 Millionen Euro in den Umweltschutz. Gegenüber dem Vorjahr stellte das eine Zunahme um sieben Prozent dar. Damit dienten

knapp 16 Prozent der insgesamt im Produzierenden Gewerbe investierten 3,9 Milliarden Euro der Verringerung oder Vermeidung von schädlichen Emissionen bzw. einem effizienteren Einsatz der Ressourcen. Von 2 952 rheinland-pfälzischen Betrieben, die befragt wurden, meldeten 721 Investitionen für den Umweltschutz. Das waren 24 Prozent der Betriebe.

Der größte Teil der Investitionen entfiel im Jahr 2017 mit 361 Millionen Euro bzw. 58 Prozent auf die Abwasserwirtschaft. Investiert wurde beispielsweise in den Bau und die Sanierung von Abwasserleitungen und Kläranlagen. Für Investitionen in die Abfallwirtschaft wurden 21 Prozent der Umweltschutzinvestitionen (133 Millionen Euro) aufgewendet. Eine größere Bedeutung hatte der Klimaschutz mit rund 78 Millionen Euro.

Die Betriebe der verschiedenen Wirtschaftszweige investierten

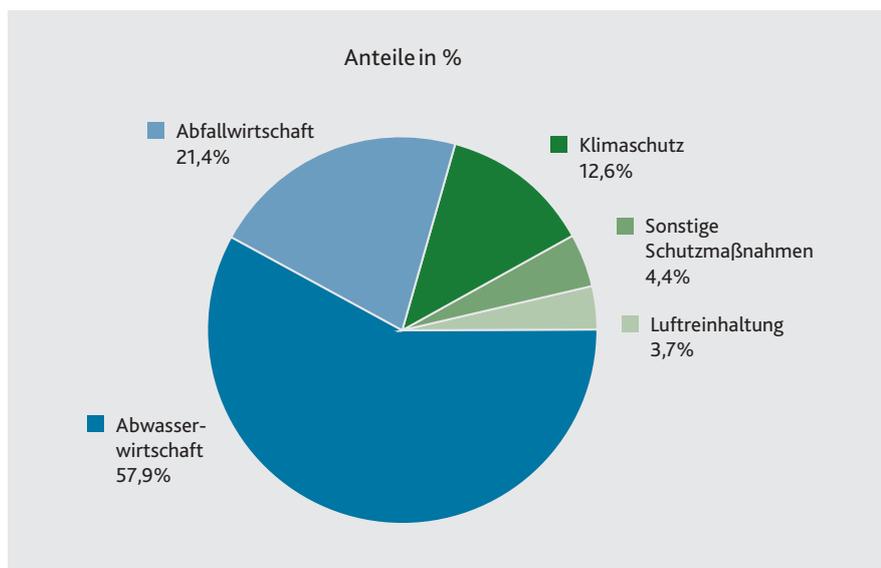
im unterschiedlichen Maße in den Umweltschutz. Rund 59 Prozent der Umweltschutzinvestitionen entfielen auf die Betriebe im Wirtschaftszweig Wasserver-, Wasserent- und Abfallentsorgung sowie Beseitigung von Umweltverschmutzungen. Im Wirtschaftszweig „Verarbeitendes Gewerbe“ wurden 38 Prozent der Umweltschutzinvestitionen getätigt, wovon 24 Prozentpunkte auf die Unterkategorie der Herstellung von chemischen Erzeugnissen entfielen.

Leichter Rückgang bei den Pkw-Neuzulassungen im ersten Halbjahr

Im ersten Halbjahr 2019 wurden in Rheinland-Pfalz 71 050 Personenkraftwagen (Pkw) neu zugelassen. Das waren rund ein Prozent weniger als im ersten Halbjahr 2018. Für Deutschland insgesamt war hingegen ein Anstieg von 0,5 Prozent zu verzeichnen.

Der in den vergangenen Jahren zu beobachtende Rückgang bei den Neuzulassungen von Diesel-Pkw hat sich im ersten Halbjahr 2019 nicht fortgesetzt. Von den neu zugelassenen Pkw hatten 21 611 einen Dieselmotor, das entspricht einem Anteilswert von 30 Prozent (Deutschland: 33 Prozent). Zum Vergleich: Im ersten Halbjahr 2018 lag der entsprechende Wert für Rheinland-Pfalz bei 29 Prozent und damit um 1,6 Prozentpunkte niedriger als in diesem Jahr. Eine ähnliche Entwicklung war auch in Deutschland insgesamt zu beobachten.

Umweltschutzinvestitionen 2017 nach Umweltbereichen

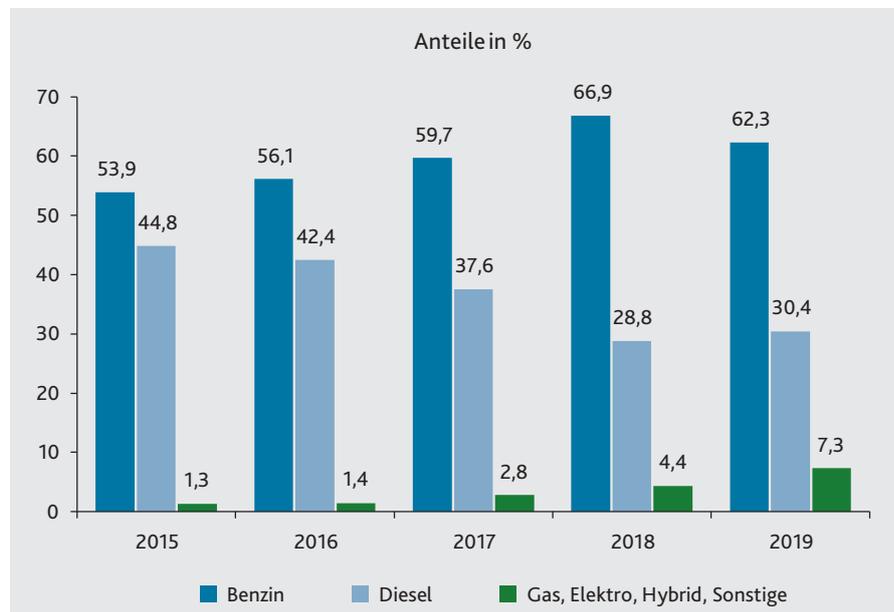


Weiterhin zugenommen hat hingegen der Anteil der neuzugelassenen Pkw mit alternativen Antrieben. Von diesen rund 5 200 Pkw haben 3 545 einen Hybrid-Antrieb, 1 332 einen reinen Elektroantrieb und 218 einen reinen Gasantrieb. Insgesamt stieg der Anteil der Pkw mit alternativen Antrieben an den Gesamtzulassungen von 4,4 Prozent im ersten Halbjahr 2018 auf 7,3 Prozent im ersten Halbjahr 2019.

Die Anzahl der neuzugelassenen Krafträder stieg in Rheinland-Pfalz um 7,7 Prozent auf 5 510. Bei den Lastkraftwagen war eine Zunahme der Neuzulassungen um 13 Prozent auf 7 377 zu verzeichnen. Die Anzahl der Neuzulassungen bei den Zugmaschinen erhöhte sich um 25,5 Prozent auf 2 165. Insgesamt wurden in den ersten sechs Monaten 2019 in Rheinland-Pfalz 87 186 Kraftfahrzeuge neu angemeldet. Das waren 1,2 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum 2018. Deutschlandweit ergab sich ein Plus von 2,2 Prozent.

Die Anzahl der Besitzumschreibungen von gebrauchten Personenkraftwagen verringerte sich in Rheinland-Pfalz gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 1,2 Prozent auf 200 804. Bei den Krafträdern (-3,1 Prozent) waren weniger, bei den Zugmaschinen (+2,7 Prozent) und den Lastkraftwagen (+3,9 Prozent) mehr Umschreibungen zu verzeichnen. Insgesamt wechselten 231 686 Kraftfahrzeuge ihren Besitzer; das waren 1,2 Prozent weniger als im

Neuzulassungen von Personenkraftwagen im 1. Halbjahr 2015–2019 nach Kraftstoffarten



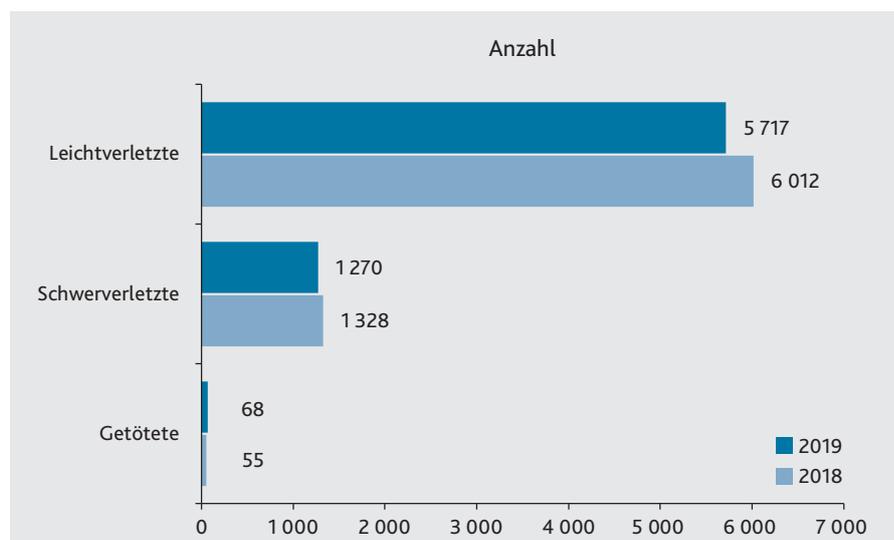
ersten Halbjahr des Jahres 2018 (Deutschland: -0,6 Prozent).

Von Januar bis Mai mehr Verkehrstote

Im bisherigen Jahresverlauf sind in Rheinland-Pfalz mehr Verkehrstote

zu beklagen als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Von Januar bis Mai 2019 verstarben insgesamt 68 Menschen bei Verkehrsunfällen. Das waren 13 bzw. 24 Prozent mehr als in den ersten fünf Monaten des Jahres 2018.

Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis Mai 2018 und 2019



Im Mai verloren bei Verkehrsunfällen in Rheinland-Pfalz zehn Menschen ihr Leben, zwei weniger als im Mai des Vorjahres.

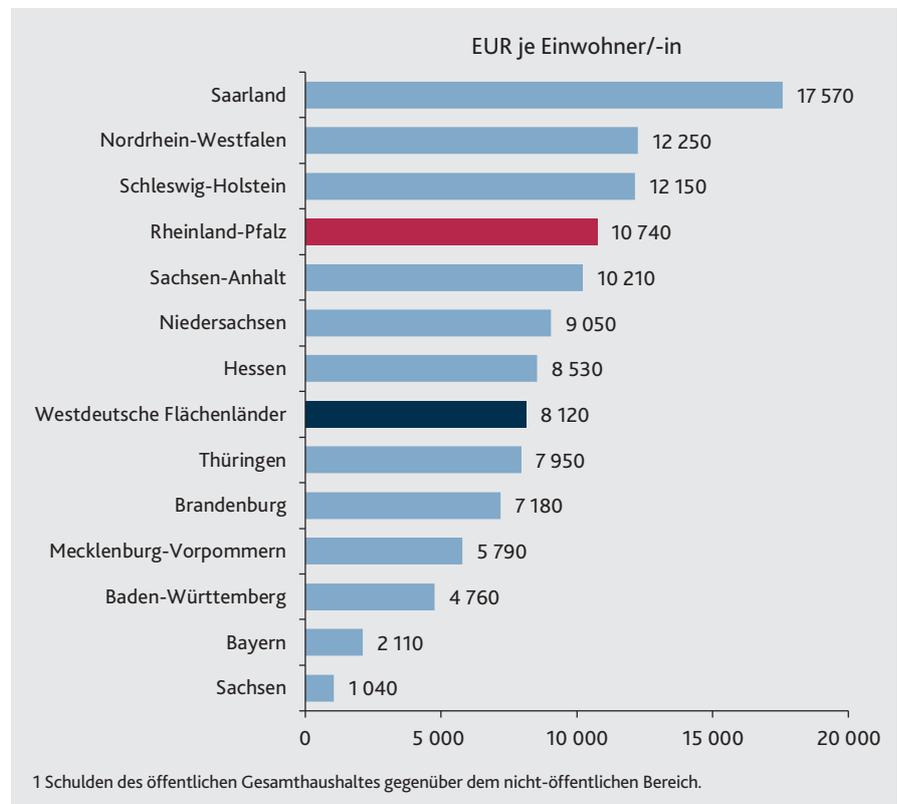
In den ersten fünf Monaten ging die Zahl der Schwerverletzten um 4,4 Prozent auf 1 270 und die der Leichtverletzten um 4,9 Prozent auf 5 517 zurück. Die Polizei registrierte von Januar bis Mai insgesamt 58 117 Straßenverkehrsunfälle, ein Prozent weniger als im Vorjahr. Unter diesen Unfällen waren 52 745 Unfälle, bei denen nur Sachschäden entstanden. Im Vergleich zu 2018 bedeutet dies einen leichten Rückgang um 0,6 Prozent.

Schulden des Landes und der Kommunen sinken um 1,3 Milliarden Euro

Die Schulden des Landes Rheinland-Pfalz und seiner Kommunen betragen Ende 2018 zusammen 43,8 Milliarden Euro. Die Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts sanken im Vorjahresvergleich um 1,3 Milliarden Euro bzw. 2,8 Prozent. Die rechnerische Pro-Kopf-Verschuldung fiel auf 10 740 Euro (-330 Euro).

Beim Schuldenrückgang ist ein deutlicher Unterschied zwischen dem Land und den Kommunen erkennbar: Die Schulden des Landes sanken im Vorjahresvergleich um 3,6 Prozent auf 30,6 Milliarden Euro bzw. auf 7 500 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner. Die Kommunen konnten ihre Verschuldung um ein Prozent auf 13,2 Milliarden Euro verringern.

Schulden¹ der Länder und der Kommunen 2018



Bezogen auf die Einwohnerinnen und Einwohner waren das 3 200 Euro.

Die kreisfreien Städte verringerten ihre Verschuldung insgesamt um 0,3 Prozent. Der neue Schuldenstand betrug Ende 2018 rund 6,1 Milliarden Euro. Auf jede Bewohnerin bzw. Bewohner der Städte entfielen rechnerisch 5 700 Euro.

Die Landkreisbereiche (Kreis einschließlich der zugehörigen Verbands- und Ortsgemeinden) verzeichneten einen Schuldenrückgang von 1,6 Prozent. Die Schulden fielen auf 6,8 Milliarden Euro bzw. 2 300 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner.

Im Vergleich der kreisfreien Städte und der Landkreisbereiche zeigen sich große Unterschiede. Bei den kreisfreien Städten wurde für Landau in der Pfalz (1 480 Euro) die niedrigste, für Pirmasens (9 760 Euro) die höchste Pro-Kopf-Verschuldung erfasst. Bei den Landkreisbereichen verbuchte der Westerwaldkreis die geringsten Schulden (700 Euro). Die höchsten Schulden pro Kopf hatte der Landkreisbereich Kusel. Rechnerisch entfielen hier auf jede Einwohnerin bzw. jeden Einwohner eine Schuldenlast von 6 970 Euro, zehnmal so viel wie im Westerwaldkreis.

Bei isolierter Betrachtung der Landkreishaushalte (Kreise ohne zugehö-

rige Verbands- und Ortsgemeinden) ergibt sich 2018 eine Schuldenbelastung von insgesamt 2,4 Milliarden Euro (–4,1 Prozent). Je Bewohnerin bzw. Bewohner waren das rund 800 Euro. Die niedrigsten Werte errechnen sich für Mainz-Bingen: Der Kreishaushalt von Mainz-Bingen war schuldenfrei, im Landkreis Kusel lagen die Schulden des Kreishaushalts dagegen bei rund 2 670 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner.

Prinzipiell können sich das Land sowie die kommunalen Gebietskörperschaften durch Investitionskredite, Liquiditätskredite und Wertpapierkredite verschulden. Liquiditätskredite sind zwar nur zur Überbrückung von vorübergehenden Kassenanspannungen gedacht. Trotzdem machen diese bei den Kommunen inzwischen einen hohen Anteil an der Gesamtverschuldung aus. Die kreisfreien Städte hatten im Jahr 2018 rund 48 Prozent ihrer Gesamtverschuldung in Form von kurzfristigen Liquiditätskrediten

aufgenommen (2017: 50 Prozent); beim Landkreisbereich betrug der Anteil 35 Prozent (2017: 36 Prozent).

Das Land nutzt traditionell kaum Liquiditätskredite. Letztere machten zum Jahresende 2018 lediglich rund zwei Prozent der Gesamtverschuldung der Landesebene aus (2017: ein Prozent). Als Verschuldungsinstrument verwendet das Land überwiegend Wertpapiersschulden.

Seit dem Jahr 2000 ist die Pro-Kopf-Verschuldung des Landeshaushalts um 57 Prozent gestiegen, exakt um den Wert, um den auch das Bruttoinlandsprodukt je Einwohnerin bzw. Einwohner wuchs. Die Pro-Kopf-Verschuldung in den Kommunen stieg hingegen um 123 Prozent, für das Land und die Kommunen zusammen ergab sich ein Schuldenzuwachs von 72 Prozent.

Das Land reduzierte seine Schulden im vergangenen Jahr um 3,6 Prozent; das war der zweithöchste Schuldenrück-

gang seit 56 Jahren (zuvor Rekordrückgang 2017: –4,5 Prozent). Während die Konsolidierungsphase beim Land in den 60er-Jahren bereits nach zwei Jahren in eine neue Phase mit hohen Schuldenzuwächsen mündete, sind seit nunmehr sechs Jahren stagnierende bzw. sinkende Schulden zu verzeichnen. Die Kommunen senkten ihre Schulden 2018 um ein Prozent. Dieser auf den ersten Blick schwache Rückgang ist der stärkste seit Gründung des Landes (2017: –0,8 Prozent).

Trotz der Rückgänge weist Rheinland-Pfalz im Vergleich der Bundesländer auch 2018 eine überdurchschnittliche Verschuldung auf: Die Landesebene liegt 20 Prozent, die Kommunalebene sogar 71 Prozent über dem Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer. Für das Land Rheinland-Pfalz und seine Kommunen ergibt sich zusammengenommen eine Verschuldung, die rund 32 Prozent über dem Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer liegt.

Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz im Juli 2019

Die Inflationsrate ist im Juli 2019 auf 1,6 Prozent gestiegen. Im Mai und Juni hatte sie bei jeweils 1,5 Prozent gelegen.

Energie war um 1,8 Prozent teurer als ein Jahr zuvor; für Mineralölprodukte mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher 0,2 Prozent mehr bezahlen. Die Preise für Heizöl (einschließlich Umlage) erhöhten sich im Vergleich zum Juli 2018 um 4,5 Prozent, wohingegen sich die Preise für Kraftstoffe nur leicht veränderten (+0,3 Prozent). Nahrungsmittel verteuerten sich um ein Prozent. Die höchsten Preissteigerungen waren beim Gemüse zu verzeichnen (+7,8 Prozent). Starke Preissenkungen gab es bei Speisefetten und -ölen (-11 Prozent); der Preis für Butter war um 17 Prozent niedriger als im Juli 2018.

Die Teuerungsrate ohne Nahrungsmittel und Energie, die auch als Kern-

inflatonsrate bezeichnet wird, ist im Juli leicht gesunken. Sie belief sich auf +1,6 Prozent; im Juni hatte sie bei +1,7 Prozent gelegen.

In fast allen zwölf Hauptgruppen sind die Preise im Vergleich zum Vorjahresmonat gestiegen. Den kräftigsten Zuwachs gab es mit +4 Prozent in der Hauptgruppe „Bekleidung und Schuhe“. Nur im Bereich „Post und Telekommunikation“ sanken die Preise (-0,8 Prozent).

Gegenüber dem Vormonat stieg der Verbraucherpreisindex im Juli um 0,6 Prozent. Mit Abstand am stärksten fielen die Preiserhöhungen in der Hauptgruppe „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ aus (+3,9 Prozent). In zwei der zwölf Hauptgruppen sanken die Preise. Einen merklichen Preisrückgang gab es bei Bekleidung und Schuhen (-2,9 Prozent).

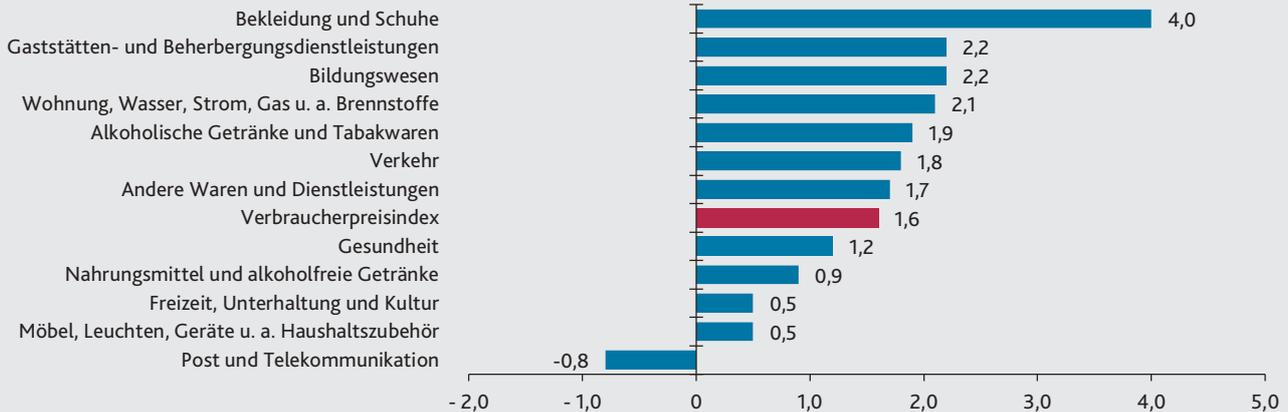
Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 18 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in mehr als 2000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) rund 20000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von 600 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im Juli 2019

Veränderung in den Güter- und Dienstleistungsgruppen zu Juli 2018 in %



Veränderung zum Vorjahresmonat in %



Juli 2019

- Verbraucherpreisindex: +1,6%
- Ausgewählte Preisentwicklungen:

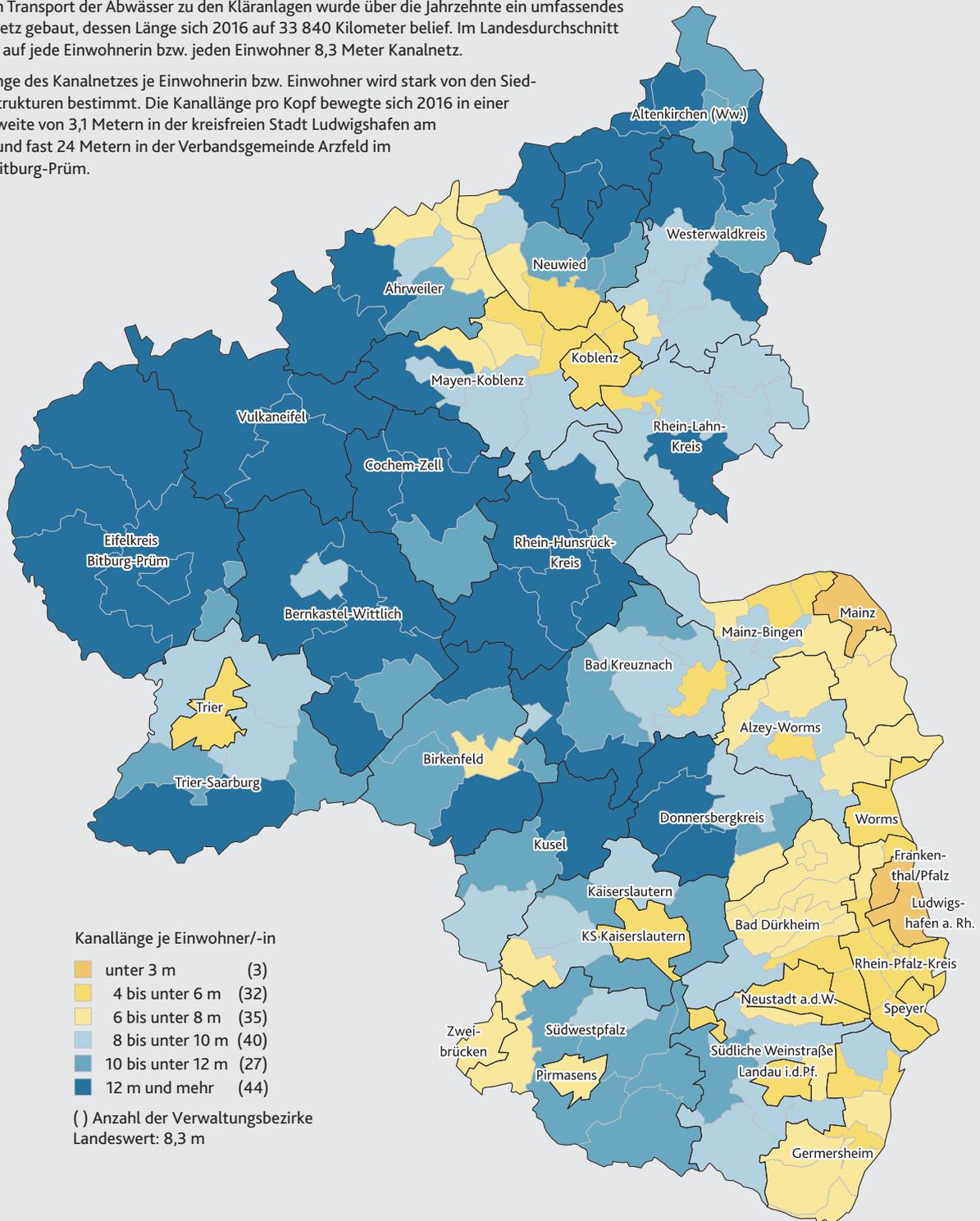
Kartoffeln: +27,5%
 Äpfel: -17,5%

Kanalnetz 2016 nach Verwaltungsbezirken

Rund 34 000 Kilometer Kanalnetz

Für den Transport der Abwässer zu den Kläranlagen wurde über die Jahrzehnte ein umfassendes Kanalnetz gebaut, dessen Länge sich 2016 auf 33 840 Kilometer belief. Im Landesdurchschnitt kamen auf jede Einwohnerin bzw. jeden Einwohner 8,3 Meter Kanalnetz.

Die Länge des Kanalnetzes je Einwohnerin bzw. Einwohner wird stark von den Siedlungsstrukturen bestimmt. Die Kanallänge pro Kopf bewegte sich 2016 in einer Spannweite von 3,1 Metern in der kreisfreien Stadt Ludwigshafen am Rhein und fast 24 Metern in der Verbandsgemeinde Arzfeld im Kreis Bitburg-Prüm.



Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2018

Baugewerbe



Von Dr. Martin Jacobs

In der Veröffentlichung „Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2018“ wird die wirtschaftliche Entwicklung im vergangenen Jahr detailliert dargestellt. Der folgende Beitrag thematisiert die Entwicklung im Baugewerbe.

Das Baugewerbe wächst bereits seit 2015 ununterbrochen. Auch 2018 gab es in diesem Wirtschaftsbereich eine kräftige Steigerung der Wirtschaftsleistung und einen ordentlichen Beitrag zum Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung. Zum Baugewerbe zählt das Bauhauptgewerbe mit den Bereichen Hoch- und Tiefbau sowie das Ausbaugewerbe. Von diesen Teilbereichen konnten im Berichtsjahr der Hoch- und der Tiefbau deutliche Umsatzzuwächse erzielen.

Zum dritten Mal in Folge Rekordumsatz im Bauhauptgewerbe

Stärkste Erlössteigerung im öffentlichen Hochbau

Die Hochkonjunktur im Bauhauptgewerbe hielt 2018 an. Die Betriebe des Bauhauptgewerbes, die im Rahmen der Konjunkturerhebung befragt wurden, verzeichneten abermals eine deutliche Steigerung ihres baugewerblichen Umsatzes gegenüber dem Vorjahr. Die Erlöse wuchsen um zwölf Prozent auf 3,8 Milliarden Euro (Deutschland: +11 Prozent) und erreichten damit das dritte Jahr in Folge einen neuen Höchststand. Im Jahr 2017 hatte das Umsatzwachstum ebenfalls zwölf Prozent betragen. Alle Bereiche des Bauhauptgewerbes erzielten 2018 zweistellige Zuwachsraten. Die Erlöse verbesserten sich im Hochbau um knapp 13 und im Tiefbau um knapp zwölf Prozent. Am stärksten entwickelte sich der öffentliche Hochbau mit einer Umsatzsteigerung um mehr als ein Fünftel (+21 Prozent). Im Wohnungsbau, der

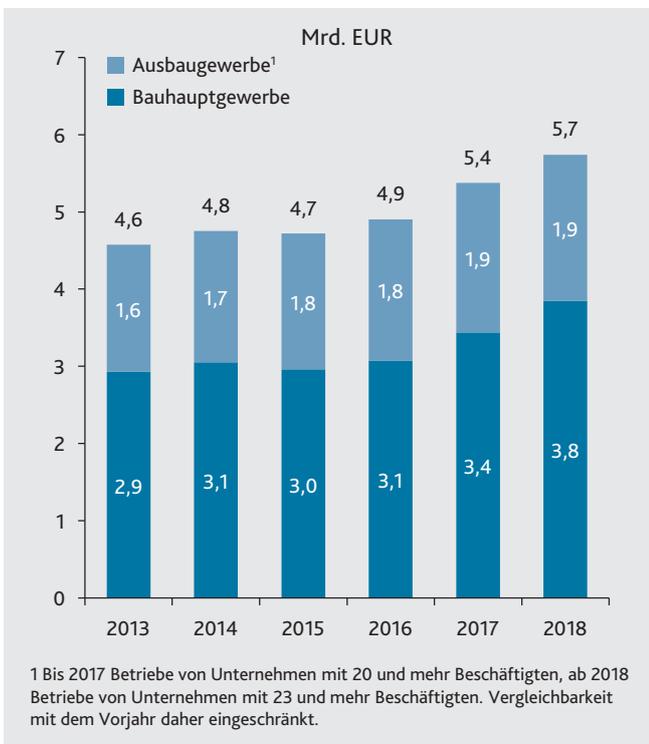
2016 und 2017 der Wachstumstreiber gewesen war, erhöhten sich die Erlöse 2018 um elf Prozent. Im gewerblichen Tiefbau betrug das Plus ebenfalls elf Prozent. Die einzelnen Teilbereiche des Tiefbaus entwickelten sich mit Erlössteigerungen um elf Prozent im gewerblichen Tiefbau, zwölf Prozent im Straßenbau und zehn Prozent im sonstigen öffentlichen Tiefbau recht gleichmäßig.

Nachdem sich die Wachstumsdynamik im Bauhauptgewerbe zum Jahresende 2017 etwas abgeschwächt hatte, gewann sie im Laufe des Jahres 2018 wieder deutlich an Fahrt. Im ersten Quartal 2018 lag der Umsatz um 4,3 Prozent über dem Vorjahreswert. Die Steigerungsraten nahmen danach kontinuierlich zu. Sie betragen im zweiten und dritten Quartal 8,3 bzw. 9,3 Prozent. Im vierten Quartal gab es einen ordentlichen Wachstumsschub; das Bauhauptgewerbe konnte seine Erlöse um mehr als ein Fünftel

Wachstum verstärkt sich im Laufe des Jahres

G 1

Umsatz im Baugewerbe 2013–2018



gegenüber dem Vorjahr erhöhen (+22 Prozent). Sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau zog das Wachstum zum Jahresende kräftig an; die Steigerungsraten im vierten Quartal lagen bei 27 bzw. 18 Prozent.

Mehr Auftrags-
einzüge

Die Auftragseinzüge im Bauhauptgewerbe sind ein Indikator für die künftige Umsatzentwicklung. Die Zahlen am Jahresende 2018 deuten auf eine anhaltend gute Auftragslage. Gegenüber 2017 nahmen die Auftragseinzüge 2018 um elf Prozent zu (Deutschland: +10 Prozent). Unterjährig ist – wie auch bei den Umsätzen – eine Verstärkung des Wachstums zu erkennen. Im ersten Quartal blieben die Auftragseinzüge noch leicht hinter dem Vorjahreswert zurück (-0,8 Prozent). Vom zweiten bis zum vierten Quartal waren demgegenüber zweistellige Steigerungsraten in Höhe von elf, 15 und 18 Prozent zu verzeichnen.

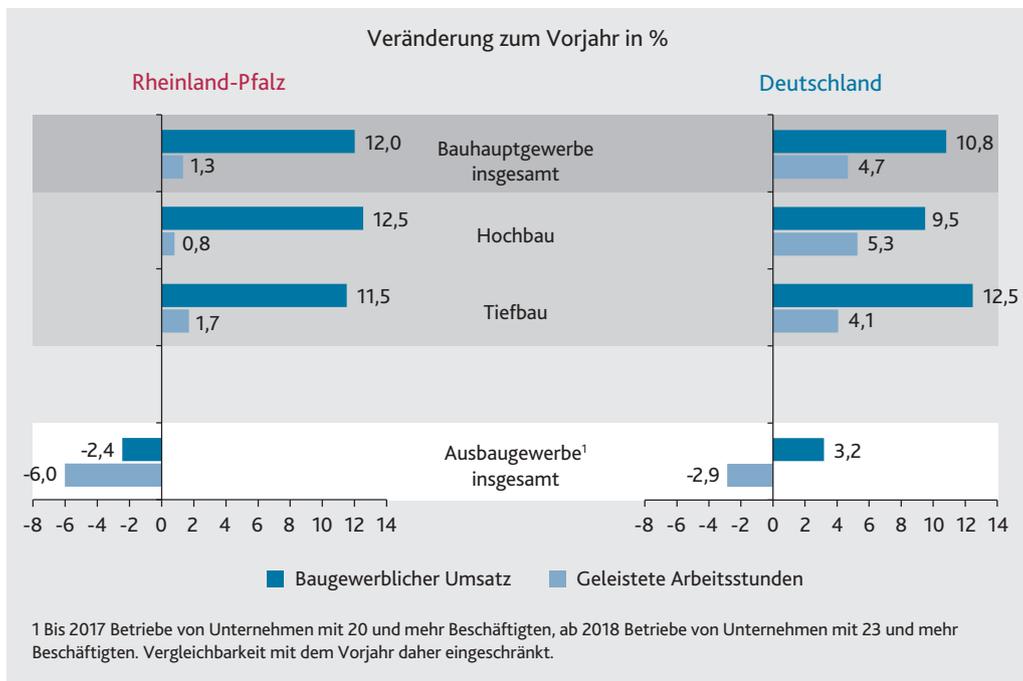
G 2

Umsatz im Baugewerbe 2017 und 2018 nach Quartalen



G 3

Baugewerblicher Umsatz und geleistete Arbeitsstunden im Baugewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2018



Mehr Beschäftigte im Bauhauptgewerbe

Die sehr gute Lage des Bauhauptgewerbes spiegelt sich auch in der Beschäftigungsentwicklung wider. Die Zahl der Beschäftigten stieg 2018 um 3,3 Prozent (Deutschland: +4,9 Prozent). Die Beschäftigtenzahl liegt damit so hoch wie zuletzt 2003. Die geleisteten Arbeitsstunden stiegen dagegen nur um 1,3 Prozent (Deutschland: +4,7 Prozent). Die Auslastung, d. h. die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden je Beschäftigten, ging infolgedessen um 1,9 Prozent zurück (Deutschland: -0,2 Prozent). Die Produktivität – gemessen als Umsatz je geleistete Arbeitsstunde – wuchs das zweite Jahr hintereinander kräftig. Sie fiel mit 157 Euro um fast elf Prozent höher aus als 2017. Zum ersten Mal seit 2010 lag die Produktivität des rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbes über dem deutschen Durchschnitt. In Deutschland stieg der Umsatz je Arbeitsstunde um 5,9 Prozent auf 152 Euro.

Die Entgelte im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe, die unter anderem die Bruttolöhne und -gehälter der Beschäftigten beinhalten, legten nach einem bereits deutlichen Wachstum im Vorjahr 2018 noch stärker zu. Sie erhöhten sich um 8,2 Prozent (Deutschland: +9,3 Prozent). Nach Berücksichtigung des ebenfalls gestiegenen Arbeitsvolumens ergibt sich beim Entgelt je geleistete Arbeitsstunde eine immer noch starke Zunahme um 6,8 Prozent (Deutschland: +4,5 Prozent).

Kräftiges Wachstum der Entgelte im Bauhauptgewerbe

Ergebnisse zum Ausbaugewerbe nur eingeschränkt vergleichbar

Bei der Konjunkturerhebung im Ausbaugewerbe ist mit dem Berichtsjahr 2018 eine methodische Änderung eingetreten. Wurden bis 2017 alle Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten befragt, gilt seit 2018 eine höhere Untergrenze von 23 Beschäftigten. Durch die engere Abgrenzung des Berichtskreises sind die Ergebnisse

Methodikänderung im Ausbaugewerbe: fast ein Siebtel weniger Betriebe

für 2018 nur eingeschränkt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

Ausbaugewerbe profitiert ebenfalls von günstiger Baukonjunktur

Die Zahl der 2018 in die Konjunkturerhebung einbezogenen Betriebe blieb um 13 Prozent hinter dem Wert von 2017 zurück (Deutschland: –11 Prozent). Der ausbaugewerbliche Umsatz der einbezogenen Betriebe sank hingegen nur um 2,4 Prozent. Bundesweit war sogar ein Umsatzzanstieg zu verzeichnen (+3,2 Prozent). Zum einen sind durch die methodische Änderung vor allem kleinere, umsatzschwächere Betriebe aus der Erhebung herausgefallen, sodass eine günstigere Entwicklung des Umsatzes als der Zahl der Betriebe zu erwarten ist. Zum anderen dürfte sich die günstige Baukonjunktur auch im Ausbaugewerbe durch weiter steigende Erlöse in den meisten Betrieben bemerkbar gemacht haben.

Ein Blick auf die Umsatzzahlen der einzelnen Quartale offenbart eine Dynamik, die sich im Jahresverlauf verstärkt und mit einer entsprechenden Entwicklung im Bauhauptgewerbe einhergeht. Im ersten und zweiten Quartal lagen die Erlöse der betrachteten rheinland-pfälzischen Ausbaugewerbebetriebe um 4,7 bzw. fünf Prozent unter den Werten von 2017. Im dritten Quartal wurde trotz der deutlich geringeren Zahl von Betrieben, die für die Erhebung meldeten, der Vorjahreswert erreicht. Auch im vierten Quartal blieb der Umsatz nur um 0,8 Prozent unter den Erlösen des Vorjahres.

Bei den übrigen Merkmalen fällt das Minus ebenfalls geringer aus als bei der Zahl der Betriebe. Die Beschäftigtenzahl lag um 5,3 Prozent unter dem Vorjahreswert (Deutschland: –1,8 Prozent). Die geleisteten Arbeitsstunden unterschritten das Niveau von 2017 um sechs Prozent (Deutschland: –2,9 Prozent). Um nur 1,5 Prozent redu-

Konjunkturerhebungen im Bauhaupt- und Ausbaugewerbe

Für eine differenzierte Betrachtung des Baugewerbes muss auf die Konjunkturerhebungen im Bauhaupt- und im Ausbaugewerbe zurückgegriffen werden. Diese Statistiken erfassen Betriebe von Unternehmen mit mindestens 20 bzw. 23 Beschäftigten und decken knapp 40 Prozent des Produktionswertes des gesamten Baugewerbes ab, der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ermittelt wird.

Die in der monatlichen Konjunkturstatistik für das **Bauhauptgewerbe** berücksichtigten Betriebe erwirtschaften gut 60 Prozent der gesamten Erlöse im Bauhauptgewerbe und beschäftigen knapp die Hälfte der dort tätigen Personen. Im Berichtsjahr wurden im Durchschnitt 405 Betriebe erfasst. Ein Betrieb hatte im Schnitt 51 baugewerblich Beschäftigte und erzielte einen Umsatz von 9,5 Millionen Euro.

Die vierteljährliche Konjunkturerhebung im **Ausbaugewerbe**, zu dem z. B. die Elektro-, Gas-, Wasser- und Heizungsinstallation, die Fußbodenlegerei und das Malergewerbe zählen, erfasste im Berichtsjahr im Durchschnitt 379 Betriebe. Dort waren knapp 60 Prozent aller im Ausbaugewerbe tätigen Personen beschäftigt. Diese Betriebe waren im Schnitt mit 42 Beschäftigten und einem Umsatz von fünf Millionen Euro deutlich kleiner als im Bauhauptgewerbe. Mit dem Berichtsjahr 2018 wurde der Berichtskreis der Erhebung im Ausbaugewerbe auf Betriebe von Unternehmen mit mindestens 23 (bis 2017: 20) Beschäftigten eingeeengt. Vergleiche mit vergangenen Jahren sind dadurch nur eingeschränkt möglich.

zierte sich die Entgeltsumme; in Deutschland stieg sie sogar um 2,2 Prozent.

Deutliche Preissteigerungen für Bauleistungen im Tiefbau

Preise für Bauleistungen steigen stärker als im Vorjahr

Die hervorragende Baukonjunktur schlug sich 2018 in merklich über dem Niveau des Vorjahres liegenden Preisauflägen für Bauleistungen nieder. Da für Rheinland-Pfalz keine Daten verfügbar sind, wird auf die bundesweite Preisentwicklung eingegangen.

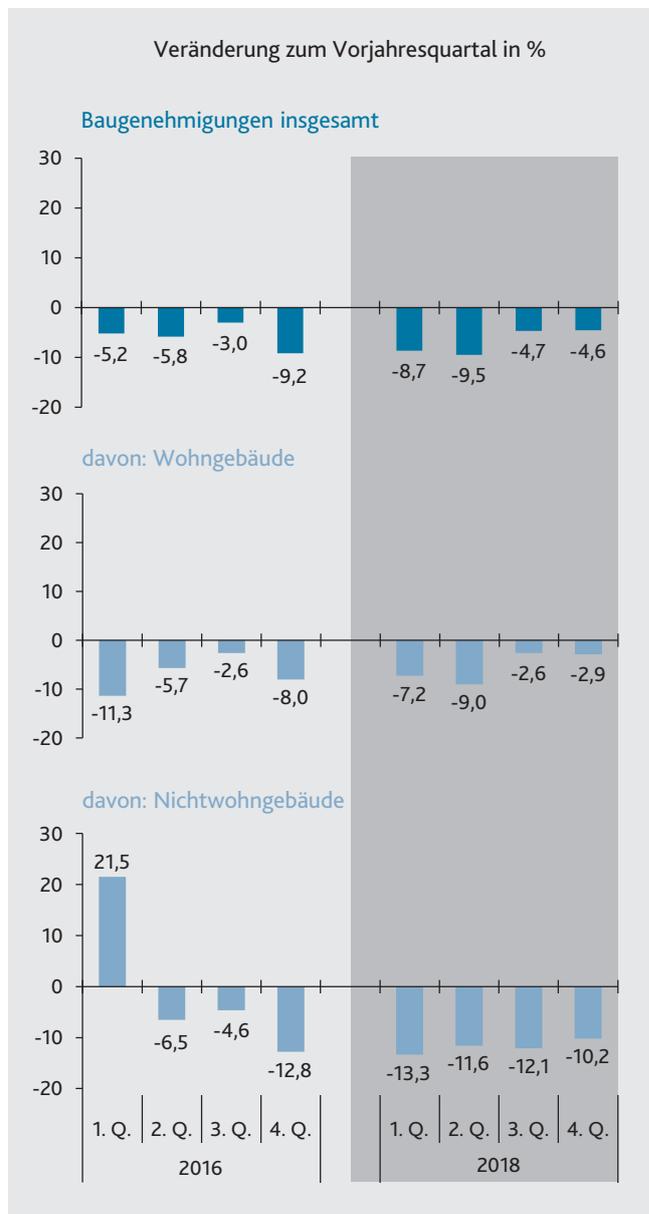
Am stärksten stiegen die Preise im Tiefbaubereich. Leistungen im Straßenbau verteuerten sich gegenüber dem Vorjahr um 6,1 Prozent; im Brücken- und Kanalbau wurde 5,8 bzw. 5,9 Prozent mehr verlangt. Im Hochbau wurden Roh- und Ausbauarbeiten an Wohngebäuden um 5,2 bzw. 3,7 Prozent teurer. Die Preise für Instandhaltungsarbeiten und Schönheitsreparaturen an Wohngebäuden legten um vier bzw. 3,5 Prozent zu. Bauleistungen an Bürogebäuden und an gewerblichen Betriebsgebäuden verteuerten sich um jeweils 4,5 Prozent.

Weniger Gebäude, aber mehr Wohnungen genehmigt

Die Zahl der Baugenehmigungen ist neben den Auftragseingängen ein weiterer wichtiger Indikator für die Entwicklung der Bautätigkeit im Gebäudebau in den kommenden Monaten. Die Zahl der genehmigten Gebäude sank 2018 um sieben Prozent (Deutschland: -1,1 Prozent) und lag damit niedriger als in den Jahren 2011 bis 2017. Die Genehmigungen für Wohngebäude nahmen in Rheinland-Pfalz weniger stark ab (-5,6 Prozent; Deutschland: -1,2 Prozent) als die Genehmigungen für Nichtwohngebäude (-12 Prozent; Deutschland: -0,5 Prozent). Die Baugenehmigungen bleiben seit acht Quartalen durchgängig hinter den Vorjah-

G 4

Baugenehmigungen 2017 und 2018 nach Quartalen



reswerten zurück. Der Rückgang schwächte sich allerdings in der zweiten Jahreshälfte 2018 ab. Nachdem im ersten und zweiten Quartal Veränderungsdaten von -8,7 und -9,5 Prozent zu beobachten waren, lagen sie im dritten und vierten Quartal noch bei -4,7 und -4,6 Prozent. Die Zahl der genehmigten Wohnungen war 2018 hingegen um 5,4 Prozent höher als 2017 (Deutschland: -0,2 Prozent).

Baugenehmigungen seit acht Quartalen rückläufig

Deutlich mehr Neubauten in Mehrfamilienhäusern

Die Genehmigungen für Neubauten verringerten sich ebenfalls um sieben Prozent (Deutschland: -0,7 Prozent). Trotzdem legte die Zahl der genehmigten Wohnungen in Neubauten um 6,5 Prozent zu (Deutschland: +0,9 Prozent). Die steigende Zahl genehmigter Wohnungen bei gleichzeitig abnehmender Gebäudezahl zeigt einen anhaltenden Trend zum Neubau von Mehrfamilienhäusern. Im Jahr 2018 wurden in Rheinland-Pfalz gut 8 000 Wohnungen in neuen Mehrfamilienhäusern – darunter gut 1 000 Wohnungen in Wohnheimen – genehmigt. Das waren 18 Prozent mehr als im Vorjahr. Demgegenüber fiel die Zahl genehmigter Wohnungen in neuen Ein- und Zweifamilienhäusern im Vergleich zu 2017 um 8,9 bzw. 2,1 Prozent.

Besonders stark gingen die Genehmigungen für Wohnungen in neuen Mehrfamilienhäusern zurück (-12 Prozent). Hier war 2016 allerdings eine Steigerung um 38 Prozent zu verzeichnen gewesen. Die Zahl der

genehmigten Wohnungen in neuen Ein- und Zweifamilienhäusern sank um 6,8 bzw. 5,6 Prozent.

Unternehmen fungieren langfristig betrachtet immer häufiger als Bauherren von Neubauwohnungen. Von den 2018 genehmigten Neubauwohnungen in Wohngebäuden entfallen 42 Prozent auf Unternehmen – 2017 waren es nur 34 Prozent. Hingegen traten Privathaushalte nur noch bei 55 Prozent aller Neubauwohnungen als Bauherren auf. Bis 2012 hatte der Anteil der privaten Haushalte durchgängig bei mehr als 70 Prozent gelegen. Öffentliche Einrichtungen sowie Organisationen ohne Erwerbszweck wirkten bei den übrigen drei Prozent der 2018 genehmigten Neubauwohnungen als Bauherren.

Privathaushalte sind immer seltener Bauherren von Neubauwohnungen

Dr. Martin Jacobs ist Referent im Referat „Analysen, Auftragsarbeiten, FDZ“.

Industrieinvestitionen in Rheinland-Pfalz

Von Petra Wohnus und Inga Haferstock

Die Investitionen der Industriebetriebe sind 2017 deutlich gestiegen und verfehlten nur knapp das Niveau des bisherigen Rekordjahres 2015. Trotz eines nur moderaten wirtschaftlichen Wachstums tätigten die Industriebetriebe 2017 Investitionen im Umfang von über drei Milliarden Euro. Gegenüber 2016 waren das beachtliche 19 Prozent mehr. Die Chemieindustrie hatte mit gut 25 Prozent den größten Anteil an den Investitionen der rheinland-pfälzischen Industrie.

Steigendes Investitionsvolumen

Höchste
Zuwachsraten
der Investitio-
nen seit 2000

Im Jahr 2017 erreichten die Investitionen der Industriebetriebe im Land mit +19 Prozent den höchsten Anstieg in der Langfristbetrachtung seit 2000. Bis auf einen Rückgang im Jahr 2016 ist das Investitionsvolumen der Industrie seit 2009 kontinuierlich gestiegen. Insgesamt tätigten die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe im Jahr 2017 Investitionen im Umfang von über drei Milliarden Euro. Die Werte des Rekordjahres 2015 wurden nur knapp verfehlt.

Nach der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2009 und dem dadurch ausgelösten Einbruch der Investitionstätigkeit um rund 13 Prozent erhöhte die rheinland-pfälzische Industrie ihren Kapitalstock Jahr für Jahr. Erstmals 2013 wurde die Drei-Milliarden-Euro-Grenze überschritten. Von 2010 bis 2013, dem Zeitraum mit dem stärksten Anstieg, erhöhten sich die Investitionen von 2,28 auf 3,02 Milliarden Euro (+32,5 Prozent).

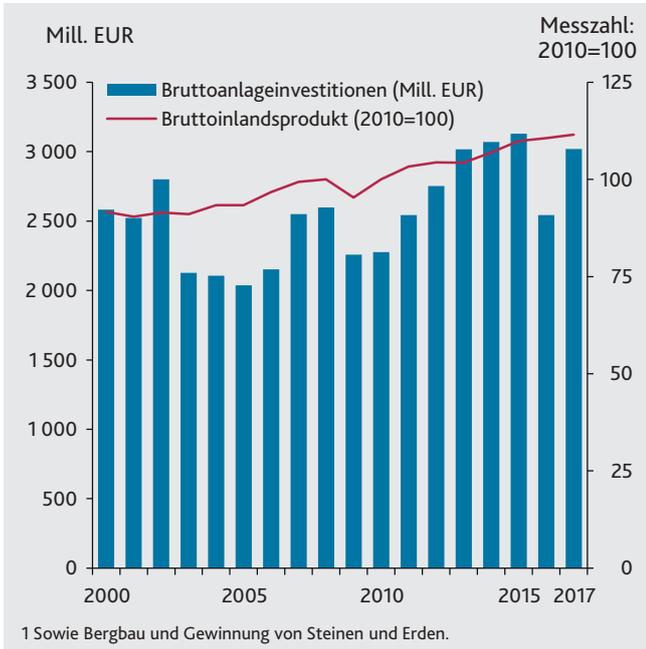
Die Investitionen umfassen Maschinen, maschinelle Anlagen einschließlich Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Grundstücke und Gebäude. Im Durchschnitt handelt es sich bei 90 Prozent der investierten Mittel um Maschinen und maschinelle Anlagen. In dieses Segment wurden im Berichtsjahr 2017 rund 2,64 Milliarden Euro investiert; das waren 16 Prozent mehr als 2016. Die Investitionen in Grundstücke und Gebäude stiegen gegenüber 2016 deutlich: Hier wurden 381 Millionen Euro investiert, was einem Zuwachs von 42 Prozent entspricht.

Investitionen
hauptsächlich
in Maschinen
und maschinelle
Anlagen

Auch im langfristigen Vergleich sind in beiden Bereichen Zunahmen der Investitionen zu verzeichnen. Die Veränderungen fallen hier in ähnlich hoher Größenordnung aus. Dies liegt an dem vergleichbaren Investitionsvolumen sowohl bei den Maschinen als auch bei den Grundstücken und Gebäuden zum Jahrtausendwechsel.

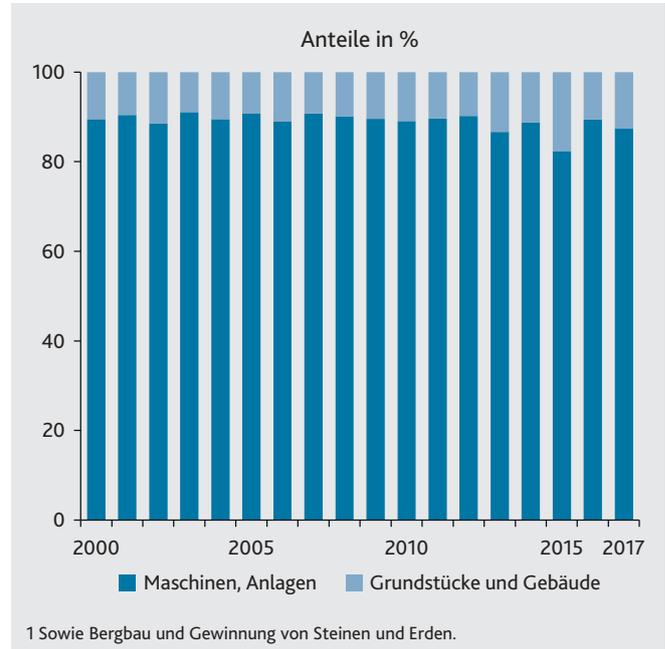
G 1

Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe¹
2000–2017



G 2

Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe¹
2000–2017 nach Art der Investition



Chemische Industrie ist wichtigste Branche

Ein Viertel aller Investitionen in der Chemischen Industrie

In der mit Abstand umsatzstärksten Branche in Rheinland-Pfalz – der Chemischen Industrie – wurden die meisten Investitionen getätigt. Ein Viertel aller Investitionen entfallen auf die Betriebe in diesem Wirtschaftszweig. Absolut betrug das Investitionsvolumen hier 768,6 Millionen Euro. Gegenüber dem Jahr 2016 war das ein Anstieg von rund 40 Prozent. Gemessen am Investitionsvolumen in dieser Branche in den Jahren 2014 und 2015, in denen die Milliarden-Grenze überschritten wurde, ist der Ausbau der Investitionen jedoch zurückgegangen. Dies spiegelt sich auch bei der Betrachtung der Branchenanteile wider: In den Jahren 2014 und 2015 betragen die Anteile der Chemischen Industrie 40 bzw. 35 Prozent.

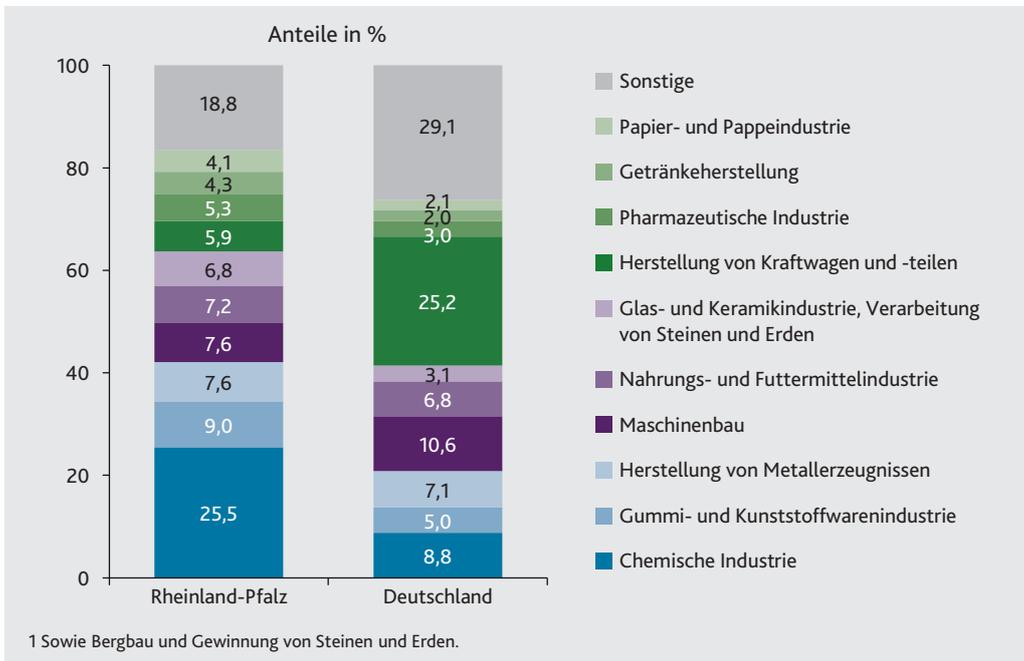
Die Investitionsanteile der weiteren wichtigen Wirtschaftszweige für die rheinland-pfälzische Wirtschaft – dem Maschinenbau

und Fahrzeugbau (Herstellung von Kraftwagen und -teilen) – lagen auf deutlich niedrigerem Niveau. Die Investitionen im Maschinenbau betragen gemessen am Gesamtwert 7,6 Prozent. Mit einem Anteil von 5,9 Prozent fiel der Wert im Fahrzeugbau noch niedriger aus. Die Entwicklung seit den Krisen Jahren 2008 und 2009 verlief in beiden Branchen weitgehend einheitlich. Der Anteil der investiven Mittel im Maschinenbau war mit 15 Prozent im Jahr 2008 deutlich höher. Gegenüber 2008 hat sich das Investitionsvolumen nahezu halbiert: Im Jahr 2017 wurden mit 229,7 Millionen Euro 171,2 Millionen Euro weniger investiert als im Jahr 2008. Auch in der Fahrzeugbranche war der Investitionsanteil 2008 höher (Anteil: zehn Prozent). Hier reduzierte sich das Investitionsvolumen auch gegenüber dem Vorjahr deutlich. Der Rückgang betrug hier 20,5 Prozent. Mit einem Minus von 3,3 Prozent fiel der Rückgang im Maschinenbau moderater aus.

Rückgang der Investitionen im Maschinenbau und im Fahrzeugbau

G 3

Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe¹ 2017 in Rheinland-Pfalz und in Deutschland nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Steigende Investitionen in sechs der zehn größten Branchen

Bei sechs der zehn umsatzstärksten Industriebranchen lagen die Investitionen über dem Niveau von 2016. Einen kräftigen Anstieg gab es in der Papier- und Pappeindustrie, hier stiegen die Investitionen um 75 Prozent auf 125 Millionen Euro. Weitere kräftige Investitionszuwächse gab es auch in der Nahrungs- und Futtermittelindustrie (+54 Prozent) und in der Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik sowie Verarbeitung von Steinen und Erden (+46 Prozent).

Im längerfristigen Vergleich¹ hatte die Nahrungs- und Futtermittelindustrie den größten Investitionszuwachs: Hier haben sich die Investitionen mehr als verdoppelt. Insgesamt investierte die Branche 2017 rund 217,5 Millionen Euro; das waren 128 Prozent mehr als 2008.

Zuwächse im zweistelligen Bereich wiesen die Glas- und Keramikindustrie, die Geträn-

keherstellung, die Gummi- und Kunststoffwarenindustrie, die Chemische Industrie sowie die Hersteller von Metallerzeugnissen auf. Die Investitionen der Hersteller von Papier und Pappe blieben mit +3,6 Prozent fast unverändert.

Bei drei der zehn investitionsstärksten Branchen sind die Investitionen im längerfristigen Vergleich seit 2008 gesunken. Neben den Rückgängen im Maschinenbau und Fahrzeugbau ist auch das Investitionsvolumen in der Pharmaindustrie rückläufig. Die Ausgaben für Investitionen reduzierten sich hier um nahezu ein Zehntel.

Rückgang der Investitionen seit 2008 in drei der zehn größten Branchen

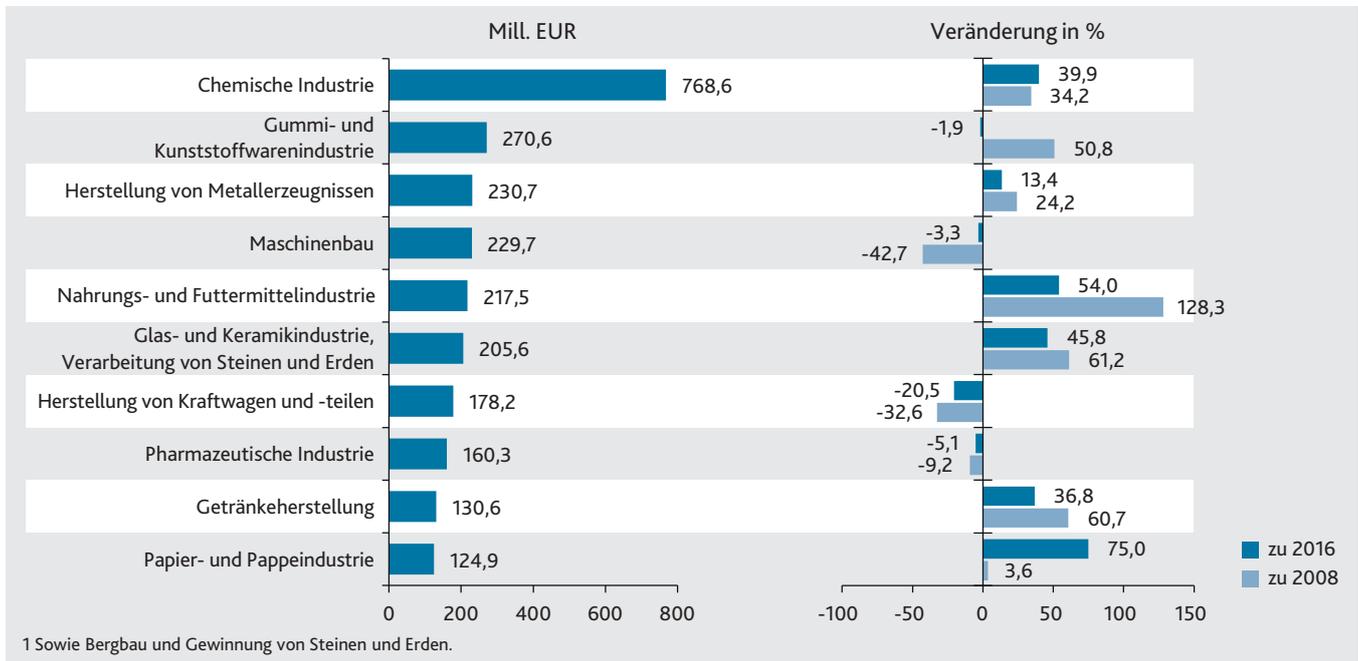
Investitionsquote gegenüber 2016 gestiegen

Die Investitionsquote, die das Verhältnis der Investitionen zum Umsatz angibt, lag im Verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz 2017 bei drei Prozent. Gegenüber dem Vorjahr deutet sich mit einem Anstieg von 0,3 Pro-

¹ Aufgrund der Einführung einer neuen Wirtschaftssystematik bezieht sich die Betrachtung hier auf das Jahr 2008.

G 4

Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe¹ 2017 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



T 1

Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe¹ 2017 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweige	Ins-gesamt	Veränderung zu 2016	Darunter			
			Grundstücke mit Bauten	Veränderung zu 2016	Maschinen, Anlagen	Veränderung zu 2016
Mill. EUR	%	1 000 EUR	%	1 000 EUR	%	
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	44,5	19,7	4 172	67,8	38 519	21,3
Verarbeitendes Gewerbe	2 973,7	18,7	353 118	44,3	2 599 080	15,9
Chemische Industrie	768,6	39,9	105 367	31,5	661 459	41,2
Herstellung von Kraftwagen und -teilen	178,2	-20,5	3 080	-59,1	175 157	-19,1
Maschinenbau	229,7	-3,3	35 663	22,2	186 613	-6,9
Gummi- und Kunststoffwarenindustrie	270,6	-1,9	25 678	-23,7	243 559	0,9
Herstellung von Metallerzeugnissen	230,7	13,4	.	.	166 003	-7,1
Nahrungs- und Futtermittelindustrie	217,5	54,0	14 020	12,8	200 294	56,1
Pharmazeutische Industrie	160,3	-5,1	3 385	23,5	156 957	-5,6
Glas- und Keramikindustrie, Verarbeitung von Steinen und Erden	205,6	45,8	6 450	-32,1	198 061	52,3
Metallerzeugung und Metallbearbeitung	63,1	-23,1	3 707	38,0	59 390	-25,1
Papier- und Pappeindustrie	124,9	75,0	.	.	80 980	18,9
Insgesamt	3 018,2	18,7	357 290	44,6	2 637 599	16,0
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie	1 763,4	23,6	215 121	34,6	1 536 327	22,2
Investitionsgüterproduzenten	573,8	-2,1	96 208	75,7	469 596	-10,1
Gebrauchsgüterproduzenten	33,3	16,9	.	.	30 019	38,6
Verbrauchsgüterproduzenten	647,6	29,2	.	.	601 656	27,1

1 Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

zentpunkten eine leichte Aufwärtsbewegung an. In den Jahren nach der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise bis 2015 und vor allem in den investitionsstarken Jahren 2013 bis 2015 ist die Kennziffer kontinuierlich gestiegen. In den Jahren 2014 und 2015 erreichte die Quote aufgrund der angestiegenen Investitionssummen den Höchstwert von 3,4 Prozent. Dieses Niveau konnte 2016 und 2017 nicht erreicht werden.

Investitionsquote in Rheinland-Pfalz niedriger als in Deutschland

Die Entwicklung in Deutschland verlief ähnlich. Jedoch fallen die Schwankungen hier deutlich geringer aus. Die Investitionen sind seit der weltweiten Wirtschaftskrise 2009 kontinuierlich gestiegen und lagen immer über der Drei-Prozent-Marke. Der Höchstwert von 3,6 Prozent aus dem Jahr 2008 konnte nicht mehr erreicht werden. Im Jahr 2017 betrug die Investitionsquote 3,3 Prozent und ist damit gesunken.

Die Ergebnisse einer branchenspezifischen Betrachtung der Investitionsquoten fallen

sehr unterschiedlich aus. Im Verhältnis zum Umsatz waren die Investitionen im Jahr 2017 bei den Herstellern von Glas und Glaswaren, Keramik sowie der Verarbeitung von Steinen und Erden am höchsten; die Investitionsquote belief sich hier auf 5,7 Prozent. Die zweithöchste Quote verzeichneten die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren (4,8 Prozent). Aufgrund der deutlichen Investitionsrückgänge im Fahrzeugbau (Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen) sowie der Metallerzeugung und -bearbeitung fielen hier die Investitionsquoten entsprechend niedrig aus (1,4 bzw. 1,7 Prozent).

Investitionsintensität liegt über dem Bundesdurchschnitt

Ähnliche Entwicklungen zeigen sich bei einer weiteren Kennziffer, der sogenannten Investitionsintensität. Hier werden die Investitionen in Bezug zu den Beschäftigten gesetzt.

Investitionsintensität entwickelt sich positiv

G 5 Investitionsquote im Verarbeitenden Gewerbe¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2008–2017



G 6 Investitionsintensität im Verarbeitenden Gewerbe¹ 2000–2017



Mit Ausnahme der Einbrüche in den Jahren 2001, 2003, 2005, 2009 und 2016 ist die Investitionsintensität gestiegen. Im Jahr 2017 lag sie mit 10 260 Euro zwar leicht unter dem Höchststand von 2015 (-4,9 Prozent), im Vergleich zum Jahr 2000 stieg sie jedoch um 21 Prozent. In Deutschland belief sich dieser Wert 2017 auf 9 970 Euro je 1 000 Beschäftigte bzw. Beschäftigten.

Investitionen steigen im Jahr 2017 in allen Beschäftigtengrößenklassen

Gesteigerte Investitionsaktivitäten zeigten sich in allen Betrieben unabhängig von deren Größe gemessen an der Anzahl der Beschäftigten. In der Größenklasse 500 und mehr Beschäftigte ist mit Ausnahme des letzten Jahres eine größtenteils kontinuierliche Aufwärtsbewegung seit den Krisenjahren 2008 und 2009 zu erkennen. Im Jahr 2017 investierten die Betriebe mit 20 bis 500 Beschäftigten einen Rekordwert von 1,34 Millionen Euro, das waren 17 Prozent mehr als 2016.

Großbetriebe investieren mehr

Erwartungsgemäß wurden die meisten Investitionen in den Großbetrieben mit mehr als 500 Beschäftigten getätigt. Mit 1,68 Milliarden Euro an Investitionsmitteln im Jahr 2017 beträgt ihr Anteil 56 Prozent. Im Vergleich zu 2000 stiegen die Investitionsausgaben um 16 Prozent. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr liegt sogar bei einem Fünftel.

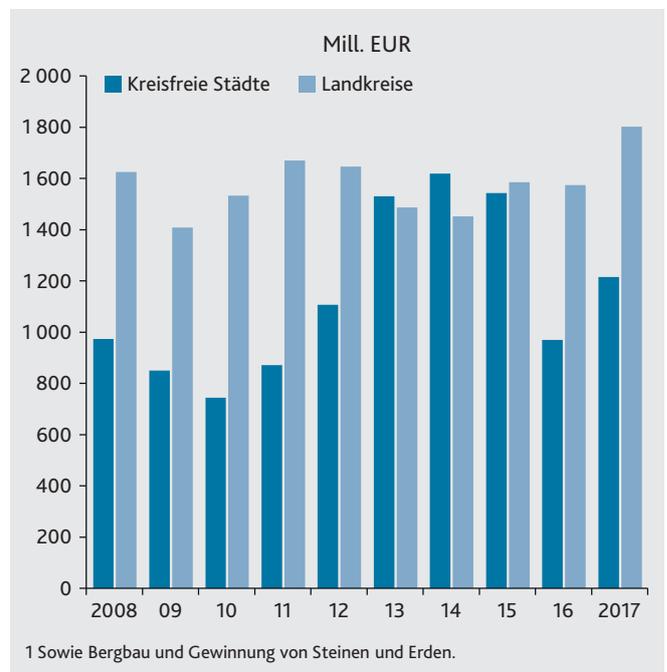
Ludwigshafen am Rhein: Investitionsplus von 42 Prozent

Generell zeigt sich bei regionaler Betrachtung in den kreisfreien Städten eine dynamischere Entwicklung. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr lag hier mit +25 Prozent deutlich über dem Landesdurchschnitt (+19 Prozent). Das Investitionsvolumen in den Landkreisen,

G 7 Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe¹ 2008–2017 nach Beschäftigtengrößenklassen



G 8 Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe¹ in den kreisfreien Städten und Landkreisen 2008–2017



das mit über 60 Prozent den größeren Anteil ausmachte, entwickelte sich gegenüber 2016 mit +15 Prozent verhaltener.

T 2

 Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe¹ 2017 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

Verwaltungsbezirk	Insgesamt		Darunter			
	1 000 EUR	Veränderung zu 2016	Grundstücke mit Bauten 1 000 EUR	Veränderung zu 2016	Maschinen, Anlagen 1 000 EUR	Veränderung zu 2016
		%		%		%
Frankenthal (Pfalz), St.	23 838	27,5
Kaiserslautern, St.	107 903	10,4	.	.	101 159	11,2
Koblenz, St.	43 686	-32,1	863	.	42 823	-31,8
Landau i. d. Pfalz, St.	9 344	.	.	.	9 161	.
Ludwigshafen a. Rh., St.	733 420	41,7	.	.	639 516	41,3
Mainz, St.	51 982	-15,0	3 292	-70,0	48 690	-3,0
Neustadt a. d. Weinstr., St.
Pirmasens, St.	25 220	10,7	.	.	21 054	13,0
Speyer, St.	61 165	-6,0	.	.	54 323	2,1
Trier, St.	51 469	107,3
Worms, St.	67 881	.	4 862	.	63 019	.
Zweibrücken, St.	30 928	-24,1	501	.	30 427	-25,1
Ahrweiler	68 465	28,0	.	.	61 796	71,5
Altenkirchen (Ww.)	91 082	1,7	.	.	86 638	-0,3
Alzey-Worms	47 097	.	.	.	39 621	.
Bad Dürkheim	25 971	2,3	2 442	84,2	23 529	-2,2
Bad Kreuznach	75 456	-15,5	.	.	64 489	-18,3
Bernkastel-Wittlich	159 015	97,1	72 094	.	86 055	15,2
Birkenfeld	32 599	0,0
Cochem-Zell	16 473	-47,2
Donnersbergkreis	64 759	3,6	.	.	63 333	6,7
Eifelkreis Bitburg-Prüm	104 852	35,4	.	.	82 458	26,9
Germersheim	138 946	7,4	.	.	136 495	8,9
Kaiserslautern	21 789	9,7	1 667	.	20 122	5,5
Kusel	26 623	.	1 081	441,4	25 542	150,9
Mainz-Bingen	219 750	15,2	2 088	-13,5	217 661	15,6
Mayen-Koblenz	129 913	21,7	30 673	303,9	97 529	1,5
Neuwied	79 900	-13,5	.	.	69 412	-4,4
Rhein-Hunsrück-Kreis	49 687	-39,2	.	.	39 749	-49,0
Rhein-Lahn-Kreis	51 701	13,5	.	.	47 763	19,4
Rhein-Pfalz-Kreis	8 631	-32,5
Südliche Weinstraße	52 031	31,2	.	.	43 852	18,4
Südwestpfalz	22 691	17,7	.	.	21 957	23,7
Trier-Saarburg	34 085	3,5
Vulkaneifel	62 005	44,4	11 213	103,0	50 226	35,7
Westerwaldkreis	214 897	40,0	26 970	-5,9	185 455	49,8
Rheinland-Pfalz	3 018 212	18,7	357 290	44,6	2 637 599	16,0
kreisfreie Städte	1 215 655	25,4	121 764	18,7	1 089 686	26,1
Landkreise	1 802 557	14,6	235 526	62,9	1 547 912	9,7

¹ Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

Die mit Abstand meisten Mittel investierten im Jahr 2017 die Industriebetriebe in der kreisfreien Stadt Ludwigshafen am Rhein mit 733 Millionen Euro. Das bereits bestehende hohe Niveau wurde durch eine Zunahme von 42 Prozent gegenüber 2016 weiter ausgebaut. An zweiter Stelle folgten mit deutlichem Abstand der Kreis Mainz-Bingen (220 Millionen Euro; +15 Prozent) sowie der Westerwaldkreis (215 Millionen Euro; +40 Prozent).

Den größten prozentualen Zuwachs zeigten die Industriebetriebe des Kreises Bernkastel-Wittlich, hier konnten sich die Investitionen nahe zu verdoppeln (+97 Prozent). Den größten Rückgang gab es im Kreis Cochem-Zell. Das investive Engagement der Betriebe reduzierte sich hier um 47 Prozent.

Mietinvestition steigen seit 2013 kontinuierlich

Mietinvestitionen stellen für die Betriebe eine Alternative zum Erwerb von Sachanlagen dar. Hier enthalten sind gemietete und gepachtete neue Sachanlagen mit einer Mietdauer von mindestens einem Jahr. Dies sind insbesondere mit Leasing-Verträgen gemietete Produktionsmittel, die vom Vermieter (Leasing-Geber) aktiviert und vom Mieter (Leasing-Nehmer) genutzt werden.

Gemessen an den Gesamtinvestitionen von 3,3 Milliarden Euro im Jahr 2017, haben die Mietinvestitionen einen Anteil von 7,5 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr sank ihr Anteil um 0,5 Prozentpunkte.

Die Mietinvestitionen entwickelten sich seit 2013 sehr positiv. Nach einem konti-

G 9 Mietinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe¹ 2000–2017



nuierlichen Rückgang ab 2010 erreichte das Leasing-Geschäft im Jahr 2013 seinen bisherigen Tiefstand. Im Jahr 2017 tätigten die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe 244 Millionen Euro an Mietinvestitionen, das waren 66 Prozent mehr als 2013 und elf Prozent mehr als im Vorjahr. Der Spitzenwert von 309 Millionen Euro in den Jahren 2000 und 2007 konnte aber nicht mehr erreicht werden; im Vergleich hierzu gingen die Mietinvestitionen um 21 Prozent zurück.

Seit 2013 Anstieg der Mietinvestitionen

Petra Wohnus, Diplom-Volkswirtin, ist Referentin im Referat „Unternehmensstatistiken“. Inga Haferstock, M.A., ist Mitarbeiterin im Sachgebiet „Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe“.

Info

Die Grundlage für den Beitrag bildet die jährlich durchgeführte Investitionserhebung. In diese Erhebung werden alle Unternehmen der Wirtschaftsbereiche B „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“ und C „Verarbeitendes Gewerbe“ einbezogen, in denen 20 und mehr Personen tätig sind. Die Statistik erstreckt sich auf sämtliche Betriebe dieser Unternehmen, die den beiden Wirtschaftsbereichen angehören. Dies gilt auch für Betriebe, die weniger als 20 Beschäftigte aufweisen. Darüber hinaus zählen Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden mit 20 und mehr tätigen Personen auch dann zum Berichtskreis, wenn ihr wirtschaftlicher Schwerpunkt außerhalb der Wirtschaftsabschnitte B „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“ und C „Verarbeitendes Gewerbe“ liegt. Befragt werden rund 2 200 Betriebe. Gesicherte Daten über die getätigten Investitionen liegen bei den Betrieben erst ab der Mitte des auf das Berichtsjahr folgenden Jahres vor. Ein Grund dafür ist, dass das Geschäftsjahr bei Unternehmen vom Kalenderjahr abweichen kann. Die Daten über Investitionen werden aus dem Rechnungswesen der Betriebe und Unternehmen generiert. Schließlich ist es erforderlich, die Daten sogenannter Mehrländerunternehmen zwischen den Bundesländern abzugleichen.

Zu Investitionen zählen:

a) erworbene und selbsterstellte Anlagen,

b) gemietete und gepachtete Anlagen (Mietinvestitionen) und

c) Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände.

Erworbene und selbsterstellte Anlagen entsprechen dem Wert der im Geschäftsjahr aktivierten Bruttozugänge an Sachanlagen, also den Ersatz- und Neuinvestitionen. Darin enthalten sind ebenfalls aktivierbare Großreparaturen und aktivierte geringfügige Wirtschaftsgüter sowie selbsterstellte bzw. im Bau befindliche Anlagen. Zu den Positionen, die keine Berücksichtigung finden, zählen insbesondere die Investitionen in Zweigniederlassungen im Ausland, Zugänge durch den Kauf ganzer Unternehmen oder Betriebe sowie der Erwerb von Beteiligungen, Wertpapieren etc.

Unter **Mietinvestitionen** ist der Wert von Sachanlagen zu verstehen, die von Leasingfirmen, vom Hersteller oder von Unternehmen der gleichen Unternehmensgruppe mittel- oder langfristig neu gemietet oder gepachtet werden und nicht beim Leasingnehmer aktiviert wurden. Häufig handelt es sich hierbei um Gebäude, EDV- und Telefon-Anlagen, Kraftfahrzeuge usw. Unterschreitet die Mietdauer die Länge eines Jahres, dann gehen diese nicht in den Wert ein.

Die Werte der **immateriellen Vermögensgegenstände** umfassen bspw. Konzessionen, Patente, Lizenzen, entgeltlich erworbene Software, etc.

Zur Lage behinderter Menschen 2017

Teil 1: Ergebnisse des Mikrozensus und der Schwerbehindertenstatistik im Vergleich



Von Sebastian Fückel

Die amtliche Statistik verfügt mit der Schwerbehindertenstatistik und dem Mikrozensus über zwei reichhaltige Datenquellen zur Zahl und zur Lebenssituation (schwer-)behinderter Menschen in Rheinland-Pfalz. Werden die methodischen Unterschiede der beiden Statistiken beachtet, können sie sich sinnvoll ergänzen, um beispielsweise Informationen zur sozialen und zur ökonomischen Lage, zur familiären Situation, dem Gesundheitszustand, der Wohnsituation oder dem Migrationsstatus der Menschen mit und ohne Behinderung zu erhalten. Auch das Voranschreiten gesellschaftlicher Inklusion lässt sich auf Basis der amtlichen Daten detailliert dokumentieren, insbesondere seitdem Fragen zum Vorliegen einer Behinderung Einzug in das jährliche Erhebungsprogramm des Mikrozensus gefunden haben.

Der Beitrag veranschaulicht das Analysepotenzial der beiden Statistiken beispielhaft anhand der Ergebnisse des Berichtsjahres 2017. Im ersten Teil werden die beiden Statistiken zunächst vor- und gegenübergestellt sowie ausgewählte empirische Befunde miteinander verglichen. Der zweite Teil beinhaltet weiterführende Auswertungen des Mikrozensus zur Lebenssituation (schwer-)behinderter Menschen.

Inklusion als sozialpolitische Zielsetzung

UN-Behindertenrechtskonvention und Landesaktionsplan streben inklusive Gesellschaft an

Allen Bürgerinnen und Bürgern ein selbstbestimmtes und durch die gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft gekennzeichnetes Leben zu ermöglichen, ist eines der grundlegenden (sozial-)politischen Ziele der Gegenwart. Die Vereinten Nationen haben diesem Bestreben unter anderem mit der UN-Behindertenrechtskonvention, die in Deutschland bereits 2009 ratifiziert wurde,

in besonderer Weise Ausdruck verliehen.¹ Das zentrale Leitbild des Übereinkommens ist die Inklusion behinderter Menschen. In Rheinland-Pfalz hat sich die Landesregierung der Umsetzung dieser gesellschaftspolitischen Aufgabe mit einem eigenen Aktionsplan, der inzwischen zu einem Lan-

¹ Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen: Die UN-Behindertenrechtskonvention. Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Stand: November 2018. Bonn 2018.

desaktionsplan weiterentwickelt wurde, angenommen.² Zur Verwirklichung des Ziels einer inklusiven Gesellschaft werden darin insgesamt zehn Handlungsfelder identifiziert, darunter die Themenbereiche Bildung und Erziehung, Arbeit und Beschäftigung, Wohnen sowie Gesundheit und Pflege.

Die amtliche Statistik verfügt mit dem Mikrozensus und der Schwerbehindertenstatistik über zwei umfangreiche Datenquellen, um die persönliche Lage und die allgemeine Lebenssituation der Menschen mit Behinderung zu beschreiben. Sie können als Grundlage dienen, um das Voranschreiten der gesellschaftlichen Inklusion abzubilden. Bei einer vergleichenden oder sich gegenseitig ergänzenden Darstellung und Interpretation der Ergebnisse sollte jedoch beachtet werden, dass die beiden Datenangebote auf unterschiedlichen Berichtskreisen gründen und zudem in einer Reihe weiterer Aspekte der Erhebungsmethodik voneinander differieren.

Erweiterung
des Informationsangebots zu
Menschen mit
Behinderung

Ziel des Beitrags ist es daher, die wichtigsten methodischen Unterschiede in der Erfassung behinderter Menschen im Rahmen des Mikrozensus und der Schwerbehindertenstatistik aufzuzeigen. Zudem werden beispielhaft einige ausgewählte Befunde zur sozialen und ökonomischen Lage behinderter Menschen illustriert, die auf den Daten des Mikrozensus 2017 gründen. Sie ergänzen und erweitern die Berichterstattung über behinderte Menschen in Rheinland-Pfalz, die bereits seit vielen Jahren regelmäßig in den Statistischen Berichten und den Statistischen Monatsheften des Statistischen Landesamtes auf Basis der Schwerbehindertenstatistik erfolgt.

² Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie Rheinland-Pfalz: Landesaktionsplan Rheinland-Pfalz. Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Stand: November 2015. Mainz 2015.

Definition des Vorliegens und des Grades einer Behinderung

Nach § 2 Abs. 1 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX) – Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen – gelten Menschen als behindert, wenn sie in Wechselwirkung mit einstellungs- und umweltbedingten Barrieren aufgrund einer körperlichen, seelischen, geistigen oder Sinnesbeeinträchtigung mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate an einer gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe gehindert werden. Eine solche Beeinträchtigung liegt vor, wenn der Körper- und Gesundheitszustand von dem für das jeweilige Lebensalter typischen Zustand abweicht. Ist eine solche Beeinträchtigung bei einer Person derzeit noch nicht vorhanden, aber künftig zu erwarten, gilt sie als von einer Behinderung bedroht.

Definition behinderter Menschen nach SGB IX

Wie stark sich eine Behinderung auf die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben auswirkt, wird üblicherweise mit dem sogenannten Grad der Behinderung (GdB) festgestellt. Dieser reicht – abgestuft in Zehnerschritten – von 20 bis 100, wobei ein hoher Wert eine stärkere Beeinträchtigung anzeigt.

GdB indiziert Auswirkung der Beeinträchtigung auf gesellschaftliche Teilhabe

Nimmt der Grad der Behinderung einen Wert von mindestens 50 an, spricht man von schwerbehinderten, bei einem Grad der Behinderung von 20 bis 40 dagegen von leichter behinderten Menschen. Voraussetzung ist in beiden Fällen die Feststellung einer Behinderung auf Grundlage der „Versorgungsmedizinischen Grundsätze“ gemäß Versorgungsmedizin-Verordnung (VersMedV) durch amtlichen Bescheid seitens der zuständigen Versorgungsämter. Liegt eine Behinderung vor, stellt in Rheinland-Pfalz das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung auf Antrag einen Ausweis über die Eigenschaft als (schwer-)behinderte Person aus.

Schwerbehinderte und leichter behinderte Menschen

Zwei Datenquellen der amtlichen Statistik

Schwerbehindertenstatistik und Mikrozensus

Um Informationen über die Zahl und die Lebenssituation von Menschen mit Behinderung zu erhalten, stehen in der amtlichen Statistik zwei zentrale Datenquellen zur Verfügung: der Mikrozensus und die Schwerbehindertenstatistik.

Vollerhebung im Rahmen der Schwerbehindertenstatistik

Bei der Schwerbehindertenstatistik handelt es sich um eine Vollerhebung der Menschen mit einem Grad der Behinderung von wenigstens 50, die ihren Wohnsitz bzw. gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland haben oder hier beschäftigt sind und sich im Besitz eines ausgehändigten, gültigen Ausweises befinden. Personen, die aufgrund einer körperlichen, seelischen, geistigen oder Sinnesbeeinträchtigung zwar die Voraussetzungen erfüllen, um als schwerbehindert zu gelten, jedoch – z. B. aus Unkenntnis oder Scham – keinen Schwerbehindertenausweis beantragt haben, werden nicht erfasst. Sollen Aussagen über die Gesamtzahl der Schwerbehinderten getroffen werden, ist daher von einer (geringen) Untererfassung auszugehen.

Hohe Datenqualität

Die Schwerbehindertenstatistik wird seit 1979 im zweijährigen Abstand zum Stichtag 31. Dezember als Bundesstatistik durchgeführt. Bis einschließlich 1985 wurden neben den Schwerbehinderten auch die leichter behinderten Menschen erfasst; seither können über Letztere in Rahmen der Erhebung keine Aussagen mehr getroffen werden. Für die Berichtsstellen – in Rheinland-Pfalz das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung – besteht nach § 214 Abs. 3 SGB IX in Verbindung mit § 15 des Bundesstatistikgesetzes (BStatG) Auskunftspflicht. Die Qualität und die Zuverlässigkeit der erhobenen Daten können somit als sehr hoch eingeschätzt werden. Um die Genauigkeit

der Statistik auch zwischen den Zeitpunkten zu gewährleisten, in denen ein Schwerbehindertenausweis neu beantragt werden muss (in der Regel alle fünf Jahre), findet in den berichtspflichtigen Versorgungsämtern regelmäßig ein Abgleich der Datenbestände mit dem aktuellen Melderegister statt. Dies ist erforderlich, um die Statistik um solche Fälle zu bereinigen, in denen Schwerbehinderte verstorben oder nicht mehr in Rheinland-Pfalz gemeldet sind, ohne dass dies dem Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung auf andere Art und Weise bekannt gemacht wurde.

Der Merkmalskatalog, der auf Grundlage von § 214 Abs. 1 des SGB IX erhoben wird, ist begrenzt. Es werden Daten

Begrenzter Merkmalskatalog

- zur Zahl der schwerbehinderten Menschen mit gültigem Ausweis,
- zum Geburtsjahr, zum Geschlecht, zur Staatsangehörigkeit und zum Wohnort sowie
- zur Art, zur Ursache und zum Grad der Behinderung

erfasst. Vor allem die Angaben zur Art und Ursache der Behinderung liegen in der Schwerbehindertenstatistik exklusiv und in vergleichsweise hoher Detailliertheit vor. Die Art der Behinderung wird anhand von insgesamt 55 Kategorien erfasst, wobei die Einteilung nicht primär an der ursächlichen Krankheitsdiagnose (z. B. Multiple Sklerose), sondern an der Erscheinungsform der Behinderung und der durch sie bestimmten Funktionseinschränkung (z. B. einer funktionellen Veränderung an den Gliedmaßen) orientiert ist. Als Ursachen der Behinderung gelten unter anderem angeborene Behinderungen, Krankheiten, Unfälle sowie Kriegs-, Wehrdienst- oder Zivildienstbeschädigungen. Aussagen über die soziale oder ökonomische

T 1

Synopse zur Schwerbehindertenstatistik und zum Mikrozensus

Vergleichsmerkmal	Schwerbehindertenstatistik	Mikrozensus
Rechtsgrundlagen	Neuntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) Bundesstatistikgesetz (BStatG)	Mikrozensusgesetz (MZG) EU-Verordnung Nr. 577/1998 Bundesstatistikgesetz (BStatG)
Grundgesamtheit	Schwerbehinderte (GdB>=50) mit gültigem, ausgehändigten Ausweis und Wohnsitz oder Beschäftigung in Deutschland	Wohnbevölkerung in Deutschland (Personen in Privathaushalten und Gemeinschaftsunterkünften am Haupt- und Nebenwohnsitz)
Erfasste Personengruppen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Schwerbehinderte ▪ Leichter behinderte Menschen (1979–1985) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Schwerbehinderte ▪ Leichter behinderte Menschen ▪ Menschen ohne Behinderung
Art der Erhebung	Vollerhebung	Stichprobe (ca. 1 % aller Haushalte)
Erhebungseinheiten	Versorgungsämter	Personen, Haushalte, Wohnungen
Periodizität	zweijährlich	jährlich
Berichtszeitpunkt/-zeitraum	Stichtag (31. Dezember)	gleitende Berichtswoche (verteilt über das gesamte Jahr)
Auskunftspflicht	ja	grundsätzlich ja, jedoch nicht bzgl. Fragen zum Vorliegen einer Behinderung
Erhebungsmerkmale	begrenzt: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Zahl der schwerbehinderten Menschen mit gültigem Ausweis ▪ Schwerbehinderte Menschen nach Geburtsjahr, Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Wohnort ▪ Art, Ursache und Grad der Behinderung 	umfangreich: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Feststellung einer Behinderung durch amtlichen Bescheid ▪ amtlich festgestellter Grad der Behinderung ▪ zahlreiche soziodemografische und -ökonomische sowie weitere Merkmale
Räumliche Auswertungstiefe	Rheinland-Pfalz bis Landkreise, kreisfreie Städte	Rheinland-Pfalz bis Planungsregionen

Lage der Schwerbehinderten sind auf dieser Grundlage nicht möglich. Anders verhält es sich dagegen im Fall des Mikrozensus.

Die Anzahl der erfassten Merkmale und das damit einhergehende Analysepotenzial sind somit sehr viel weiter gefasst als im Rahmen der Schwerbehindertenstatistik.

Mikrozensus ist größte jährliche Haushaltsstichprobe in Europa

Der Mikrozensus ist die größte jährlich durchgeführte Haushaltsstichprobe in Deutschland und Europa. Bereits seit 1957 liefert der „kleine Zensus“ wichtige Erkenntnisse über die Bevölkerungsstruktur, die wirtschaftliche und soziale Lage der Menschen sowie über deren Wandel im Zeitverlauf. Das umfangreiche Erhebungsprogramm bietet ein reichhaltiges Informationsangebot zu einer Vielzahl unterschiedlicher Themenkomplexe – etwa zur Bildungs- und Erwerbsbeteiligung, den Wohnverhältnissen sowie zum Gesundheitszustand und zum gegebenenfalls vorhandenen Migrationshintergrund der Bürgerinnen und Bürger.

Zur Grundgesamtheit des Mikrozensus zählt die gesamte Wohnbevölkerung in Deutschland, das heißt alle Personen in Privathaushalten und Gemeinschaftsunterkünften am Haupt- und Nebenwohnsitz. Da es sich um eine repräsentative Stichprobenerhebung handelt, in der jährlich etwa ein Prozent aller Haushalte befragt werden, sind die Ergebnisse stets mit einem Zufallsfehler behaftet. Aussagen über die Struktur und die Entwicklung der Bevölkerung bzw. einzelner Bevölkerungsgruppen sind daher mit einer größeren Unsicherheit verbunden als bei einer Vollerhebung, wie sie im Fall der

Repräsentative Stichprobenerhebung ist mit Zufallsfehler behaftet

Schwerbehindertenstatistik vorliegt. Aus Gründen der Qualitätssicherung werden hochgerechnete Ergebnisse des Mikrozensus, die einer Fallzahl von weniger als 5 000 entsprechen, aufgrund ihres hohen relativen Standardfehlers und des damit verbundenen geringen Aussagegehalts grundsätzlich nicht ausgewiesen.

Quartals- und Jahresdurchschnittsergebnisse

Im Unterschied zur Schwerbehindertenstatistik werden die Daten des Mikrozensus seit 2005 nicht mehr zu einem Stichtag, sondern in Form einer gleitenden Berichtswoche erhoben, die sich über das gesamte Jahr verteilt. Daraus resultiert die Möglichkeit, sowohl Quartals- als auch Jahresdurchschnittsergebnisse zu ermitteln. Dies bietet unter anderem den Vorteil, Ausprägungen bestimmter Erhebungsmerkmale und Indikatoren, die saisonalen Schwankungen unterliegen (wie z. B. die Erwerbsbeteiligung), besser abbilden zu können. Unterschiede mit Blick auf den Berichtszeitraum bzw. den Berichtszeitpunkt sind daher ein weiterer Grund, weshalb die Ergebnisse des Mikrozensus von denjenigen der Schwerbehindertenstatistik abweichen können.

Erfassung der Menschen mit Behinderung durch zwei Teilfragen

Die Erfassung der Menschen mit Behinderung erfolgt im Mikrozensus durch zwei unmittelbar aufeinanderfolgende Teilfragen. Bis zum Berichtsjahr 2013 wurden die Angaben lediglich im vierjährigen Abstand im Rahmen eines Rotationsmoduls erhoben. Seit dem Berichtsjahr 2017 sind sie gemäß § 7 Abs. 1 Mikrozensusgesetz jährlich zu stellen. Zunächst werden die Befragten um Auskunft darüber gebeten, ob bei ihnen eine Behinderung durch amtlichen Bescheid festgestellt wurde. Als Hilfestellung informiert ein in den Fragebogen implementierter Informationskasten darüber, dass eine Behinderung durch einen amtlichen Schwerbehindertenausweis, einen

Schwer- oder Kriegsbeschädigtenausweis, per Renten-, Verwaltungs- oder Gerichtsbescheid sowie durch Bescheid eines Versorgungsamtes nachgewiesen werden kann. Da es sich im Gegensatz zu den meisten Fragen des Mikrozensus gemäß § 13 Abs. 7 Mikrozensusgesetz nicht um eine Angabe mit Auskunftspflicht handelt, steht den Befragten, neben der Möglichkeit mit „Ja“ oder „Nein“ zu antworten, auch die Möglichkeit offen, „Keine Angabe“ als Antwortoption auszuwählen. Haben die Befragten mit „Ja“ oder „Keine Angabe“ geantwortet, werden sie in einem zweiten Schritt nach der Höhe des amtlich festgestellten Grades der Behinderung gefragt. Dabei stehen ihnen neben der Kategorie „Nicht bekannt/Keine Angabe“ sämtliche Ausprägungen des Grades der Behinderung von 20 bis 100 zur Verfügung. Der Mikrozensus ermöglicht es somit, nicht nur Strukturdaten zu den schwerbehinderten, sondern auch zu den leichter behinderten Menschen zu erheben. Dies wird allerdings zum Preis der freiwilligen Beantwortung der beiden Teilfragen und dem Erfordernis seitens der Befragten, eigenständig eine korrekte Zuordnung vornehmen zu müssen, erkauft.

Eine weitere Einschränkung ergibt sich dadurch, dass die beiden Teilfragen seit dem Berichtsjahr 2017 nur noch an Menschen gestellt werden, die in Privathaushalten leben. Bis 2013 wurden dagegen auch Menschen, die ihren Wohnsitz in einer Gemeinschaftsunterkunft hatten, nach dem Vorliegen einer Behinderung gefragt. Dadurch besteht seit 2017 vor allem für die Gruppe der älteren Menschen mit einem hohen Grad der Behinderung die Gefahr einer Untererfassung, da angenommen werden kann, dass diese Menschen häufiger in einem Senioren- oder Pflegeheim leben.

Personen in Gemeinschaftsunterkünften nur unzureichend erfasst

Berichtsgrundlage: Bevölkerung in Privathaushalten am Hauptwohnsitz

Um Doppelerfassungen im Zuge der Haushaltsbefragung am Haupt- und Nebenwohnsitz zu vermeiden, wird im Rahmen des Mikrozensus zudem üblicherweise nur für die Bevölkerung in Privathaushalten am Hauptwohnsitz berichtet. Dadurch können Personen, die lediglich mit einem Nebenwohnsitz in Rheinland-Pfalz gemeldet sind, aus dem Berichtskreis ausscheiden. Auch dies kann in der Berichterstattung zu einer (in der Regel sehr geringen) Untererfassung einzelner Personengruppen führen.

Hochrechnungsfaktoren basieren auf Schwerbehindertenstatistik

Um die Aussagekraft der Daten über die Menschen mit Schwerbehinderung zu erhöhen, erfolgt die Hochrechnung der Mikrozensusergebnisse bereits seit 1999 nicht mehr anhand der Eckwerte der laufenden Bevölkerungfortschreibung, sondern anhand der Ergebnisse der Schwerbehindertenstatistik, die nach sechs Altersgruppen und dem Geschlecht geschichtet werden. Dabei wird seit 2017 auch berücksichtigt, dass im Rahmen der Schwerbehindertenstatistik nicht zwischen Menschen differenziert wird, die in Privathaushalten respektive in Gemeinschaftsunterkünften leben. Für die leichter behinderten Menschen erfolgt im Zuge der Berechnung der gesonderten Hochrechnungsfaktoren lediglich eine Einschätzung der Antwortausfälle, die ebenfalls nach Altersgruppen und Geschlecht geschichtet sind. Bei den Menschen ohne Behinderung wird auf eine Einschätzung der Antwortausfälle verzichtet.

Anpassung an Landesergebnisse

Während dieses Verfahren zur Ermittlung der Hochrechnungsfaktoren bis 2013 lediglich auf Basis der bundesweiten Ergebnisse der Schwerbehindertenstatistik durchgeführt wurde, basiert es seit 2017 auf den jeweiligen Landeswerten. Die Aussagekraft der Ergebnisse des Mikrozensus über die Menschen mit Behinderung auf Landes-

ebene hat sich dadurch unter Inkaufnahme eines zeitlichen Strukturbruchs noch einmal deutlich erhöht.

Ein letzter methodischer Unterschied zwischen Mikrozensus und Schwerbehindertenstatistik betrifft die Berichtsebene. Während die Ergebnisse der Schwerbehindertenstatistik üblicherweise bis zur Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte nachgewiesen werden, erfolgt die regionale Darstellung der Mikrozensusergebnisse in Rheinland-Pfalz nur bis zur Ebene der fünf Planungsregionen. Ursache ist die Unsicherheit kleinräumiger Schätzergebnisse aufgrund des höheren relativen Stichprobenfehlers. Dieser Fehler nimmt bei einer geringen Rohfallzahl zu und würde bei einem Ausweis der Resultate auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte zu erheblichen Qualitätseinbußen führen. Deshalb wird auf einen Nachweis von Kreisergebnissen im Rahmen des Mikrozensus grundsätzlich verzichtet.

Regionalergebnisse

Ergebnisse des Mikrozensus und der Schwerbehindertenstatistik differieren

Nach den Ergebnissen der Schwerbehindertenstatistik lebten zum Jahresende 2017 rund 316 800 Menschen mit einem Grad der Behinderung von mindestens 50 in Rheinland-Pfalz. Der Mikrozensus weist für den Jahresdurchschnitt 2017 dagegen einen deutlich geringeren Wert aus. Legt man nur diejenigen Befragten zugrunde, die auf die Teilfrage nach dem Vorliegen einer durch amtlichen Bescheid festgestellten Behinderung mit „Ja“ und auf die Teilfrage nach dem Grad der Behinderung mit einem Wert von mindestens 50 geantwortet haben, so ergibt sich eine Gesamtzahl von lediglich 277 300 Schwerbehinderten. Das entspricht einer Differenz von etwa 39 500 Personen.

Zahl der Schwerbehinderten divergiert

Die Abweichung fällt um einiges geringer aus, wenn die Zahl der Schwerbehinderten im Rahmen des Mikrozensus allein auf Basis der zweiten Teilfrage geschätzt wird. In diesem Fall werden auch diejenigen Befragten berücksichtigt, die zwar auf die Teilfrage nach dem Vorliegen einer durch amtlichen Bescheid festgestellten Behinderung mit „Keine Angabe“ geantwortet, aber dennoch Angaben zu ihrem Grad der Behinderung gemacht haben. Dadurch erhöht sich die geschätzte Zahl der Schwerbehinderten auf 301 100. Die Differenz zur Schwerbehindertenstatistik beträgt dann nur noch rund 15 600 Personen.

Im Mikrozensus häufig keine Angabe zu Feststellung einer Behinderung durch amtlichen Bescheid

Weiterführende Auswertungen zeigen, dass hochgerechnet etwa 25 300 Personen auf die Frage nach dem Vorhandensein eines amtlichen Bescheids, der ihre Behinderung belegt, keine Angabe machen konnten oder sich bewusst nicht dazu äußern wollten, aber dennoch eine gültige Aussage zu ihrem Grad der Behinderung abgaben. Davon nannten etwa 22 000 Personen einen Grad der Behinderung von 100. Ob es sich dabei letztlich um ein bewusstes Antwortverhalten handelt oder die Befragten bei der Beantwortung der beiden Teilfragen auf inhaltliche Verständnisprobleme gestoßen sind, kann nicht abschließend beantwortet werden.

Ältere möglicherweise mit Problemen bei Beantwortung der Fragen

Die Verteilung des Antwortverhaltens der beiden Abgrenzungen nach den Merkmalen Grad der Behinderung, Geschlecht und Alter legen jedoch nahe, dass es vor allem ältere Personen beider Geschlechter mit einem sehr hohen Behinderungsgrad sind, die für die voneinander abweichenden Ergebnisse sorgen. Dabei handelt es sich um eine Teilgruppe, für die angenommen werden kann, dass sie tendenziell ein höheres Risiko trägt,

bei der Beantwortung der beiden Fragen auf inhaltliche Verständnisprobleme zu stoßen.

Werden die Ergebnisse der Schwerbehindertenstatistik mit den Ergebnissen des Mikrozensus lediglich auf Grundlage einer weiten Abgrenzung verglichen – im Fall des Mikrozensus bedeutet dies einschließlich derer, die Angaben zum Grad der Behinderung, aber nicht zum Vorliegen eines amtlichen Bescheids gemacht haben –, so ergibt sich vor allem mit Blick auf die relative Verteilung der Merkmalsausprägungen eine gute Annäherung. So beläuft sich der Anteil der Schwerbehinderten an der Gesamtbevölkerung nach der Schwerbehindertenstatistik auf 7,8 Prozent. Der Mikrozensus weist demgegenüber einen leicht geringeren Anteil in Höhe von 7,5 Prozent aus. Zu berücksichtigen ist dabei, dass sich der höhere Wert der Schwerbehindertenstatistik auf die Bevölkerung am Hauptwohnsitz bezieht. Die Schwerbehindertenquote des Mikrozensus basiert dagegen auf der Bevölkerung in Privathaushalten am Hauptwohnsitz. Der Aussagegehalt eines direkten Vergleichs der beiden Zahlenwerte ist daher eingeschränkt.

Relative Häufigkeiten gleichen sich eher als absolute Häufigkeiten

Vergleicht man die beiden Erhebungen mit Blick auf die Anteilswerte der einzelnen Grade der Behinderung an der Gesamtbevölkerung, so ergibt sich für keine Merkmalsausprägung eine Abweichung, die höher als 0,1 Prozentpunkte ist. In diesem Fall kann also von einem nahezu identischen Aussagegehalt ausgegangen werden. Absolut betrachtet tritt die höchste Differenz bei den Menschen mit einem Grad der Behinderung von 60 auf. Hier weist der Mikrozensus etwa 6 600 Personen weniger aus als die Schwerbehindertenstatistik.

Relative Verteilung der Grade der Behinderung nahezu identisch

Differenziert man zusätzlich nach dem Geschlecht, so zeigt sich zunächst, dass

T 2

Schwerbehinderte 2017 nach erhebender Statistik, Grad der Behinderung, Geschlecht, Altersgruppen und Staatsangehörigkeit

Merkmal	Schwerbehindertenstatistik		Mikrozensus		Differenz (Schwerbehindertenstatistik – Mikrozensus)	
	1 000	in % ¹	1 000 ²	in % ³	1 000 ⁴	Prozentpunkte ⁴
Insgesamt	316,8	7,8	301,1	7,5	-15,6	-0,3
Grad der Behinderung						
100	80,1	2,0	80,5	2,0	0,3	0,0
90	15,8	0,4	18,4	0,5	2,6	0,1
80	36,2	0,9	32,7	0,8	-3,5	-0,1
70	32,1	0,8	29,3	0,7	-2,8	-0,1
60	46,5	1,1	39,9	1,0	-6,6	-0,1
50	106,0	2,6	100,4	2,5	-5,7	-0,1
Geschlecht						
Männer	169,2	8,4	160,3	8,0	-8,9	-0,4
Frauen	147,5	7,2	140,9	7,0	-6,7	-0,2
Altersgruppen						
unter 18 Jahre	7,9	1,2	(7,8)	(1,2)	-0,1	0,0
18 – 35 Jahre	16,4	2,0	13,3	1,7	-3,0	-0,4
35 – 45 Jahre	14,1	3,0	12,8	2,8	-1,3	-0,3
45 – 55 Jahre	36,9	5,7	37,7	5,7	0,8	0,0
55 – 65 Jahre	71,5	11,6	65,9	11,0	-5,6	-0,6
65 – 80 Jahre	107,8	17,5	104,9	17,2	-2,9	-0,3
80 Jahre und älter	62,2	24,0	58,8	25,9	-3,5	1,9
Staatsangehörigkeit						
mit deutscher Staatsangehörigkeit	304,1	8,4	287,9	8,0	-16,2	-0,4
ohne deutsche Staatsangehörigkeit	12,7	2,8	13,3	3,2	0,6	0,4

1 In Prozent der jeweiligen Bevölkerungsgruppe am Hauptwohnsitz. – 2 Alle Personen, die eine gültige Angabe zum Grad der Behinderung gemacht haben. – 3 In Prozent der jeweiligen Bevölkerungsgruppe in Privathaushalten am Hauptwohnsitz. – 4 Gerundete Werte auf Grundlage ungerundeter Ursprungswerte der Schwerbehindertenstatistik und des Mikrozensus.

Nur geringe Unterschiede bei geschlechtsspezifischen Schwerbehindertenzahlen und -quoten

die Zahl der schwerbehinderten Männer in der Schwerbehindertenstatistik um circa 8 900 Personen über dem Wert des Mikrozensus liegt. Bei den schwerbehinderten Frauen ist die Abweichung etwas geringer. Sie beträgt lediglich 6 700 Personen.

Mit Blick auf die geschlechtsspezifischen Schwerbehindertenquoten ergibt sich bei

einem Vergleich der beiden Statistiken hinsichtlich der Männer damit ein Unterschied in Höhe von 0,4 Prozentpunkten (Schwerbehindertenstatistik: 8,4 Prozent; Mikrozensus: acht Prozent) und bei den Frauen in Höhe von 0,2 Prozentpunkten (7,2 gegenüber sieben Prozent). Für die Anteile der einzelnen Grade der Behinderung an der Gesamtbevöl-

kerung ergibt sich auch bei einer nach dem Geschlecht differenzierten Auswertung keine nennenswerte Abweichung. Sämtliche Merkmalskategorien – mit Ausnahme der Männer mit einem Grad der Behinderung von 60 – divergieren um höchstens 0,1 Prozentpunkte.

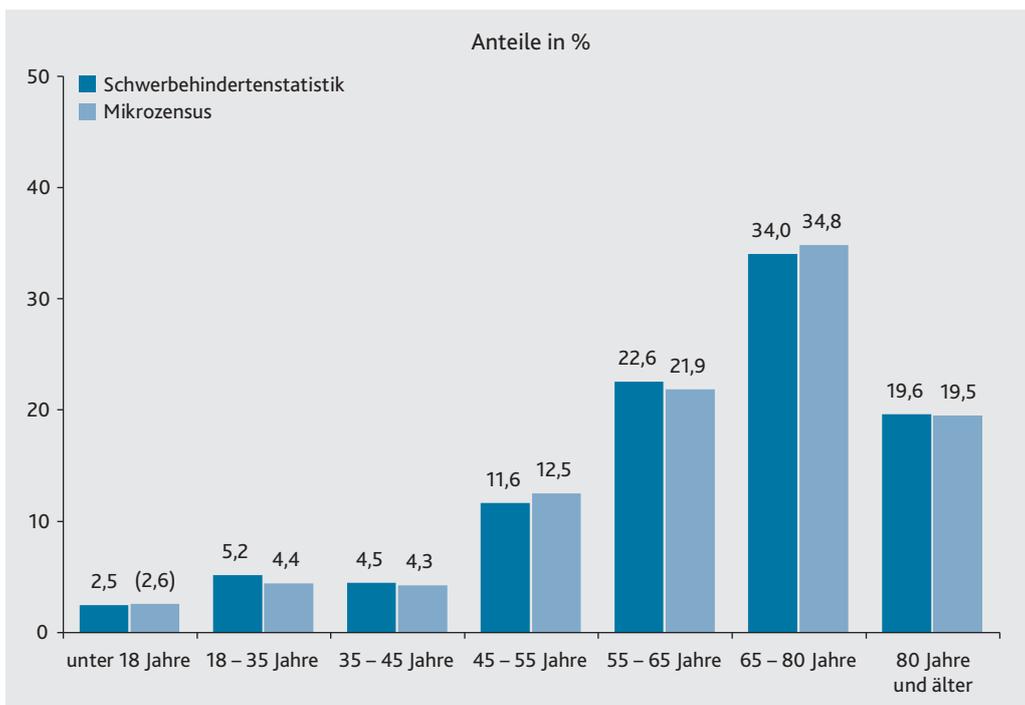
Leicht höhere Abweichungen beim Vergleich einzelner Altersgruppen

Etwas stärker – in der Summe aber immer noch nicht in einer problematischen Größenordnung – fallen die Ergebnisunterschiede bei einer Betrachtung ausgewählter Altersgruppen aus. Legt man die Kategorien gemäß Tabelle 2 zugrunde, ergibt sich für die Gruppe der 55- bis 65-Jährigen die höchste absolute Abweichung. Sie liegt bei etwa 5 600 Personen, um die die Schätzergebnisse des Mikrozensus hinter der Schwerbehindertenstatistik zurückbleiben. Für die Gruppe der 45- bis 55-Jährigen wird im Mikrozensus sogar ein leicht höherer Wert als in der Schwerbehindertenstatistik ausgewiesen.

Die altersspezifischen Schwerbehindertenquoten sind lediglich für die Gruppe der 80-Jährigen und Älteren auffällig. Hier deuten die Ergebnisse des Mikrozensus auf eine um 1,9 Prozentpunkte höhere Schwerbehindertenquote hin als die Ergebnisse der Schwerbehindertenstatistik. Dies dürfte zum einen mit der bereits angesprochenen Problematik zusammenhängen, ältere Schwerbehinderte mit einem hohen Grad der Behinderung, die ihren Wohnsitz in einer Gemeinschaftsunterkunft haben, im Mikrozensus adäquat zu erfassen und auf die Grundgesamtheit hochzurechnen. Zum anderen offenbart ein Vergleich der Nenner der beiden Schwerbehindertenquoten eine recht hohe Abweichung bei der Gesamtzahl der 80-Jährigen und Älteren in Rheinland-Pfalz. Während die laufende Bevölkerungsfortschreibung zum Jahresende 2017 von etwa 259 100 hochbetagten Einwohne-

G 1

Altersverteilung schwerbehinderter Menschen 2017 nach erhebender Statistik



rinnen und Einwohnern ab 80 Jahren am jeweiligen Hauptwohnsitz ausgeht, schätzt der Mikrozensus für den Jahresdurchschnitt 2017 nur eine Zahl von rund 226 500 Menschen ab 80 Jahren in Privathaushalten am Hauptwohnsitz. Der Nenner liegt im Mikrozensus damit um knapp 13 Prozent unter dem Nenner der laufenden Bevölkerungsfortschreibung, der dem Quotienten der Schwerbehindertenstatistik zugrunde liegt, und überkompensiert damit die im Verhältnis geringere Abweichung, die sich für den Wert des Zählers bzw. die Zahl der Schwerbehinderten auf Basis der beiden Statistiken ergibt.

Struktur der relativen Altersverteilung beinahe deckungsgleich

Dieses Problem fällt weniger stark ins Gewicht, wenn lediglich die Struktur der Altersverteilung der Schwerbehinderten analysiert werden soll. In diesem Fall weisen der Mikrozensus und die Schwerbehindertenstatistik einen nahezu identischen Anteil der 80-jährigen und älteren Schwerbehinderten an allen Schwerbehinderten aus (19,5 gegenüber 19,6 Prozent). In keiner Altersgruppe beträgt der Ergebnisunterschied mehr als einen Prozentpunkt. Am stärksten weichen die Ergebnisse noch in der Gruppe der 45- bis 55-jährigen voneinander ab. Hier beläuft sich die Differenz auf 0,9 Prozentpunkte.

Mikrozensus unterschätzt Zahl der Schwerbehinderten mit deutscher Staatsangehörigkeit leicht

Eine ebenfalls gute Annäherung der Ergebnisse wird mit Blick auf die Staatsangehörigkeit der Schwerbehinderten erzielt. Während die Schwerbehindertenstatistik das Verhältnis der Schwerbehinderten mit deutscher Staatsbürgerschaft zu denjenigen ohne die deutsche Staatsangehörigkeit auf 96 zu vier Prozent angibt, schätzt der Mikrozensus eine Relation von 95,6 zu 4,4 Prozent. Die Anteile an der jeweiligen Bezugsbevölkerung belaufen sich in der Schwerbehindertensta-

tistik auf 8,4 respektive auf 2,8 Prozent für Schwerbehinderte mit bzw. ohne die deutsche Staatsangehörigkeit. Im Mikrozensus liegt die Schwerbehindertenquote unter den Deutschen damit geringfügig niedriger (-0,4 Prozentpunkte) und unter den Ausländerinnen und Ausländern geringfügig höher (+0,4 Prozentpunkte).

Absolut betrachtet treten zwischen den beiden Statistiken vor allem in der Gruppe der Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft Ergebnisunterschiede hervor. So ermittelt der Mikrozensus rund 16 200 Personen mit einem Grad der Behinderung von mindestens 50 weniger als die Schwerbehindertenstatistik. In der Gruppe der Personen ohne die deutsche Staatsbürgerschaft liegen die Mikrozensusergebnisse dagegen leicht über dem Zahlenwert der Schwerbehindertenstatistik (+800 Personen).

Wie schon bei den vorangegangenen Merkmalen kann daher auch im Fall der Staatsangehörigkeit festgehalten werden, dass ein Vergleich der Ergebnisse des Mikrozensus und der Schwerbehindertenstatistik eine insgesamt gute Annäherung zeigt. Während bei einer Gegenüberstellung der absoluten Zahlen teilweise stärkere Abweichungen auftreten, die auch Auswirkungen auf den Aussagegehalt einer Ergebnisinterpretation haben können, legen der Vergleich der Schwerbehindertenquoten wie auch ein Vergleich der relativen Verteilung der betrachteten Merkmalsausprägungen häufig sehr ähnliche Schlussfolgerungen nahe.

Sollen vor diesem Hintergrund Aussagen über die Anzahl schwerbehinderter Menschen und deren Entwicklung über die Zeit getroffen werden, empfiehlt es sich, die Ergebnisse der Schwerbehindertenstatistik heranzuziehen, da diese auf einer Vollerhe-

Insgesamt gute Passung zwischen Ergebnissen der Schwerbehindertenstatistik und des Mikrozensus

bung beruhen, die insgesamt eine solidere Datenbasis verspricht. Je nach interessierender Fragestellung können die Jahresdurchschnittswerte des Mikrozensus unter Beachtung der aufgezeigten methodischen Unterschiede für Aussagen über die absolute Häufigkeit schwerbehinderter Menschen in Rheinland-Pfalz zwar eine Alternative sein, doch sollten die Ergebnisse in Anbetracht der aufgezeigten Abweichungen eher zurückhaltend interpretiert werden.

Weniger problematisch erscheint dagegen eine Ergänzung der Schwerbehindertenstatistik um Ergebnisse des Mikrozensus, die sich auf die Anteile schwerbehinderter Men-

schen an der Bevölkerung, das heißt (gruppenspezifische) Schwerbehindertenquoten, oder die relative Verteilung der Schwerbehinderten hinsichtlich bestimmter soziodemografischer Merkmale beziehen. Dem entsprechend konzentriert sich die Präsentation ausgewählter Befunde zu den Menschen mit Behinderung auf Basis des Mikrozensus 2017 nachfolgend stärker auf eine Darstellung struktureller Verhältniszahlen.

Sebastian Fückel, M. A., leitet das Referat „Analysen Staat, Soziales“.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz



The image shows a close-up, slightly blurred view of a statistical table. The table consists of several rows and columns of numerical data. The numbers are printed in a dark font on a light-colored background. The values range from approximately 65,000 to 157,000. The table is oriented diagonally, with the top-left corner being the most visible. The numbers are arranged in a grid-like pattern, with some rows having more columns than others. The overall appearance is that of a printed document, possibly a page from a statistical yearbook or report.

20	129 151	130 953	128 093	127 842
752	134 121	128 093	128 432	
6 058	126 824	133 450	157 284	153 520
134 628	134 545	157 284	111 776	110 138
157 811	157 827	111 776	80 756	77 082
113 466	113 035	80 756	63 568	61 111
87 007	84 980	63 568	77 648	
65 282	64 829	77 648	92 396	
78 320	78 146	92 396	125 873	
95 409	94 429	125 873	103 800	
	125 677	103 800	69	
	87 027			

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung	Einheit	2017	2018				2019			
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 070 ^{1,2}	4 079 ^{1,2}	4 075	4 075	4 074	4 085	4 087	4 087	4 087
darunter Ausländer ³	1 000	421 ^{1,2}	442 ^{1,2}	434	436	437	453	456	457	459

Natürliche Bevölkerungsbewegung⁴

* Eheschließungen ⁵	Anzahl	1 729	1 888	501	595	1 031	3 620	489	720	1 011
* Lebendgeborene ⁶	Anzahl	3 121	3 137	2 986	2 859	2 991	3 081	2 871	2 710	2 903
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,2	9,2	8,6	9,1	8,6	8,9	8,3	8,6	8,4
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁷	Anzahl	3 950	4 025	4 088	4 271	5 547	4 196	4 303	4 169	4 456
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,7	11,8	11,8	13,7	16,0	12,1	12,4	13,3	12,8
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁷	Anzahl	12	11	9	15	12	13	9	6	10
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,7	3,4	3,0	5,2	4,0	4,2	3,1	2,2	3,4
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-829	-888	-1102	-1412	-2556	-1115	-1432	-1459	-1553
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	-2,5	-2,6	-3,2	-4,5	-7,4	-3,2	-4,1	-4,7	-4,5

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	11 783	12 414	12 247	10 901	11 633	9 290	13 317	11 102	12 621
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	5 796	6 411	6 427	5 698	5 988	4 397	7 233	6 099	6 724
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	10 337	10 575	9 907	9 405	9 958	9 489	10 034	9 500	10 486
* darunter in das Ausland	Anzahl	4 472	4 702	4 392	4 573	4 459	5 024	4 488	4 558	4 820
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	1 446	1 839	2 340	1 496	1 675	-199	3 283	1 602	2 135
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁸	Anzahl	14 309	13 982	14 328	12 975	13 617	12 616	14 851	12 871	13 549

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte ^{9,10,11}	Einheit	2015	2016	2017			2018			
		30.06.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹²	1 000	1 345	1 365	1 379	1 389	1 416	1 405	1 406	1 412	1 442
* Frauen	1 000	627	637	646	648	659	657	656	656	669

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. – 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 11 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 12 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit

Beschäftigte^{1, 2, 3}

	Einheit	2015	2016	2017			2018			
		30.06.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	
* Ausländer/-innen	1 000	117	128	134	141	148	143	148	155	163
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	373	386	394	400	404	405	406	410	415
* darunter Frauen	1 000	309	318	324	328	331	332	332	334	338
davon nach Wirtschaftsbereichen ⁴										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	13	13	13	13	14	11	12	14	14
* produzierendes Gewerbe	1 000	422	424	427	430	437	432	432	434	445
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	294	299	301	304	311	309	309	312	320
* Erbringung von Unternehmens- dienstleistungen	1 000	213	216	218	221	227	225	225	227	228
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	403	413	420	420	427	428	428	425	434

Arbeitsmarkt⁵

	Einheit	2017	2018			2019				
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Arbeitslose	Anzahl	106 299	98 764	97 960	97 808	101 644	96 055	95 893	96 163	100 627
* Frauen	Anzahl	48 166	44 729	44 392	44 699	46 871	42 843	43 033	43 350	45 886
* Männer	Anzahl	58 132	54 035	53 568	53 109	54 773	53 212	52 860	52 813	54 740
* SGB III (Arbeitslosengeld I) ⁶	Anzahl	42 178	40 147	38 158	38 384	41 449	39 627	38 550	39 160	42 537
* SGB II (Arbeitslosengeld II) ⁷	Anzahl	64 121	58 617	59 802	59 424	60 195	56 428	57 343	57 003	58 090
* Arbeitslosenquote ⁸	%	4,8	4,4	4,4	4,4	4,5	4,3	4,3	4,3	4,5
* Frauen	%	4,7	4,3	4,2	4,2	4,4	4,1	4,1	4,1	4,3
* Männer	%	5,0	4,6	4,5	4,5	4,6	4,5	4,4	4,4	4,6
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	4,6	4,1	3,9	4,2	5,0	3,9	3,8	4,1	4,9
* Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,2	2,9	2,7	2,8	3,7	2,9	2,7	3,0	3,8
* Ältere von 50–65 Jahren	%	4,7	4,4	4,3	4,3	4,3	4,2	4,2	4,1	4,2
* Ältere von 55–65 Jahren	%	5,2	4,8	4,7	4,7	4,7	4,7	4,6	4,6	4,6
* Ausländer/-innen	%	13,4	11,7	11,1	11,1	11,6	11,5	10,9	10,9	11,4
* Deutsche	%	4,0	3,6	3,6	3,6	3,7	3,5	3,5	3,5	3,6
* Kurzarbeiter/-innen ⁹	Anzahl	4 929	4 758	567	549	491
* Gemeldete Arbeitsstellen ¹⁰	Anzahl	37 936	40 467	40 594	40 743	41 058	39 890	40 265	40 912	40 831

Soziales

Leistungsbezug nach SGB II¹¹

	Einheit	2017	2018			2019				
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	248 972	240 488	246 945	245 517	243 657	234 596	234 196	232 436	...
* darunter Frauen	Anzahl	122 480	118 759	121 347	120 726	120 068	116 087	115 857	115 070	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungs- berechtigte	Anzahl	169 173	161 337	166 625	165 483	164 018	156 996	156 834	155 488	...
* nicht erwerbsfähige Leistungs- berechtigte	Anzahl	68 036	66 455	67 663	67 335	66 957	65 096	65 047	64 640	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	66 032	64 479	65 671	65 337	64 972	63 174	63 134	62 737	...

1 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 3 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Einschließlich witterungsbedingter Saisonarbeit. – 10 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes, ab Januar 2014 einschließlich der Meldung von offenen Stellen durch kooperierende Unternehmen im automatisierten Verfahren. – 11 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Im Zuge einer Revision wurden ab dem Berichtsjahr 2016 die Definitionen für Bedarfsgemeinschaften überarbeitet. Ein Vergleich mit den Vorjahren ist daher nur eingeschränkt möglich.

Bautätigkeit**(Baugenehmigungen)****Baugenehmigungen für
Wohngebäude**

Einheit	2017	2018			2019					
	Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai		
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	546	510	548	564	552	468	552	590	658
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	486	446	477	510	492	410	491	539	592
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	3	5	5	4	4	2	4	7	5
Unternehmen	Anzahl	67	68	65	53	46	30	55	86	81
private Haushalte	Anzahl	476	437	478	507	502	436	493	497	572
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 113	1 174	1 260	900	998	1 096	1 034	1 058	1 233
* Umbauter Raum	1 000 m ³	696	701	743	622	658	703	679	696	780
* Wohnfläche	1 000 m ²	129	130	139	117	125	126	125	131	149
Wohnräume	Anzahl	5 138	5 171	5 464	4 704	5 744	4 878	5 017	5 236	5 936
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	228	230	240	205	218	233	220	234	269

**Baugenehmigungen für
Nichtwohngebäude**

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	134	122	131	124	123	114	111	110	143
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	17	14	18	17	14	16	15	12	11
Unternehmen	Anzahl	78	80	76	81	92	85	67	87	92
private Haushalte	Anzahl	39	27	37	26	17	13	29	11	40
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	10	23	2	7	113	15	15	15	37
* Umbauter Raum	1 000 m ³	713	892	1 519	609	728	826	571	683	707
* Nutzfläche	1 000 m ²	103	134	172	81	103	113	92	102	123
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	88	125	152	87	112	105	114	103	124

**Genehmigte Wohnungen
(Wohn- und Nichtwohngebäude)**

* Wohnungen (Neubau und Bau- maßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 314	1 350	1 417	1 006	1 256	1 317	1 049	1 260	1 446
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	5 892	5 927	6 123	5 227	6 699	5 616	5 057	6 082	6 955

Landwirtschaft

	Einheit	2017	2018			2019				
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹	t	11 599	11 625	12 322	11 668	10 888	11 179	11 682	11 732	11 309
darunter										
* Rinder insgesamt	t	1 853	1 859	2 144	1 796	1 711	1 650	1 696	1 804	1 661
darunter										
* Kälber	t	8	8	11	4	6	5	8	11	4
* Jungrinder	t	8	9	12	4	10	5	8	11	6
* Schweine	t	9 695	9 714	10 118	9 823	9 132	9 491	9 949	9 867	9 601
* Eierzeugung ²	1 000	17 285	16 822	17 742	15 383	16 148	18 175	20 675	19 271	15 486

Produzierendes Gewerbe**Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von
Steinen und Erden³**

* Betriebe	Anzahl	1 017	1 041	1 046	1 047	1 047	1 031	1 035	1 041	1 040
* Beschäftigte ⁴	Anzahl	255 468	260 572	259 127	259 463	259 694	261 787	261 933	262 574	262 512
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	32 402	32 905	33 819	32 853	31 950	33 206	33 995	33 058	34 037
* Entgelte	Mill. EUR	1 102	1 145	1 067	1 153	1 440	1 073	1 129	1 157	1 447
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	7 820	8 361	9 136	8 510	8 243	7 753	8 486	8 099	8 042
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁵	Mill. EUR	4 253	4 372	4 735	4 399	4 483	4 302	4 597	4 336	4 299
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	2 181	2 282	2 575	2 328	2 122	2 295	2 651	2 435	2 451
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	94	86	98	90	87	76	90	92	86
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 293	1 620	1 727	1 692	1 550	1 081	1 147	1 236	1 206
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 433	2 462	2 720	2 452	2 553	2 457	2 612	2 406	2 344
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	1 046	1 091	1 245	1 072	899	1 120	1 346	1 168	1 196
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	4 368	4 813	5 306	4 948	4 679	4 468	4 876	4 551	4 524
Exportquote ⁶	%	55,9	57,6	58,1	58,1	56,8	57,6	57,5	56,2	56,3
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2015=100	112,4	119,5	132,9	120,8	123,2	106,9	111,8	109,0	104,4
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2015=100	113,6	110,8	123,7	116,6	118,4	111,0	120,7	110,4	108,0
Investitionsgüterproduzenten	2015=100	107,6	114,0	129,0	110,0	120,0	104,4	99,9	102,1	96,3

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden¹

Einheit	2017	2018			2019					
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
Gebrauchsgüterproduzenten	2015=100	161,8	150,1	176,8	157,1	172,8	141,4	188,0	202,6	146,7
Verbrauchsgüterproduzenten	2015=100	122,0	173,1	181,4	175,4	150,4	96,9	114,7	122,0	116,6
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2015=100	114,7	110,0	122,8	118,3	122,0	111,4	124,0	110,2	106,9
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2015=100	102,6	115,0	132,9	108,8	130,8	99,7	96,3	98,6	96,5

Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen²

* Betriebe ³	Anzahl	173	173	173	173	173	173	172	173	173
* Beschäftigte ^{3,4}	Anzahl	9 531	9 807	9 753	9 744	9 726	9 852	9 858	9 821	9 795
* Geleistete Arbeitsstunden ³	1 000 h	1 141	1 186	1 181	1 184	1 137	1 191	1 210	1 195	1 223
* Entgelte ³	Mill. EUR	43	45	40	49	44	40	43	54	42
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ⁵										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	323	271	330	209	177	383	321	286	278
* Nettostromerzeugung	Mill. kWh	309	257	316	198	166	370	307	274	267

Baugewerbe

Bauhauptgewerbe⁶

* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	19 910	20 563	20 174	20 396	20 488	20 917	20 989	21 562	21 476
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	2 012	2 039	1 882	2 193	2 172	1 775	1 960	2 334	2 356
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	340	355	331	370	384	354	364	412	412
* gewerblicher Bau ⁷	1 000 h	650	667	631	704	683	600	659	739	750
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 022	1 017	920	1 119	1 105	821	936	1 182	1 195
darunter Straßenbau	1 000 h	561	555	467	621	613	410	483	651	665
* Entgelte	Mill. EUR	65	71	61	68	71	62	67	77	75

¹ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – ² Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – ³ Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – ⁴ Einschließlich der tätigen Inhaber. – ⁵ Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – ⁶ Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – ⁷ Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

noch: Baugewerbe

Bauhauptgewerbe¹

Einheit	2017	2018				2019			
	Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	

* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	286	321	244	293	304	228	276	340	358
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	53	59	52	58	53	55	53	68	67
* gewerblicher Bau ²	Mill. EUR	97	107	93	96	106	86	107	121	125
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	136	155	100	139	144	87	116	151	167
darunter Straßenbau	Mill. EUR	72	81	48	68	82	38	54	77	89

Ausbaugewerbe
(Bauinstallation und sonstiger Ausbau)³

Einheit	2017	2018	2017		2018				2019
	Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.

Betriebe ⁴	Anzahl	438	379	437	436	384	380	377	376	406
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) ⁴	Anzahl	16 825	15 929	17 084	16 958	16 028	15 789	16 016	15 883	16 597
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	5 210	4 896	5 314	5 214	4 894	4 843	4 964	4 884	5 062
* Entgelte	Mill. EUR	138	136	137	149	130	134	134	146	138
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	485	473	478	600	360	460	478	595	414

Handel⁵Großhandel⁶

Einheit	2017	2018				2019			
	Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	

* Beschäftigte	2015=100	99,9	102,8	102,0	102,2	102,1	102,8	103,2	103,1	103,4
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	96,1	96,8	96,4	96,8	96,8	97,2	97,7	98,0	98,2
* Umsatz nominal ⁷	2015=100	98,0	103,2	107,4	100,5	104,7	100,6	111,7	114,2	115,6
* Umsatz real ⁷	2015=100	96,6	99,7	104,9	97,6	101,3	97,1	107,6	109,5	110,5

Einzelhandel⁸

* Beschäftigte	2015=100	102,4	102,9	102,7	102,5	102,4	102,4	102,0	102,0	103,0
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	102,4	103,6	102,9	103,0	103,2	102,9	102,9	102,7	104,4
* Umsatz nominal ⁷	2015=100	105,7	107,6	111,7	108,2	108,8	97,2	108,6	112,9	112,3
* Umsatz real ⁷	2015=100	104,0	104,2	108,5	104,8	105,1	94,0	104,9	108,4	107,6

1 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 4 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 5 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 6 Einschließlich Handelsvermittlung. – 7 Ohne Umsatzsteuer. – 8 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel¹**Kfz-Handel^{P,2}**

	Einheit	2017	2018				2019			
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Beschäftigte	2015=100	104,1	106,6	105,1	105,2	105,2	107,6	107,8	107,8	107,6
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	105,8	107,9	106,3	107,1	107,5	109,1	109,3	109,8	109,8
* Umsatz nominal ³	2015=100	109,2	113,6	121,2	120,3	116,7	106,4	124,8	129,4	129,7
* Umsatz real ³	2015=100	106,7	110,0	117,8	116,7	113,1	101,6	119,1	123,3	123,1

Gastgewerbe^P

* Beschäftigte	2015=100	100,4	99,8	97,3	99,9	104,0	91,6	95,1	100,6	102,5
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	102,1	100,5	97,8	101,1	105,4	92,8	96,1	101,7	104,0
* Umsatz nominal ³	2015=100	108,6	112,6	97,1	115,7	127,0	84,1	101,3	114,4	126,5
* Umsatz real ³	2015=100	104,1	105,7	91,9	109,3	119,5	78,3	94,4	105,6	115,7

Tourismus⁴

* Gästeankünfte	1 000	739	753	574	749	992	402	576	760	922
* darunter von Auslandsgästen	1 000	157	160	96	157	200	70	100	164	191
* Gästeübernachtungen	1 000	1 852	1 884	1 383	1 818	2 463	966	1 378	1 946	2 188
* darunter von Auslandsgästen	1 000	437	442	222	404	539	171	250	434	489

Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

	Einheit	2017	2018				2019			
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ⁵	Anzahl	1 835	1 814	1 516	1 592	1 785	1 532	1 391	1 645	1 667
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 234	1 247	897	935	1 268	910	914	1 074	1 186
* Getötete Personen	Anzahl	15	14	5	14	10	9	23	10	16
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	7	7	4	9	4	4	13	3	12
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	4	3	-	1	3	-	4	3	2
Radfahrer	Anzahl	1	1	-	1	1	1	3	1	2
Fußgänger	Anzahl	2	2	-	2	1	4	1	2	-
* Verletzte Personen	Anzahl	1 594	1 616	1 187	1 262	1 693	1 187	1 197	1 390	1 540

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.

noch: Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2017	2018			2019				
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
schwer verletzte Personen	Anzahl	297	301	177	231	326	181	211	242	299
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	129	131	109	138	125	108	117	118	140
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	83	82	21	30	103	11	33	45	90
Radfahrer	Anzahl	44	47	17	20	55	13	23	36	38
Fußgänger	Anzahl	29	29	23	29	30	36	24	29	19

Kraftfahrzeuge¹

	Einheit	2017	2018			2019				
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Zulassungen fabrikneuer										
Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 081	13 420	16 871	14 772	14 545	12 615	16 920	14 595	15 662
darunter										
Krafträder	Anzahl	622	696	1 256	1 187	1 028	623	1 446	1 186	1 046
* Personenkraftwagen ²	Anzahl	10 959	11 174	13 958	11 947	11 988	10 538	13 555	11 605	12 621
* Lastkraftwagen	Anzahl	1 036	1 090	1 215	1 083	1 025	1 059	1 302	1 209	1 436
Zugmaschinen	Anzahl	373	357	365	454	386	332	520	501	484

Personenbeförderung

	Einheit	2017	2018	2017		2018				2019
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
Beförderte Personen										
im Linienverkehr	1 000	70 419	67 851	69 098	73 192	70 901	69 858	66 784	63 859	60 704
Personenkilometer ³	Mill.	717	746	740	734	760	752	748	724	677

Binnenschifffahrt

	Einheit	2017	2018			2019				
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
* Gütereingang	1 000 t	943	947	1 042	1 198	1 083	1 164	1 050	1 066	1 126
* Güterversand	1 000 t	776	713	846	821	884	786	777	978	935

Außenhandel⁴Ausfuhr (Spezialhandel)⁵

* Insgesamt	Mill. EUR	4 569	4 991	4 835	5 367	5 110	4 687	4 699	4 911	4 568
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	319	315	328	319	317	333	322	338	318
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	4 199	4 609	4 443	4 990	4 732	4 280	4 268	4 455	4 108

1 Quelle: Kaffahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹Ausfuhr (Spezialhandel)²

Einheit	2017	2018			2019					
	Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April		
* Rohstoffe	Mill. EUR	25	26	24	25	30	24	22	27	29
* Halbwaren	Mill. EUR	150	156	168	172	172	166	155	155	153
* Fertigwaren	Mill. EUR	4 024	4 427	4 251	4 793	4 531	4 091	4 092	4 273	3 926
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	1 025	1 016	1 016	1 091	1 028	1 163	1 079	1 078	976
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 999	3 411	3 235	3 703	3 503	2 928	3 013	3 195	2 951
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	3 196	3 547	3 554	3 858	3 717	3 191	3 280	3 414	3 114
* darunter in EU-Länder	Mill. EUR	2 855	3 210	3 200	3 464	3 335	2 872	2 961	3 069	2 766
Belgien	Mill. EUR	204	205	206	215	234	246	234	213	191
Luxemburg	Mill. EUR	53	56	51	59	61	48	49	56	51
Dänemark	Mill. EUR	51	50	47	53	48	50	54	57	51
Finnland	Mill. EUR	35	33	39	43	36	29	33	36	35
Frankreich	Mill. EUR	440	469	470	494	481	448	489	514	464
Griechenland	Mill. EUR	33	34	32	34	27	38	44	29	30
Großbritannien	Mill. EUR	295	286	275	300	284	308	356	393	236
Irland	Mill. EUR	77	403	370	472	446	28	43	39	66
Italien	Mill. EUR	272	274	304	301	295	278	270	261	254
Niederlande	Mill. EUR	327	333	339	358	347	308	284	329	293
Österreich	Mill. EUR	171	180	174	191	179	170	183	192	187
Schweden	Mill. EUR	84	86	86	86	91	98	82	82	85
Spanien	Mill. EUR	225	222	227	225	225	252	228	244	227
Portugal	Mill. EUR	42	35	38	43	38	37	30	36	38
* Afrika	Mill. EUR	113	119	96	131	109	103	108	148	134
* Amerika	Mill. EUR	579	635	552	654	614	620	566	607	663
darunter nach USA	Mill. EUR	399	443	372	459	416	443	384	421	463
* Asien	Mill. EUR	630	635	588	676	623	732	704	704	609
darunter nach China	Mill. EUR	164	187	169	200	178	243	242	201	185
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	52	55	45	48	47	42	41	39	48

Einfuhr (Generalhandel)²

* Insgesamt	Mill. EUR	3 362	3 801	3 566	3 658	3 856	3 655	3 325	3 618	3 281
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	270	273	258	272	286	272	265	261	279
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	2 927	3 314	3 124	3 173	3 355	3 114	2 767	3 038	2 642
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	37	37	37	33	36	40	38	38	38
* Halbwaren	Mill. EUR	290	285	288	249	291	270	279	308	254
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 600	2 993	2 799	2 891	3 028	2 803	2 450	2 691	2 349

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹**Einfuhr (Generalhandel)²**

Einheit	2017	2018			2019					
	Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April		
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	703	1 014	959	748	972	631	643	706	598
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 898	1 979	1 840	2 142	2 056	2 173	1 807	1 986	1 752
* davon aus										
* Europa	Mill. EUR	2 494	2 889	2 674	2 738	2 888	2 636	2 476	2 719	2 442
* darunter aus EU-Ländern	Mill. EUR	2 268	2 637	2 462	2 419	2 654	2 413	2 233	2 411	2 151
Belgien	Mill. EUR	291	276	278	289	288	250	244	254	235
Luxemburg	Mill. EUR	53	53	50	54	54	53	49	54	57
Dänemark	Mill. EUR	30	22	28	28	18	22	20	21	20
Finnland	Mill. EUR	15	15	18	20	12	16	12	13	16
Frankreich	Mill. EUR	276	315	314	336	362	305	324	322	286
Griechenland	Mill. EUR	8	11	8	8	12	10	9	19	21
Großbritannien	Mill. EUR	118	130	124	134	130	143	118	116	92
Irland	Mill. EUR	107	231	130	97	218	101	90	148	105
Italien	Mill. EUR	216	416	433	205	335	208	247	224	199
Niederlande	Mill. EUR	325	329	323	280	291	326	349	324	346
Österreich	Mill. EUR	107	123	113	135	113	107	113	112	127
Schweden	Mill. EUR	68	50	52	67	52	42	46	44	36
Spanien	Mill. EUR	215	196	135	275	273	387	138	259	127
Portugal	Mill. EUR	21	21	21	23	24	20	18	21	19
* Afrika	Mill. EUR	53	47	49	56	48	55	50	65	45
* Amerika	Mill. EUR	274	295	270	300	289	362	292	273	304
darunter aus USA	Mill. EUR	217	238	224	246	230	292	240	216	220
* Asien	Mill. EUR	528	560	563	556	622	591	497	551	477
darunter aus China	Mill. EUR	214	231	229	250	216	282	224	239	211
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	5	5	6	3	5	6	5	5	6

Gewerbeanzeigen³

Einheit	2017	2018			2019					
	Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai		
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	2 638	2 664	2 956	2 618	2 627	2 633	2 808	2 760	2 584
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	442	461	517	461	484	433	475	497	436
sonstige Neugründungen	Anzahl	1 732	1 725	1 870	1 728	1 706	1 755	1 891	1 823	1 740
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 678	2 671	2 910	2 288	2 325	2 407	2 627	2 475	2 189
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	385	394	416	316	314	392	392	423	314
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 815	1 791	1 985	1 499	1 601	1 551	1 747	1 560	1 442

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

	Einheit	2017	2018			2019				
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Insgesamt	Anzahl	451	404	451	411	449	382	371	418	438
davon										
* Unternehmen	Anzahl	60	60	69	70	75	59	60	63	54
* Verbraucher	Anzahl	267	238	261	217	246	220	216	250	271
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	104	88	99	106	110	86	83	91	94
* sonstige natürliche Personen, ¹										
Nachlässe	Anzahl	20	18	22	18	18	17	12	14	19
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	55	59	63	52	47	45	78	87	45

Handwerk²

	Einheit	2017	2018	2017		2018			2019	
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
* Beschäftigte ³	2009=100 ⁴	99,1	99,5	100,8	99,2	98,8	98,9	101,2	99,7	99,3
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁵	2009=100 ⁶	110,6	115,0	113,9	123,7	95,7	115,3	118,9	130,2	103,4

Preise

	Einheit	2017	2018			2019				
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2015=100	101,7	103,4	103,4	103,5	104,0	104,7	104,9	105,1	105,7
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2015=100	101,4	102,8	102,6	102,6	102,6	104,3	104,4	104,5	104,7

Verdienste⁷

	Einheit	2017	2018	2017		2018			2019	
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
* Bruttomonatsverdienste ⁸ der voll- zeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁹ im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	3 999	4 118	3 688	3 703	3 694	3 748	3 782	3 823	3 800
* Frauen	EUR	3 483	3 593	3 254	3 257	3 279	3 302	3 352	3 379	3 402
* Männer	EUR	4 215	4 331	3 870	3 891	3 864	3 930	3 957	4 004	3 964
* Leistungsgruppe 1 ¹⁰	EUR	7 557	7 818	6 782	6 750	6 773	6 859	6 946	6 937	6 882
* Leistungsgruppe 2 ¹⁰	EUR	4 610	4 778	4 291	4 297	4 330	4 374	4 431	4 472	4 426
* Leistungsgruppe 3 ¹⁰	EUR	3 439	3 556	3 188	3 220	3 210	3 263	3 291	3 329	3 292
* Leistungsgruppe 4 ¹⁰	EUR	2 773	2 913	2 593	2 614	2 634	2 720	2 719	2 754	2 705
* Leistungsgruppe 5 ¹⁰	EUR	2 307	2 422	2 196	2 196	2 199	2 262	2 290	2 337	2 364

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernete Arbeitnehmer.

noch: Verdienste¹

	Einheit	2017	2018	2017		2018				2019
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	4 336	4 482	3 901	3 933	3 877	3 979	3 977	4 025	3 945
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 910	3 959	3 603	3 663	3 544	3 604	3 643	3 716	3 630
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	4 512	4 666	4 005	4 062	4 016	4 109	4 087	4 155	4 094
* Energieversorgung	EUR	5 296	5 585	4 729	4 742	4 739	4 790	4 912	4 935	5 037
* Wasserversorgung ²	EUR	3 411	3 481	3 200	3 231	3 193	3 235	3 295	3 261	3 329
* Baugewerbe	EUR	3 465	3 609	3 342	3 285	3 199	3 353	3 429	3 410	3 281
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 800	3 896	3 563	3 569	3 585	3 608	3 664	3 699	3 704
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 621	3 716	3 320	3 363	3 390	3 397	3 421	3 456	3 557
* Verkehr und Lagerei	EUR	3 017	2 972	2 833	2 875	2 745	2 807	2 810	2 862	2 918
* Gastgewerbe	EUR	2 367	2 321	2 229	2 303	2 247	2 248	2 242	2 225	2 261
* Information und Kommunikation	EUR	5 175	5 610	4 780	4 806	4 982	5 097	5 185	5 276	5 043
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	5 272	5 252	4 450	4 437	4 440	4 365	4 555	4 481	4 698
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	/	4 258	(3 701)	(3 782)	(3 594)	3 796	3 825	3 846	3 824
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	5 008	5 126	4 431	4 390	4 559	4 544	4 526	4 609	4 548
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	2 539	2 685	2 405	2 434	(2 498)	2 559	(2 592)	(2 650)	2 618
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 832	3 920	3 782	3 724	3 742	3 742	3 826	3 861	3 810
* Erziehung und Unterricht	EUR	4 212	4 422	4 187	4 103	4 270	4 259	4 318	4 308	4 272
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 916	4 024	3 697	3 728	3 669	3 723	3 845	3 863	3 774
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	3 842	3 862	3 495	3 553	3 553	3 576	3 590	3 705	3 214
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	3 486	3 571	3 274	3 293	3 280	3 335	3 361	3 438	3 444

Geld und Kredit³

	Einheit	2016	2017		2018				2019	
		Durchschnitt	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	125 291	120 539	120 115	120 624	121 502	122 740	122 902	124 560	125 627
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	10 512	10 125	10 093	10 016	9 838	9 889	9 879	9 991	10 156

1 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 2 Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – 3 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit¹

Einheit	2016	2017		2018				2019
	Durchschnitt	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.

Kredite an Nichtbanken

mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	11 874	10 674	10 314	10 538	10 351	10 101	10 069	10 050	10 222
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	102 905	99 740	99 708	100 070	101 313	102 750	102 954	104 519	105 249
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	119 667	115 837	115 731	115 942	116 794	118 030	117 838	118 640	119 354
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	108 875	106 329	106 469	106 932	107 879	109 291	110 308	111 156	111 675
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	10 799	9 508	9 262	9 010	8 915	8 739	7 530	7 484	7 679
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	5 624	4 702	4 384	4 682	4 708	4 710	5 064	5 920	6 273

Einlagen und aufgenommene**Kredite von Nichtbanken**

Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	117 277	114 374	114 003	117 436	115 541	117 441	118 782	121 290	120 456
Sichteinlagen	Mill. EUR	65 568	69 255	69 770	72 685	71 010	72 760	74 439	77 175	76 285
Termineinlagen	Mill. EUR	20 740	15 921	15 150	15 787	15 775	16 026	15 884	15 506	15 575
Sparbriefe	Mill. EUR	3 658	2 923	2 854	2 764	2 683	2 624	2 542	2 460	2 395
Spareinlagen	Mill. EUR	27 311	26 275	26 229	26 200	26 073	26 031	25 917	26 149	26 201
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	115 318	112 722	112 357	115 797	113 762	115 708	117 024	119 422	118 587
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	112 677	110 134	109 808	112 770	110 928	112 475	113 973	116 071	115 620
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	2 640	2 588	2 549	3 027	2 834	3 233	3 051	3 351	2 967
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	1 960	1 652	1 646	1 639	1 779	1 733	1 758	1 868	1 869

Steuern

Einheit	2017	2018				2019			
	Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	

**Aufkommen nach
Steuerarten**

Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	4 415	4 573	3 812	4 684	5 379	4 707	4 110	4 891	5 778
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	1 340	1 374	797	1 503	2 162	1 759	897	1 605	2 334
Lohnsteuer	Mill. EUR	888	951	695	1 291	858	689	726	1 385	896
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	172	185	-	518	-	-	-	560	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	189	207	19	30	519	731	69	88	616
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	102	101	30	90	484	26	55	63	520

¹ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

Einheit	2017	2018				2019			
	Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	

Gemeinschaftsteuern

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	25	26	5	92	1	3	5	54	-2
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	17	20	-	88	-	0	-	47	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	136	89	47	1	300	309	42	16	305
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	-18	-31	-	-57	-	-	-	-6	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	3 075	3 199	3 015	3 181	3 217	2 948	3 214	3 285	3 444
Umsatzsteuer	Mill. EUR	558	552	526	600	592	441	487	601	594
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	2 517	2 647	2 489	2 581	2 625	2 508	2 726	2 684	2 850

Zölle	Mill. EUR	220	226	213	190	202	237	213	214	232
--------------	-----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Bundessteuern	Mill. EUR	88	89	71	81	132	120	72	79	121
----------------------	-----------	----	----	----	----	-----	-----	----	----	-----

darunter

Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	30	31	32	35	38	31	31	28	22
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	58	58	39	46	94	89	41	51	99

Landessteuern	Mill. EUR	83	87	82	92	86	93	89	97	87
----------------------	-----------	----	----	----	----	----	----	----	----	----

Erbschaftsteuer	Mill. EUR	21	24	21	28	24	19	21	26	26
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	44	44	46	43	37	47	53	52	38
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	14	15	11	18	20	18	11	14	19
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	2	2	1	2	8	2	2	2
Biersteuer	Mill. EUR	2	2	2	2	3	2	2	3	3

Einheit	2017	2018	2017		2018				2019
	Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.

Gemeindesteuern	Mill. EUR	718	789	706	723	794	876	773	712	738
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	6	4	5	5	6	4	5
Grundsteuer B	Mill. EUR	140	142	155	130	134	143	163	130	136
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	549	615	518	566	630	700	576	554	574
sonstige Gemeindesteuern ¹	Mill. EUR	24	26	27	23	25	28	28	24	23

1 Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern**Steuerverteilung****Steuereinnahmen der
Gemeinden und Gemeinde-
verbände**

Einheit	2017	2018	2017		2018				2019	
	Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	
Mill. EUR	1 119	1 206	1 080	1 509	783	1 323	1 159	1 559	748	
Gewerbesteuer (netto) ¹	Mill. EUR	449	504	416	393	605	587	448	374	551
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	438	454	415	832	14	489	438	875	32
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	62	75	61	127	-0	71	75	152	1

Einheit	2017	2018				2019				
	Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni		
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	1 066	1 064	805	1 092	1 580	1 371	811	1 131	1 717
Landessteuern	Mill. EUR	83	87	82	92	86	93	89	97	87
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	520	529	276	531	914	700	317	561	984
Lohnsteuer	Mill. EUR	313	336	232	433	302	224	240	461	312
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	80	88	8	13	221	311	29	37	262
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	47	48	10	45	241	9	24	31	258
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	11	12	2	40	1	1	2	24	-1
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	68	44	24	0	150	155	21	8	152
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	436	418	376	448	580	577	356	464	646
Umsatzsteuer	Mill. EUR	329	296	295	337	456	408	273	337	520
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	107	121	81	112	123	169	83	126	126
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mill. EUR	7	8	19	5	-	0	15	3	0
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	2	6	2	-	0	-1	-	-
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (LFA)	Mill. EUR	15	16	38	11	-	0	29	6	0
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	3	3	8	2	-	0	6	1	0
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	2 114	2 216	1 866	2 237	2 632	2 275	1 981	2 295	2 778
Bundessteuern	Mill. EUR	88	89	71	81	132	120	72	79	121
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	586	598	344	646	977	772	388	688	1 053
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 433	1 521	1 432	1 504	1 523	1 383	1 507	1 526	1 604
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mill. EUR	7	8	19	5	-	0	15	3	0

¹ Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im Juli 2019

Statistische Berichte

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Einbürgerungen 2018
Kennziffer: A1093 201800

Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Studienseminare 2019 – Lehrerausbildung für allgemeinbildende und berufsbildende Schulen (Stand: 1. März 2019)
Kennziffer: B3023 201921

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Bodennutzung landwirtschaftlicher Betriebe 2019 (vorläufiges Ergebnis der Bodennutzungshaupterhebung)
Kennziffer: C1013 201900

Rinderbestände und Rinderhaltungen im Mai 2019
Kennziffer: C3073 201921

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen im April 2019
Kennziffer: D1023 201904

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Mai 2019 – Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1023 201905

Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe im Mai 2019
Kennziffer: E1033 201905

Bauhauptgewerbe im Mai 2019 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2023 201905

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke der allgemeinen Versorgung im April 2019
Kennziffer: E4023 201904

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Mai 2019
Kennziffer: F2033 201905

Wohngeld 2018
Kennziffer: F2043 201800

Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen am 31. Dezember 2018
Kennziffer: F2073 201800

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Handel und im Gastgewerbe im April 2019
Kennziffer: G1023 201904

Aus- und Einfuhr im Mai 2019
Kennziffer: G3023 201905

Gäste und Übernachtungen im Tourismus im Mai 2019
Kennziffer: G4023 201905

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im April 2019
Kennziffer: H1023 201904

Binnenschifffahrt im März 2019
Kennziffer: H2023 201903

Sozialleistungen

Kriegsopferfürsorge 2018
Kennziffer: K3033 201801

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Hebesätze der Realsteuern – Ausgabe 2018
Kennziffer: L4015 201800

Umwelt

Abfallwirtschaft 2017
Kennziffer: Q2023 201700

Verdienste, Arbeitskosten und -zeiten

Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich im 4. Vierteljahr 2018
Kennziffer: N1013 201844

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im April 2019
Kennziffer: Z1013 201904

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz – Ausgabe Juli 2019
Kennziffer: Z2201 201907

Broschüre: Rheinland-Pfalz heute 2019

Faltblatt: Landwirtschaft und Weinbau 2019

Verzeichnis der Kommunalverwaltungen – Oberbürgermeister, Landräte und Bürgermeister
Stand: Juli 2019
Kennziffer: A5034E201900

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2018 – Reihe 1, Band 1 (Berechnungsstand: Mai 2019)
Kennziffer: A6215 201900

Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 2008 bis 1. Vierteljahr 2019 – Reihe 1 Länderergebnisse, Band 3 (Berechnungsstand: Mai 2019)
Kennziffer: A6235 201941

Kindertagesbetreuung regional 2018 – Ein Vergleich aller Kreise in Deutschland
Kennziffer: K5015 201900

Kindertagesbetreuung regional 2018 – Anhangtabellen
Kennziffer: K5015C 201900

Entstehung, Verteilung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2018 – Reihe 1 Länderergebnisse, Band 5 – Berechnungsstand: August 2018/Februar 2019
Kennziffer: P1255 201800

Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 1992 und 1994 bis 2017 – Reihe 2 Kreisergebnisse, Band 1 – Berechnungsstand: August 2018
Kennziffer: P1315 201800

Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne und -gehälter in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 2000 bis 2017 – Reihe 2 Kreisergebnisse, Band 2 (Berechnungsstand: August 2018)
Kennziffer: P1325 201800

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Dort können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.



Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Jeanette Vogel

Druck: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz

Titelfoto: photo 5000 – Fotolia

Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte